This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

3 2044 103 195 038

GER
503
FRA

1,50

Copyright

Sententiae curiae regiae.

Rechtssprüche

des Reichshofes

im Mittelalter.

Von

Dr. Otto von Franklin,

ordentlichem Professor der Rechte zu Greifswald.

Hannover.

Hahn'sche Hofbuchhandlung.

1870.

FORT
F

APR 18 1913

Hannover. Schrift und Druck von Fr. Culemann.

Inhalt.

		Seite
I.	Einleitung	V—XVI.
II.	Sententiae curiae regiae.	
	1. Der König und die Fürsten	1— 38.
	2. Die Kirche und der Klerus	39— 59.
	3. Städtewesen	59— 66.
	4. Burgen und Befestigungsrecht	67— 72.
	5. Zoll und Münze; Märkte, Strassen und Geleit; Strandrecht; Mühlen	73— 83.
	6. Lehnrecht	83— 94.
	7. Privatrecht	94—112.
	8. Process und Strafrecht	112—130.
III.	Anlagen.	
	1. Register	133—142.
	2. Erklärung der Abkürzungen	142—144.
	3. Vergleichungstafel	144—148.

Einleitung.

Es ist nicht meine Absicht, die kleine Sammlung von Rechtssprüchen, welche diese Schrift darbietet, mit einer umfangreichen Einleitung zu begleiten, sondern ich beschränke mich und muss mich beschränken auf wenige kurze Sätze über Veranlassung, Inhalt und Einrichtung dieser Ausgabe der Sententiae curiae regiae.

I. Als Friedrich II. im Jahre 1235 die Verfassung des Reichshofgerichts neu ordnete, wurde unter anderm dem Hofschreiber auch zur Pflicht gemacht: idem scribet omnes sententias coram nobis in maioribus causis inventas maxime contradictorio iuditio optentas, que vulgo dicuntur gesamint urteil, ut in posterum in casibus similibus ambiguitas rescindatur, expressa terra, secundum consuetudinem cuius sentenciatum est [1]). Unzweifelhaft lässt sich der Gesetzgeber von demselben Gedanken leiten, der später auch für die Anlage von Urtheilsbüchern in den Städten [2]) und für ähnliche Anordnungen in unserer Zeit [3]) massgebend geworden ist: es soll eine Einrichtung getroffen werden, um die Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen des obersten Gerichts im Reiche möglichst zu erhalten. Bei keinem andern Gericht vielleicht war das Bedürfniss nach

[1]) Legg. II. 318. — Ueber die Bedeutung des Ausdrucks: gesamint urteil, vgl. Franklin: das Reichshofgericht im Mittelalter II. 200 und 273.

[2]) Stobbe: Geschichte der deutschen Rechtsquellen I. 279, Behrend: Stendaler Urtheilsbuch S. IV, V, Schröder: specimen libri sententiarum Cliviensis S. 3.

[3]) Für Preussen z. B. vgl. K.-O. vom 31. August 1836 (G. S. S. 218) und Gesetz vom 7. Mai 1856 (G. S. S. 293).

einer solchen Einrichtung so dringend als am Hofgericht, bei welchem Richter und Urtheiler unausgesetzt wechselten, und zu keiner Zeit mochte wohl diese Nothwendigkeit so lebhaft hervortreten, als gerade in den Tagen Friedrichs II., da man nach dem Zeugniss des Mainzer Reichsgesetzes für alle privatrechtlichen Streitfragen keine andere Entscheidungsquelle kannte, als das ungeschriebene Recht und von Alters her überkommene Gewohnheiten, nach welchen auch das Hofgericht zu urtheilen angewiesen war. Um diesem Bedürfniss entgegenzukommen, sollten die vor dem König selbst in wichtigeren Prozessen ergehenden Urtheile aufgezeichnet werden, und zwar zu dem praktischen Zwecke, allmählich eine Präjudiciensammlung zu schaffen, welche bei späterer Entscheidung gleichartiger Fälle gebraucht werden könne: uff die rede, das man an semlichen[1]) sachen die selben urteille stete habe.

Für die Rechtspflege am obersten Gerichte und mittelbar auch an den übrigen Gerichten im Reiche hätte es von der grössten Bedeutung sein müssen, wenn die beabsichtigte Einrichtung in das Leben getreten und das Präjudicienbuch dann regelmässig fortgeführt worden wäre. Und kaum minder grosse Wichtigkeit hätte eine derartige Sammlung für die Fortbildung und Sicherstellung des Reichsrechts und — expressa terra, secundum consuetudinem cuius sententiatum est, — der Landesrechte gehabt: sie würde für unsere Kenntniss des deutschen Rechts im Mittelalter eine Quelle ersten Ranges darbieten. Deshalb gerade bedauern wir gegenwärtig, dass über die Ausführung der Vorschrift im Mainzer Gesetz von 1235 so gar nichts bekannt ist. Von den Achtbüchern des Reichshofgerichts haben sich wenigstens Bruchstücke erhalten, — auch von Eintragungen in Protokollbücher hören wir gelegentlich[2]), — nur von jenem Urtheilsbuche ist nirgend die Rede, und wenn es je angelegt ward,

[1]) Ueber diesen Ausdruck siehe Reichshofgericht II. 201 Note und 273.

[2]) Reichshofgericht II. 199, 324.

so hat sich doch, soweit wir bis jetzt wissen, nicht der kleinste Ueberrest desselben erhalten.

Wenn man aber anerkennen muss, dass eine derartige Sammlung von so hohem Werthe für die Kenntniss unseres Rechts sein würde, sollte sich dann nicht der Versuch lohnen, den möglichen Inhalt eines solchen Präjudicienbuches aus andern ächten Quellen zu restituiren? Ist es in so ausgezeichneter Weise gelungen, eine werthvolle Geschichtsquelle des 11. Jahrhunderts aus Fragmenten und Excerpten in den Chroniken viel jüngerer Zeit so herzustellen, dass sie, wie sich endlich ergab, der ursprünglichen Aufzeichnung im Wesentlichen entsprach, — sollte es dann nicht auch möglich sein, aus den Urtheilen des Hofgerichts und aus den Berichten über die dort geführten Processe eine Sammlung zu schaffen, welche annähernd den Vortheil gewähren könnte, den wir von dem ursprünglichen Werke mit Sicherheit erwarten dürften? Freilich nur annähernd, denn an einen auch nur einigermassen vollständigen Ersatz kann schon deshalb nicht gedacht werden, weil über die grösste Zahl der am Reichshofgericht geführten Rechtsstreitigkeiten weder Urkunden noch andere Berichte erhalten sind.

II. Von diesen Erwägungen geleitet, bin ich bei den Arbeiten über das Reichshofgericht von Anfang an bemüht gewesen, die in den Erkenntnissen desselben ausdrücklich ausgesprochenen oder angewandten Rechtsgrundsätze zu ermitteln. Die Ausbeute ist leider nicht sehr erheblich, und der Grund davon liegt theils in dem Mangel an Quellen überhaupt, theils in der Beschaffenheit derjenigen, die uns erhalten sind. Die Urtheilsbriefe insbesondere enthalten meist nicht mehr als die nackte Entscheidung, ob dem Kläger dies oder jenes Recht gebühre oder nicht, dies oder jenes Gut zu restituiren sei oder nicht u. s. w.; von einer Angabe der massgebenden Rechtsgründe ist fast nie die Rede, und die der Beurtheilung des Gerichts unterbreiteten thatsächlichen Verhältnisse sind, auch wenn sie — und das ist erst in der späteren Zeit üblich — mit einiger Vollständigkeit mitgetheilt werden, meist in solcher Weise

vorgetragen, dass es nur in seltenen Fällen möglich ist, auch die streitigen Rechtsfragen bestimmt zu erkennen und aus der schliesslichen Entscheidung über den Streitgegenstand zugleich auch eine Entscheidung über jene herauszufinden[1]). Ausnahmen freilich finden sich in früherer wie in späterer Zeit, aber sie sind selten und sehr vereinzelt. Im Verhältniss zu der grossen Zahl der Gerichtsurkunden — nur der kleinste Theil derselben sind freilich Urtheile — ist der Gewinn, den wir aus denselben für die Erkenntniss des mittelalterlichen Rechts ziehen, ein sehr geringer, und diejenigen namentlich werden sich enttäuscht fühlen, welche aus denselben eine wesentliche Förderung für die Erkundung des Privatrechts erwarten möchten. Was aber zu gewinnen war, ist in der vorliegenden Schrift zusammengestellt, und ich glaube sagen zu dürfen, dass, wenn sich nicht neue Quellen erschliessen, eine erhebliche Erweiterung des hier vereinigten Materials schwerlich zu erwarten ist. Die Rechtsgrundsätze also, welche aus den Erkenntnissen des Hofgerichts abgeleitet werden können, bilden den einen Theil dieser Sammlung.

III. Den anderen und wichtigeren aber diejenigen, welche in den Weisthümern des Reichshofes ausgesprochen sind. Ich stelle Erkenntniss und Weisthum als verschiedene Anwendungen des Urtheils bestimmt gegenüber. Das Erkenntniss setzt einen Fall voraus, der überhaupt processualischer Behandlung und Entscheidung fähig ist; das Weisthum nicht: man kann ein solches erbitten über Fragen, welche durch gerichtliche Entscheidung überhaupt nicht oder wenigstens nicht in der Art, wie sie gestellt sind, zum Austrag kommen können. Bei jenem handelt es sich, um nur der bürgerlichen Klagen zu gedenken, um einen streitigen Anspruch, über welchen es entscheiden soll; bei den Weisthümern handelt es sich darum gar nicht[2]); sie enthalten immer nur die Anerkennung oder Festsetzung eines Rechts-

[1]) Reichshofgericht II. 192, 274 fgg.

[2]) Zum folgenden siehe ebendas. 277 fg.

satzes: wird von dem gefundenen Satze, was in selteneren Fällen allerdings geschieht, zugleich Anwendung auf einen einzelnen Streitfall gemacht, so ist das Weisthum zugleich Erkenntniss oder es schliesst sich ein Erkenntniss an jenes an. Das letztere soll Recht schaffen zwischen streitenden Parteien, welche daher geladen, mit Rede und Gegenrede gehört werden müssen; das Weisthum dagegen soll dem Fragenden eine Rechtsbelehrung gewähren, man begehrt sie mündlich oder schriftlich [1]), und sie ergeht ohne processualisches Verfahren, meist ohne Hindeutung auf die Veranlassung zur Anfrage, — ohne Angabe des Zweckes, zu welchem sie nachgesucht wird, — ohne Hinweis endlich auf eine bestimmte Person oder Sache, gegen welche oder in welcher von dem zu findenden Rechtssatze Anwendung gemacht werden soll. Ein Erkenntniss kann nur vom Gericht ausgehen: der Reichshof muss sich als solcher förmlich und nach den Vorschriften über die Verfassung des Hofgerichts constituiren [2]); ein Weisthum kann der König von jeder Versammlung an seinem Hofe erfordern. Aber es muss gefragt, berathen, gefunden und veröffentlicht werden, wie das Erkenntniss in einem Rechtsstreite, und in dieser Form des Zustandekommens [3]) liegt das beiden Gemeinschaftliche; das Weisthum ist ein Urtheil wie das Erkenntniss, aber ein Urtheil nur über eine streitige Rechtsfrage [4]).

---

[1]) Siehe Nr. CCLXXXXIX der folgenden Sammlung.

[2]) A. a. O. 88 fg.

[3]) Näheres a. a. O. 262 fg., besonders 277 fg.

[4]) Durch Urtheil wurden übrigens, um auch das hier zu bemerken, nicht nur Rechtsstreitigkeiten zum Austrag gebracht, auch nicht nur Rechtsfragen entschieden, sondern das Urtheil erscheint so sehr als der sicherste Ausdruck des Rechtes und des Angemessenen (siehe namentlich die Reichshofgericht II. 41 Note 2 mitgetheilte Stelle), dass überall da, wo bei Handhabung öffentlicher Gewalt ein Zweifel sich erhebt, die Beseitigung desselben durch ein Urtheil erfolgt (vgl. auch a. a. O. S. 88). So ist das Urtheil geeignet, die Gesetzgebung zu ergänzen und zu ersetzen; es wird nicht allein zur Rechtfertigung königlicher Verordnungen auf ein vorhergegangenes

Das Reichshofgericht war vom Beginn seiner Wirksamkeit bis zur Zeit seines Niederganges ein Volksgericht[1]), und als solches erscheint auch die Reichsversammlung, wenn sie, wie es einmal heisst, in forma iudicii um ein Urtheil gefragt wird. Wie aber die Urtheiler im deutschen Gericht überhaupt berechtigt sind, nicht nur anerkannte Rechtsgrundsätze anzuwenden, sondern auch neue aus den allgemeinen und unzweifelhaften Rechtsgrundlagen zu finden[2]), so galt ohne Frage der Reichshof auch schon in frühester Zeit für berechtigt, die wahre Bedeutung zweifelhafter oder auch neue, aber dem Rechtsbewusstsein der Zeit und der betheiligten Kreise entsprechende Rechtssätze durch Urtheil festzustellen. Die Frage freilich, wann der Reichshof zuerst von diesem Rechte Gebrauch gemacht habe[3]), wird sich ebenso wenig mit Sicherheit beantworten lassen, als die andere, wann es zuletzt geschehen sei; so lange sich der Reichshof den Charakter eines Volksgerichts erhielt, konnte er auch Weisthümer mit der angegebenen Wirkung ertheilen, aber es wird seit Ludwig des Bayern Zeiten immer seltener, solche zu erfordern, und zuletzt findet sich die alte Form der Feststellung von Rechtssätzen durch Urtheil nur noch

---

Urtheil des Reichshofes verwiesen (vgl. unten Nr. LXXXII), sondern manche Reichsgesetze erscheinen auch in formeller Hinsicht lediglich als Urtheile der Reichsversammlung (siehe unten Nr. XXXIV und meine daselbst angeführten Beiträge S. 157). Ebenso werden irgend bedenkliche Verwaltungsmassregeln durch ein Urtheil gerechtfertigt: so geht der Bewilligung von Freiheiten, Rechten und Gütern sehr häufig ein Urtheil voraus (siehe z. B. die Urkunden von 1129, 1131, 1166 bei Lacomblet I. S. 200, 205, 295, auch Reichshofgericht II. 41), und unter Friedrich I. wird sogar die Frage, wie es mit der Stellvertretung eines in den königlichen Dienst berufenen Geistlichen gehalten werden solle, durch ein Urtheil festgestellt (Mon. Boica XXIX. 1. 441); andere Fälle bei Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 396 fgg.

[1]) Vgl. Reichshofgericht I. 336 fgg.

[2]) Stobbe: Rechtsquellen I. 276.

[3]) Mit dieser Frage beschäftigt sich Beseler a. a. O. S. 400 fgg.

bei Fragen, welche die Verfassung und das Verfahren am Reichshofe selbst betreffen [1]).

Die in einem Weisthum erfolgte Feststellung eines Rechtssatzes hat dieselbe Bedeutung, wie die Entscheidung einer zweifelhaften Rechtsfrage durch das Gesetz: sie soll gelten nicht nur für die Anfragenden, nicht nur für diesen Fall, sondern allgemein, für alle gleichartigen Fälle; oft wird dies ausdrücklich ausgesprochen [2]), aber auch wenn dies nicht der Fall ist, lässt die Fassung des Urtheils meist gar keinen Zweifel, dass dasselbe diese Bedeutung haben soll. Die Aufrechthaltung des Rechtssatzes liegt zunächst in den Händen des Reichshofes selbst; für ihn bildet jener einen Bestandtheil des ius, der lex curiae [3]), des Inbegriffs der Rechtsnormen, welche am Hofe als geltendes Recht angewendet wurden. Indem der Reichshof diesen Satz nun wiederholt anwendet und danach Streitigkeiten aus den verschiedensten Theilen des Reichs entscheidet, wird derselbe schliesslich allgemein anerkannt: er gilt als Reichsrecht, ius imperii [4]), vorausgesetzt immer,

---

[1]) Aus Karls IV. Zeit siehe unten Nr. CCLVIII. — Die das. unter Nr. CCC mitgetheilte Entscheidung von 1415 ist kein Weisthum, sie zeigt aber, wie man sich in zweifelhaften Fällen zu helfen suchte, als sich nicht mehr Gelegenheit bot, die Rechtsüberzeugung eines Volksgerichts zu erforschen. Ein wirkliches Weisthum enthalten aber die Reichshofgericht II. 105 und 154 erwähnten Festsetzungen über die Besetzung des königlichen Gerichts.

[2]) Siehe z. B. in dieser Sammlung Nr. VII (sicut et alii), XII (ut nullus ep.), XIV (nullus comitatus), XVII (nullus princeps vel dominus), XXX, XXXI, XXXII, XXXIX, L, LI, LXI (nullum principatum), LXV, LXVII, LXVIII, LXXII, LXXV (quilibet princeps), LXXXII, LXXXIII, LXXXV (nulli iudicum) und so ähnlich in den weitaus meisten der hier zusammengestellten Weisthümer.

[3]) Vgl. Reichshofgericht II. 190.

[4]) So wird z. B. der in Nr. CXXXII festgestellte Grundsatz über den Ausschluss der Weiber von der Lehnserbfolge bereits 1250 als ius imperii bezeichnet. Vgl. Ficker in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie, philos.-histor. Klasse XXIII. 500. Ferner wird auf den in Nr. XXXXIII angenommenen Rechtssatz in Nr. XXXXVIII als „gemein recht" Bezug genommen.

dass das Urtheil nicht ausdrücklich als nur das Recht eines bestimmten Reichstheiles berührend bezeichnet ist[1]). In den meisten Fällen bedarf es aber gar nicht jenes Umweges, um einem Weisthum die Geltung als Reichsrecht zu sichern, vielmehr wird dem gefundenen Rechtssatze von vornherein die Wirkung eines allgemein verbindlichen zugeschrieben. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass der Satz gelegentlich ausdrücklich als allgemein geltend bezeichnet[2]), oder dass bestimmt wird: es solle gegen denselben keine Berufung auf Particularrechte und Gewohnheiten stattfinden[3]), sondern darauf ist vorzugsweise Gewicht zu legen, dass, wie eben bemerkt, die Fassung der Weisthümer in den allermeisten Fällen einen Zweifel an der beabsichtigten Allgemeingültigkeit des betreffenden Rechtssatzes nicht zulässt, und dass, dieser Absicht entsprechend, die Bekanntmachung des Urtheils der Regel nach an alle im Reiche gerichtet ist[4]). Es mochte, wie bei den Reichsgesetzen auch, unter Umständen lange währen, ehe die Weisthümer allgemein bekannt wurden, aber das ist nicht zweifelhaft, dass sie wie jene bestimmt waren, ein allgemeines Reichsrecht zu schaffen, und dass sie ein solches auch wirklich geschaffen haben.

Daraus erklärt sich die grosse Bedeutung der Weisthümer für die Entwickelung des deutschen Rechtslebens im Mittelalter, insbesondere des gesammten öffentlichen Rechts, — darin beruht auch ihre fortdauernde Bedeutung für die Wissenschaft: sie bilden neben den Reichsgesetzen die einzige lautere Quelle für die Erkenntniss des Reichsrechts und sie sind wichtiger als jene, weil sie eine Fülle von Verhältnissen

---

[1]) Siehe z. B. unten Nr. LVII, LXVI, CCLXXXVII.

[2]) Beispiele: Nr. CXXXII und CCXXVII (in generali), CXXXVIII (de omnibus officiis), CXXXXVIII (in omni civitate vel oppido), CLIX (vel alias quispiam), CLXVI (ubicunque), CCXVIII (nec quisquam alius), CCXXX (quod nulla) u. a. m.

[3]) Siehe unten Nr. XXIV (quod nulla constitutio), CXXXXVIII (non obstante abusu aliquo).

[4]) Reichshofgericht II. 279.

berühren, welche durch die Gesetzgebung nie geordnet wurden. Auf die Wichtigkeit der sententiae curiae regiae in dieser und jener Beziehung ist in neuerer Zeit oft hingewiesen worden, und ich habe dem nichts hinzuzufügen[1]); erst recht aber, hoffe ich, wird dieselbe hervortreten aus der vorliegenden Sammlung, in welcher sich Alles, was uns an Weisthümern in den Urkunden und bei den Geschichtschreibern überliefert ist, soweit es mir überhaupt erreichbar war, vereinigt findet.

IV. Im Vorstehenden ist der Inhalt dieser Arbeit genau bezeichnet: nur die Rechtssätze, welche in den Erkenntnissen des Hofgerichts oder in den vor dem König gefundenen Weisthümern ausgesprochen sind, finden sich hier gesammelt, andere Urkunden und andere Rechtsquellen blieben unberücksichtigt. Doch aber bin ich von dem Plane, diese Gränzen nicht zu überschreiten, innerhalb derselben aber vollständig zu sein, ein wenig abgewichen. Zwar, dass ich das Renser Weisthum von 1338 in die Zusammenstellung aufgenommen habe, obwohl es nicht vor dem Könige gefunden wurde, wird Jeder billigen; aber ich habe auch je zuweilen, namentlich in Abschnitt III. und V., aus andern Urkunden und aus den Reichsgesetzen Sätze mit aufgenommen, weil sie mir besonders wichtig oder für den Zusammenhang nicht entbehrlich schienen: eine irgend erhebliche Erweiterung des Materials ist, wie man finden wird, dadurch nicht herbeigeführt worden. Dagegen habe ich nicht mitgetheilt diejenigen Urtheile, welche sich auf die Einzelnheiten der Verfassung und des Verfahrens am Hofgericht bezogen, da diese an anderer Stelle vollständig benutzt und verarbeitet worden sind und jede Wiederholung vermieden werden sollte. Trotz jener geringen Zusätze durfte doch an dem von vornherein gegebenen Titel der Schrift nichts geändert werden. Curia regis oder regia, Reichshof, bedeutet, von anderem

[1]) Vgl. namentlich Merkel: de rep. Alam. S. 19 und 75, Stobbe: Rechtsquellen I. 466 und besonders Beseler in der oben angeführten Abhandlung.

abgesehen, sowohl jede um den König zur Berathung vereinigte Versammlung als insbesondere auch die an seinem Hofe gehaltene Gerichtsversammlung [1]). Und sententiae ist der quellenmässige Ausdruck einerseits für die am Reichshofe gefundenen Weisthümer, andererseits für die im Process ergangenen Erkenntnisse des höchsten Gerichts. Also sententiae curiae regiae, wofür kein passenderer deutscher Ausdruck zu finden war als: Rechtssprüche des Reichshofes.

V. Was nun die Ausführung des von mir gefassten Planes betrifft, so waren an sich ja verschiedene Wege zur Erreichung des Zweckes offen. Man konnte denken an eine Sammlung und Veröffentlichung aller Erkenntnisse und Weisthümer in ihrem ganzen Umfange; es wäre so eine neue, mit andern collidirende, sehr umfangreiche und vor Allem sehr kostspielige Urkundensammlung entstanden, welche eben deshalb in diejenigen Kreise, in welche meiner Absicht nach dieselbe hauptsächlich verbreitet werden soll, schwerlich gelangen würde. Man hätte ferner eine systematische Bearbeitung der Urkunden ins Auge fassen können; nur würde dabei der Zweck, den getreuen Text der Urtheile vorzulegen, nicht erreicht worden sein, ganz abgesehen davon, dass unsere Quellen für sich und ohne Herbeiziehung anderer die Darstellung auch nur eines einzigen Rechtsinstituts gar nicht ermöglichen: werthvolles Material für viele Theile des Rechts, aber nirgends etwas Zusammenhängendes, Erschöpfendes, zu einem Gesammtbilde Abschliessbares. So blieb denn nichts übrig, als überall aus den Urkunden die entscheidenden Rechtssätze hervorzuheben und diese soweit vollständig mitzutheilen, dass Sinn und Bedeutung derselben mit Sicherheit zu erkennen sei, im Uebrigen aber auf den Abdruck der vollständigen Urkunde in den betreffenden Sammlungen zu verweisen. Nach diesem Plane konnte auf wenigen Bogen Vieles gewährt werden in einer Form, die den nächsten Bedürfnissen entspricht, während weiteren Ansprüchen durch die nothwendigen Hinweisungen genügt ist. Bei Mittheilung

[1]) Reichshofgericht II. 62.

der Rechtssätze habe ich mich überall an den Text der Urtheile gehalten und sie meist in ihrem Wortlaut gegeben. Doch nicht ausnahmslos. Einmal konnte selbstverständlich von einer Wiedergabe des Textes da nicht die Rede sein, wo der betreffende Rechtssatz nur aus der Vergleichung der endlichen Entscheidung mit den vorgetragenen Thatsachen zu gewinnen war. Sodann habe ich an einzelnen Stellen, um die möglichste Kürze zu erzielen, den Inhalt eines Urtheils zusammengefasst und in deutscher Sprache mitgetheilt; es ist dies aber nur geschehen, wenn sich meiner Ansicht nach der Sinn und die Bedeutung des entscheidenden Rechtssatzes auch aus der Uebertragung getreu und zweifellos erkennen liess.

Ob die Sammlung chronologisch oder systematisch zu ordnen, war mir selbst lange zweifelhaft. Ich entschloss mich schliesslich, die Urtheile gruppenweise zusammenzustellen: I. der König und die Fürsten, — II. die Kirche und der Klerus, — III. Städtewesen, — IV. Burgen und Befestigungsrecht, — V. Zoll und Münze, Märkte, Strassen und Geleit, Strandrecht, Mühlen, — VI. Lehnrecht, — VII. Privatrecht, — VIII. Process- und Strafrecht. Diese Anordnung wird an sich Billigung finden, häufig aber werden Bedenken erhoben werden gegen die Stelle, welche einzelnen Urtheilen in dieser Ordnung zugewiesen ist; man wird sagen, dass dieser oder jener Rechtssatz besser oder richtiger da oder dorthin eingereiht worden wäre. Ich gebe die Berechtigung solcher Einwürfe gern zu; bei vielen Urtheilen ist es entschieden zweifelhaft, wohin sie am zweckmässigsten zu stellen, manche wären hier und dort am richtigen Platze; die Gesichtspunkte, welche für mich bei der schliesslichen Anordnung massgebend waren, überall anzugeben, wäre schwerfällig gewesen; ich gestehe zu, dass man oft auch anders hätte verfahren können, glaube aber, dass auch gegen jede andere Anordnung Bedenken erhoben werden würden: übrigens wird das am Schluss folgende Register hoffentlich allen Wünschen nach einer übersichtlichen Zusammenfassung des Inhalts der Erkenntnisse und Weisthümer Genüge leisten.

In den Noten zu den einzelnen Urtheilen findet sich der Hinweis auf die Sammlungen, in denen die ganze Urkunde zu finden ist. Parallelstellen aus anderen Rechtsquellen habe ich absichtlich nicht angeführt; dagegen ist an allen geeigneten Stellen auf dieses oder jenes literarische Hülfsmittel hingewiesen worden: nicht auf allgemein bekannte Lehrbücher, aber auf monographische Arbeiten, sei es, dass sie die geschichtlichen Vorgänge, unter denen ein Urtheil zu Stande gekommen, erläutern, oder dass sie gerade diesen bestimmten Rechtssatz berühren, oder dass sie endlich den gesammten Rechtskreis behandeln, in welchen auch das betreffende Urtheil gehört.

Ich wäre mit diesen literarischen Hinweisungen gern noch sparsamer gewesen, wenn ich nicht glaubte, durch dieselben gerade denen einen Nutzen zu gewähren, in deren Kreise ich diese Schrift verbreitet zu sehen wünschte. Den Fachgenossen wird dieselbe, hoffe ich, willkommen sein, weil sie darin Alles vereinigt finden, was Erkenntnisse und Weisthümer des Reichshofes an entscheidenden Rechtssätzen darbieten. Ich meine aber, dass die Sammlung gerade von Anfängern im Studium des Rechts und der Geschichte, bei juristischen und historischen Uebungen, mit Nutzen gebraucht werden, dass sie zu Discussionen und Arbeiten mancherlei Art anregen könnte, und deshalb gerade durften Hinweisungen auf solche Werke nicht fehlen, in denen man eben die erste Information über diese oder jene Frage suchen kann. Die Abkürzungen bei Angabe der Literatur sind in der zweiten Anlage erklärt; die dritte ist bestimmt, zu zeigen, welche der hier mitgetheilten sententiae in dem zweiten Bande der Leges veröffentlicht sind, und eine schnelle Vergleichung der kurzen Rechtssätze in dieser Sammlung mit den vollständigen Urkunden an jener Stelle zu ermöglichen.

Am denkwürdigen 2. September 1870.

SENTENTIAE CURIAE REGIAE.

I.

Der König und die Fürsten.

Nr. I—III. Rechte des Königs aus der Wahl. — Nr. IV—XX. Der König als Lehnsherr, insbesondere IV—VI: Lehnserneuerung und Folgen der Versäumniss derselben, VII: Gabe des Mannes für die erlangte Beleihung, VIII—XI: Lehnsgerichtsbarkeit, XII—XIX: das Recht des Königs, in die Verfügungen des Mannes zu willigen (weitere Verleihung der Regalien, Theilung und Veräusserung von Grafschaft und Fürstenthum, Verlegung von Markt und Gericht, Ertheilung von Privilegien), XX: Rechte des Herrn gegen die Person des Mannes. — Nr. XXI, XXII. Königliche und kirchliche Gewalt. — Nr. XXIII—XXV. Das Gericht des Königs. — XXVI—XXVIII. Richter, wenn der König in Reichssachen zu klagen hat. — Nr. XXIX—XXXXVIII. Regierungsrechte und Pflichten des Königs, insbesondere XXIX: Ungehorsam gegen königl. Anordnungen, XXX, XXXI: Hof- und Reichstage, XXXII—XXXVII: Heerfolge, XXXVIII—XXXXVIII: Verfügungen des Königs über das Reichsgut. — XXXXIX—LVI. Königliche Privilegien und Urkunden. — LVII. Sonstige Rechte des Königs. — LVIII—LXXIX. Fürsten, Fürstenthum und Grafschaft, insbesondere LVIII—LXI: Fürstenthümer sollen dem Reiche nicht entfremdet werden, LXII: Beschränkungen der Fürsten durch die Rechte des Königs, LXIII: insula in flumine nata. LXIV, LXV: Almenden, LXVI: Wüsteneien, LXVII—LXX: Beschränkungen der Veräusserung von Grafschaft und Fürstenthum zu Gunsten der Nachfolger oder sonst Berechtigter, LXXI: Auflassung des Landes an den König,

LXXII: Gesetzgebung, LXXIII: Heerbann der Landesherren, LXXIV: Grafschaft und Herzogthum, LXXV—LXXVIII: landesherrliche Gerichte, LXXIX: sonstige Rechte der Landesherren. — LXXX. Kurfürsten.

Nr. I. — Notariatsinstrument vom 16. Juli 1388 über das folgende, von den Kurfürsten zu Rense in näher beschriebener Weise gefundene Weisthum: quod — principes electores — congregati et presentialiter constituti super iuribus imperii et consuetudinibus eiusdem pertractandis, habitis quoque (tractatibus) cum quam pluribus sepedicti imperii fidelibus clericis et laicis ibidem similiter presentibus — concorditer et conformiter, factis inter eos ipsos per ordinem sub prestitis eorum iuramentis requisitionibus, prout moris est ipsorum principum, diffinitive dixerunt, iudicaverunt et diffiniendo pronunciaverunt, hoc esse de iure et antiqua consuetudine imperii approbata (approbatum?), quod postquam aliquis a principibus electoribus imperii vel a maiori parte numero eorundem principum etiam in discordia pro rege

---

Nr. I. — Dieses Aktenstück (Reg. Ludwigs Reichssachen 363) ist zuerst von Boehmer aus der Schrift des Nikolaus Minorita: de controversia paupertatis Christi abgeschrieben, dann von Ficker in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie, historisch-philos. Klasse XI. 703, veröffentlicht worden; in der neuen Ausgabe des Nikolaus in dem von Huber edirten vierten Bande der Fontes rerum Germanicarum wird S. 606 nur auf den Abdruck bei Ficker verwiesen. Fast wörtlich gleichlautend ist der Inhalt des Weisthums wiedergegeben in den aus Nikolaus bekannten Artikeln über die Rechte des Reichs und der Wahlfürsten: Fontes IV. 594. Dass die von den Fürsten bekundeten Rechtssätze nach allgemeiner Ueberzeugung dem Reichsherkommen entsprachen, zeigt auch das vor dem Tage zu Rense an Papst Benedict XII. gerichtete städtische Schreiben bei Ficker a. a. O. 699 fgg. und das von Sugenheim: Deutsche Geschichte III. 234 erwähnte Schreiben schwäbischer Städte an Balduin von Trier. Vgl. auch die Erklärungen Ludwigs bei Kopp V. 1. 117, 22.

Romanorum est electus, non indiget nominatione, approbatione, confirmatione, assensu vel auctoritate sedis apostolice super administratione bonorum et iurium imperii sive titulo regis assumendis et quod super hiis merito talis electus non habet recurrere sedem ad eandem, sed quod sic est habitum, obtentum et observatum a tempore, de cuius principio memoria non existit, quod electi a principibus electoribus imperii, concorditer vel a maiori parte, ut supra, sibi titulum regium assumserunt ac bona et iura imperii administrarunt, et quod de iure et consuetudine hoc licite facere potuerunt et poterunt, nulla approbatione vel licencia dicte sedis apostolice super hoc habita et obtenta. Hiis pronunciatis et taliter diffinitis prefati domini principes electores omnes et singulos ibidem in eorum tractatibus et consilio tunc presentes fideles et vasallos imperii sub eorum iuramentis imperio debitis seu prestitis singulariter requisierunt, quod ipsis super tractatis et diffinitis ac pronunciatis imperii iuribus et consuetudinibus videretur. Qui omnes et singuli per eadem verba vel hiis similia pronunciando, sententiando, diffiniendo in eo finaliter concordaverunt, in quo supra dictorum electorum principum mens resedit.

Nr. II. — Dasselbe Weisthum in etwas abweichender Fassung in dem unmittelbar nach dem Tage von Rense abgefassten Schreiben ungenannter Kurfürsten an Benedict XII: quod vacante Romano imperio is, qui eligitur concorditer vel a maiori parte numero principum electorum, pro rege Romanorum ab omnibus est habendus et quod nec nominacione, approbacione, confirmacione, consensu vel auctoritate sedis apostolice super amministracione iurium imperii indiget sive tytulo regio assumendo, quodque iura et bona

---

Nr. II. — Ueber dieses oft, z. B. Wiener Sitzungsberichte XI. 707, gedruckte, dem Inhalt nach ächte Schreiben (gravamur non modicum — petimus adhibere) vgl. Boehmer: Reg. Reichssachen Nr. 72 S. 242, Eichhorn: über den Kurverein in den Abhandlungen der Berliner Akademie, philos.-histor. Klasse 1844 S. 323 fgg., und vorzüglich Ficker: zur Geschichte des Kurvereins zu Rense in den Wiener Sitzungsber. XI. 703.

imperii amministrare et gubernare poterit et de' iure et consuetudine nulla sedis apostolice super hoc licencia habita vel obtenta.

Nr. III. — Dasselbe Weisthum in folgender Fassung: principes electores conveniunt et per iuramenta sua definiunt, quod electus in regem Romanorum a maiori parte eligentium equalem potestatem habeat in administratione imperii sicut imperator coronatus, et promittunt insimul hoc ius defendere contra personam quamcumque.

Nr. IV. — 1252. — Dem König Wilhelm wird zuerkannt: quod, postquam nos electi fuimus a principibus in Romanorum

---

Nr. III. — Heinrici Rebdorfiensis annales imperatorum et paparum in den Fontes rerum Germ. IV. 521. — Hec definitio principum, fährt Heinrich fort, sollempniter publicata est eodem anno de mense Augusti in Frankenfurt. Damit ist die constitutio: Licet iuris utriusque testimonia, gemeint, welche Ludwig zuerst zu Frankfurt, dann (nach Nikolaus Minorita) zu Koblenz (August und September 1338: Reg. Ludwigs 1922 und addit. III. S. 370 a. E.) publicirte und an deren Aechtheit nach den bekannten Nachrichten bei Albericus de Rosate (Eichhorn a. a. O. 329) und nach dem Bekanntwerden des Nik. Min. (Fontes IV. 606, vgl. auch Latomus und Camentz das. 408, 431) nicht mehr gezweifelt werden kann. Die Fassung, in welcher Heinrich von R. das Renser Weisthum mittheilt, geht aber weiter, als der urkundlich beglaubigte Beschluss der Kurfürsten und nähert sich vielmehr den Satzungen der eben angeführten Frankfurter Constitution, welche, — abweichend von den Renser Beschlüssen, aber in Uebereinstimmung mit der gleichzeitigen Constitution: fidem catholicam, — auch den unmittelbaren Erwerb der Kaiserwürde an die Wahl zum deutschen Könige knüpft (vgl. Ficker a. a. O. 689 gegen Eichhorn 338). Dass die am Hofe Ludwigs wirkenden gelehrten Juristen gerade diesen Satz rechtlich zu begründen suchten, ist bekannt; vgl. die Gutachten bei Ficker a. a. O. 709 und neuerdings die articuli de iuribus imperii u. s. w. bei Nik. Min. in den Fontes IV. 593 fgg.; auch in diesen heisst es: quod ex sola electione — electus efficitur verus rex Romanorum et imperator.

Nr. IV. — Martene: thes. I. 1164, Legg. 366, und sonst öfters. — Ueber die Verhältnisse, welche zur Einholung dieser Weisthümer Anlass gaben, vgl. Reichshofgericht I, 152 fgg.

regem, per summum pontificem confirmati et consecrati ac coronati — competebant nobis de iure civitates, castra et omnia bona ad imperium pertinentia et quod omnes principes, nobiles et ministeriales principatus et feoda sua infra annum et diem a nobis requirere et relevare tenebantur. — Ferner: quod omnes principes, nobiles et ministeriales, qui principatus et feoda sua infra annum et diem requirere et relevare a nobis contumaciter neglexerunt, omnia illa feoda et principatus nobis vacaverunt et vacant, et de illis possumus disponere secundum quod nobis placuerit, retinendo nobis vel in feodum aliis concedendo. — Sodann: quod omnes principes, nobiles et ministeriales, moniti et requisiti a nobis post nostram electionem et coronationem sive quibus nos obtulimus viva voce vel per nostros nuntios et litteras, ut principatus et officia sua a nobis reciperent et infra sex septimanas et tres dies post huiusmodi monitionem, requisitionem sive oblationem recipere contumaciter neglexerunt, omnia feoda sive principatus nobis vacaverunt et vacant et de illis possumus disponere, quod nobis placuerit, retinendo sive aliis in feodum concedendo.

Nr. V. — 1274. — Auf Anfrage König Rudolfs wird erkannt: quod quicunque sine causa legitima per negligenciam vel contumaciam per annum et diem (a die coronacionis regis Romanorum celebrate Aquisgranis) steterit, quod de feodis suis se non pecierit infeodari, ipso lapsu temporis cecidit a iure omnium feodorum suorum.

Nr. VI. — 1296. — Dem König Adolf wird das Recht zugesprochen: quod illorum principum, nobilium et aliorum, qui feoda habent ab imperio nec, existentes in terra, petiverunt infra annum et diem investituram feodorum ipsorum, eadem feoda sibi et imperio vacent et quod ea debeat vendicare ac sue attrahere potestati, necnon ea licite retinere, nisi coram eo quod hoc non fieri debeat causa legittima ostendatur.

Nr. V. — Legg. 400. — Vgl. Reichshofgericht I. 166 fgg.

Nr. VI. — Wiener Sitzungsberichte, histor.-philos. Klasse XIV. 182.

Nr. VII. — 1245. — Urkunde Konrads IV: — archiep. Bisunt. — cum a nobis investituram recepisset, proposuit, quod marcam auri pro iure capelle nostre solvere non deberet. Cum igitur idem archiep. princeps sit imperii et civitas Bis. immediate ad imperium pertinere noscatur, sententiatum extitit, quod ipse dictam auri marcam, sicut et alii archiepiscopi principes pro iure capelle nostre teneatur dictoque capellario nostro sicut debuit satisfacere.

Nr. VIII. — Die Frage, ob ein Gut zu den unmittelbar vom König zu verleihenden Reichslehen gehöre oder nicht, gehört vor das Reich. So wird z. B. der langjährige Streit: ob dem Könige oder dem Erzbischof von Salzburg die Investitur des Bischofs von Gurk mit den Regalien zustehe, ohne Widerspruch von irgend einer Seite vor dem Reiche verhandelt und wiederholt zu Gunsten von Salzburg entschieden.

Nr. IX. — Streitigkeiten um Reichslehen gehören vor den König und niemals vor die geistlichen Gerichte. Dieser Rechtssatz wurde wiederholt, z. B. eben in dem Rechtstreite zwischen Gurk und Salzburg ausgesprochen, am Bestimmtesten aber 1408, indem das Reichshofgericht eine in dem Erbschaftsstreite der Burggrafen von Nürnberg gegen die Mark-

---

Nr. VII. — Huillard-Bréholles VI. 860. — Ueber das Entrichten einer Gabe für die erlangte Beleihung im Allgemeinen vgl. Homeyer: Lehnrecht §. 47 S. 475, und über die Gebühren, welche nach geschehener Beleihung an die königliche Kammer zu entrichten waren, insbe ondere vgl. Sugenheim 164, Berchtold: Landeshoheit 117. — Siehe auch die Reichshofgericht I. S. 52 fg. mitgetheilte Erzählung aus den annales Ottenburani zum Jahre 1180.

Nr. VIII. — Ankershofen: Regesten zur Geschichte Kärnthens im Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen XIV. S. 171; Meiller: Reg. archiep. Salisb. S. 194. Vgl. am letzteren Ort S. 204, 206, 207, 238, 239, 240, 242, 243, 250.

Nr. IX. — Urkunde von 1408 in den Mon. Zoll. VI. Nr. CCCCLXXXIV. S. 524. Die Entscheidung wurde durch die päpstliche Curie, da der Verklagte auf gehörige Ladung dort nicht erschien, bestätigt, der Entscheidungsgrund aber nicht hervorgehoben. A. a. O. S. 585.

grafen von Meissen angemeldete Berufung an den päpstlichen Stuhl durch Urtheil als frivola, irrationabilis und iniusta verwarf: quia — burggraviorum causa mere imperialis sive imperii sacri feudis esse — legittime probabatur.

Nr. X. — 1153. — In dem Rechtsstreite zwischen dem Bischof von Como und den Leuten der Grafschaft Chiavenna wenden die letzteren ein, die Grafschaft gehöre zum Herzogthum Schwaben und sie brauchten daher auch nur vor dem Gericht des Herzogs zu Recht zu stehen. Da aber festgestellt wird, sie hätten Belehnung und Bestätigung ihrer Privilegien nicht von den Herzögen von Schwaben, sondern vom Reiche nachgesucht und erhalten, so wird der Einwand verworfen und in der Sache selbst gegen die Verklagten erkannt.

Nr. XI. — 1417. — Bei dem Fürstengericht gegen Herzog Ludwig von Bayern-Ingolstadt wendet derselbe ein: er hette seine lender in der crone zu Frankreich, er hofft und getrawete, er bedurfte nit antworten vor dem romeschen reich. Der König fragt die Fürsten: da der Verklagte vom Reiche und im Reiche Land und Leute vom Könige empfangen habe, ob er dann nicht auch billig vor dem Reiche zu Recht stehen solle? Durch Urtheil der Fürsten wird diese Frage bejahend beantwortet.

Nr. XII. — 1234. — Approbatum, ut nullus episcopus Theutonie de hiis, que spectant ad regalia et ab imperio tenet, aliquem infeodare possit preter assensum nostrum (des Königs).

Nr. XIII. — 1238. — Obtentum, quod teloneum, moneta, officium sculteti et iudicium seculare, nec non et similia, que principes ecclesiastici recipiunt et tenent de manu imperiali et

---

Nr. X. — Ughelli: Italia sacra (Rom, 1653) Bd. V. 286.

Nr. XI. — Eberhard Windeck bei Mencken Bd. I. 1120. — Vgl. Hofgericht I. 277—280.

Nr. XII. — Legg. 305, Huillard-B. IV. 507. — Vgl. auch die Rechtsprüche von 1174 und 1281 unter Nr. LXVII. und LXVIII.

Nr. XIII. — Legg. 329, H.-B. V. 259. — Vgl. hierzu Zoepfl: Alterthümer II. 42 fg.

predecessorum nostrorum, sine consensu nostro infeodari non possint, cumque quilibet imperator in indicta curia percipere debet integraliter et vacantibus ecclesiis omnia usque ad concordem electionem habere, donec electus ab eo regalia recipiat.

Nr. XIV. — 1283. — Obtentum legitime, — quod nullus comitatus sub Romano imperio sine nostro consensu possit vel debeat dividi vel vendi aut distrahi pars aliqua, per quam esset comitatus huiusmodi diminutus. Grafschaften, welche dem Reiche auf irgend eine Weise erledigt werden, kann der König nach seinem Gefallen an andere verleihen. — Vgl. auch unten Nr. LXVII.

Nr. XV. — 1296. — Auf Antrag König Adolfs wird vom Reichshofe erkannt: quod quia nobilis vir Otto de Burgundia dominus de Salinis omnia feoda, que ab ipso et imperio tenuit, sine consensu suo alienavit et in manu posuit aliena, cum tamen ante alienacionem huiusmodi se astrinxerit fide prestita ac corporali interposito sacramento, quod ipsum dominum regem deberet iuvare contra omnes homines, qui possent vivere et mori, omni fraude et dolo exclusis, de tota terra sua et toto posse suo, aliis appositis conditionibus

---

Nr. XIV. — Legg. 442. — Vgl. hierzu Ficker: Italien II. 274, und besonders Schulze: Recht der Erstgeburt §. 25, besonders S. 108 fg. Ebendas. wird auch über die constit. de iure feudorum von 1158 und die hierher gehörige Stelle: Preterea ducatus, marchia, comitatus de cetero non dividantur, gehandelt. Siehe aber auch die constit. ducatus Colon. in Westfalia 1180: ducatum, qui dicitur W. et A., in duo divisimus et — unam partem ecclesiae Coloniensi — contulimus et requisita — sententia, an id fieri liceret, adiudicata et communi principum et totius curiae assensu approbata — archiepiscopum — investivimus. — Sehr gut spricht auch Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 411 fg. von der Bedeutung des Rechtsspruchs von 1283.

Nr. XV. — Wiener Sitzungsberichte, histor.-philos. Klasse XIV. 182. — Vgl. jetzt auch Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 570. — Einen ähnlichen, ebenfalls Burgund betreffenden Rechtsfall aus viel früherer Zeit siehe bei Stälin: Wirtembergische Geschichte II. 54.

et pactis, obligando se nihilominus sub pena omnium bonorum suorum mobilium et immobilium, presencium et futurorum, ne contraveniret in parte vel in toto, prout in litteris super eo confectis plenius est expressum, dictus Otto ceciderit a feodis predictis et omnibus bonis suis, mobilibus et immobilibus, ita quod ipse rex sua auctoritate se intromittere poterit de eisdem feodis et bonis. — Item obtinuit, quod vasallos ipsius Ottonis de Burgundia racione bonorum eorundem requirere possit ad fidelitatem et homagium sibi praestanda, quodque iidem vasalli illa sibi de iure facere teneantur.

Nr. XVI. — 1309. — Heinrich VII. widerruft im Hinblick auf seine Herrscherpflicht (ex assumpti regiminis debito, alienata iura imperii recuperare et diminuta seu distracta ad statum debitum reducere) die durch den Herzog Johann von Brabant ohne Genehmigung des Reichs erfolgte Verlegung des reichslehnbaren Salz- und Fischmarktes von Antwerpen nach Brüssel und restituirt den besagten Markt der Stadt Antwerpen als ein vom Reiche zu tragendes Lehen des Herzogs Iohann. Die Verlegung des Marktes wird für ungültig erklärt im Hinblick auf den Rechtssatz: quod vasallus, qui feudum domino inconsulto et sine consensu eiusdem alienat, feudum perdit et dominus a quocumque possessore vindicare potest.

Nr. XVII. — 1310. — Vor Heinrich VII. wird erkannt: quod nullus princeps vel dominus potest alicui opido con-

Nr. XVI. — Legg. 497. — Allgemeine Grundsätze über das Verfügungsrecht des Mannes am Reichslehen (Homeyer §§. 35—38) finde ich sonst nicht in den Urtheilen des Reichshofes ausgesprochen. Zum Versetzen der Reichslehen ist unzweifelhaft Genehmigung des Königs nothwendig, wie z. B. 1287 für den Fall anerkannt wird, dass der Mann seiner Frau eine Geldsumme zur Leibzucht bestellt und dafür ein Reichslehen verpfänden will (Schoepflin: hist. Zar.-Bad. V. 284).

Nr. XVII. — Legg. 500, die zweite erwähnte Urkunde Regesten Heinrichs 304, die dritte Legg. 501. — Vgl. Berchtold: Landeshoheit S. 99 fg. — Ich erwähne hierbei einer Urkunde Rudolfs von 1289 (sie enthält aber kein Weisthum), wonach keiner der

ferre vel concedere aliquas libertates vel etiam privilegiare eosdem absque manu et expresso consensu regis in cuius regno dominium ipsius domini situm extitit. In Gemässheit dieses Rechtssatzes werden alle Freiheiten, welche Graf Reinald von Geldern oder dessen Vorfahren ihren Städten verliehen haben, ohne die Genehmigung des deutschen Königs einzuholen, für nichtig erklärt. — Damit stehen zwei andere Urkunden in Verbindung. Durch die eine wird Graf Reinald ermächtigt, von den kassirten Stadtfreiheiten so viele wieder zu verleihen oder vorzuenthalten, als ihm gut scheine; in der andern wird ausgesprochen, dass die Grafen von Geldern nicht berechtigt gewesen seien, der Stadt Zütphen ohne Genehmigung des Königs Freiheit von denjenigen Zöllen zu gewähren, die sie vom Reiche zu Lehen trugen; deshalb werden diese Zoll-Immunitäten kassirt.

Nr. XVIII. — 1370, 1371. — Karl IV. theilt den Städten Lüneburg und Hannover mit, es sei vor dem königl. Hofgericht mit rechten Urtheilen gefunden worden: dass Herzog Wilhelm von Lüneburg nicht berechtigt gewesen sei, ohne Willen, Geheiss und Gunst des Königs als eines rechten und obersten Lehnsherrn sein Herzogthum einem andern zu vergeben, zu überantworten oder zu vermachen. Da er das dennoch gethan und sich deshalb nicht verantwortet habe, sei er in des Reiches Acht gekündigt worden. Die Eide, welche Städte und Leute des Herzogthums Lüneburg dem Herzog Magnus von Braunschweig, welchem Wilhelm das Land ohne Genehmigung des Königs übergeben, geschworen hätten, seien unverbindlich und Städte und Leute gehalten, den Herzögen von Sachsen-Wittenberg zu huldigen und zu schwören, denn diesen sei das Herzogthum Lüneburg durch einen Rechtspruch der Reichsfürsten zuerkannt worden und darauf ihre Belehnung erfolgt.

(geistlichen) Reichsfürsten die Befugniss hat, Rechte oder Freiheiten zu ertheilen, wenn er nicht vorher vom Könige mit den Regalien belehnt worden. Kopp: eidgenössische Bünde I. 903.

Nr. XVIII. — Sudendorf: B.-L. Urkd. IV. S. 9, 10, 30. 31, 44, 55, 86, 150, 161, 219 fgg. — Vgl. Reichshofgericht I. 248—255.

Nr. XIX. — 1349. — Burggraf Johann von Nürnberg bittet zu erfahren ein gemeines Urtheil: wann er daz lantgerichte ze Nüremberg ze lehen habe von dem romischen reiche und die leute, die das muesten suchen, nicht wol sicherheit ze Nüremberg gehaben mochten, ob er dazselbe lantgericht mocht furbas und anderswo hin in sein herschaft legen? Do ward um mit volge geurteilt: er möchte ez wol getun mit gunst und urloub dez vorgenanten unsers herren des kunigs, wann er es von im ze lehen het emphangen und er bekant im dez ze staten.

Nr. XX. — Ueber die Rechte des Herrn gegen die Person des Mannes und am verliehenen Gute, sowie über die Rechte des Mannes gegen den Herrn und am Gute vgl. die unten zum Lehnrecht mitgetheilten Urtheile. Von den Rechten des Königs gegen die vom Reiche unmittelbar Beliehenen finden sich insbesondere erwähnt der Anspruch auf Bewahrung der Lehnstreue[a] und auf Leistung der Lehnsdienste[b]. Die Gründe für die Rückkehr der Reichslehen an den König sind im Grossen und Ganzen dieselben wie bei den Lehen überhaupt[c]; das Lehen wird dem König ledig

---

Nr. XIX. — Mon. Zoll. III. Nr. CCXXI. S. 194. Die durch diesen Rechtspruch anerkannte Befugniss wird auch sonst öfters vom Könige dem mit Gericht Beliehenen gestattet.

Nr. XX. — a) Als Bruch derselben wird es insbesondere angesehen, wenn ein Reichsfürst zu einer dem König feindlichen Partei übertritt: Urkde. von 1242 bei H.-B. VI. 52—56. — Ein anderer beachtenswerther Fall ist der des Herzogs Gottfried von Oberlothringen; er hatte sich mit dem König von Frankreich gegen Heinrich III. verbündet und ausserdem alle seine Mannen eidlich verpflichtet, ut sibi adessent contra quoscunque (also auch gegen den Kaiser) illos inducere vellet; er wird deshalb zum Verlust aller Reichslehen verurtheilt. Ann. Altah. SS. XX. 801; vgl. auch Hofgericht I. 29.

b) Ueber den Lehnsdienst im Allgemeinen: Homeyer §. 24 S. 375 fgg. und über die dem Reiche zu leistenden Dienste insbesondere unten Nr. XXX. fgg.

c) Homeyer §. 52—54. (Von den Reichsgesetzen gehören hierher Legg. 43, 103 c. 16, 96, 113, 200 und II. 2. 184; vgl. hierzu aber Stobbe: Rechtsquellen I. 473 Note 34 fgg., auf welchen ich

ohne Vergehen des Mannes (z. B. ex libera et spontanea resignatione in dem unter Nr. XIV. mitgetheilten Weisthum von 1283) oder in Folge von Handlungen, welche dem Manne überhaupt das Lehnrecht entziehen[d], oder endlich in Folge lehnrechtlicher Verschuldung des Mannes, z. B. Verletzung der Rechte des Herrn am Gute[e], Versäumniss der Lehnserneuerung[f], Verletzung der Dienstpflichten, insbesondere das Nichterscheinen zum Reichs- und Hofdienst[g], bei Gerichtslehen auch die wiederholte Vernachlässigung übernommener Pflichten[h]. Der König kann über alle ihm erledigten Lehen, aus welchem Grunde immer das Gut an ihn zurückkehrt, frei verfügen und die dem bisherigen Lehnsbesitzer geschworenen Eide lösen[i]; die Vasallen des letzteren müssen dann den Weisungen des Königs folgen.

---

der Kürze halber verweise, und über einzelne dieser Bestimmungen auch Homeyer S. 509.)

d) Homeyer §. 53 Nr. 7 S. 510 fgg. und unten Nr. CCLXVI fgg. — Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass nach der Praxis des Reichshofes zu den im Text erwähnten Handlungen alle diejenigen Verbrechen und Vergehen, welche reichsgesetzlich mit der Strafe sofortiger Friedlosigkeit bedroht sind, sowie der fortgesetzte Ungehorsam der in die Reichsacht Gekündigten gerechnet werden. Ich habe dies aus den Reichsgesetzen und zahlreichen Urtheilen des Reichshofgerichts nachgewiesen Reichshofgericht II. 358—370.

e) Homeyer §. 53 Nr. 6, oben Nr. XV. und XVIII, sowie Nr. CCXXXIII.

f) Vgl. Nr. IV—VI. und Nr. CCXXII fgg. Einen hierher gehörigen Rechtsfall siehe auch Reichshofgericht I. 84: Der König will dem Erzbischof von Salzburg die Reichslehen entziehen, weil er die Belehnung mit den Regalien nicht nachgesucht habe, — der Erzbischof wendet ein, er habe die Beleihung dreimal nachgesucht, sie sei ihm aber unrechtmässig verweigert worden. Homeyer §. 47 S. 470 fgg.

g) Vgl. Reichshofgericht II. 238—240 und die daselbst mitgetheilten Urkunden.

h) Constitutio generalis von 1234: Legg. 301 lin. 31.

i) Siehe Nr. IV, VI, XIV, XV, XVIII, CCXX fgg., CCXXXIII. — Vgl. auch Reichshofgericht II. 370 und die daselbst angeführten Beispiele. — Ueber den Heimfall der Reichslehen, wenn keine lehns-

Nr. XXI. — Ueber das Verhältniss der königl. Gewalt zu der kirchlichen sind hier nur zwei Weisthümer über das Verhältniss von Acht und Bann zu erwähnen. — 1209: der Bischof von Trient bittet vor Otto IV. um ein Urtheil, si episcopus Trid. aliquos pro suis factionibus et excessibus banniret, si non illud bannum confirmare deberemus? Et datum est in sententia, quod si — episc. septem idoneis testibus probare possit, aliquos homines pro excessibus et factionibus suis banniisse, quod nos hoc bannum deberemus confirmare[a]. — 1287 wird geurtheilt: quod illi, qui proscriptionis sententiam in se animo indurato sustinuerunt per annum et amplius, invocato brachio ecclesiastico debeant excommunicationis sententia innodari, ut eos, qui rigore temporalis gladii non terrentur, ad bonum obediencie nervus revocet ecclesiastice discipline, und: ut contra illos, qui per annum et amplius in proscriptione huiusmodi permanserunt, deberemus ecclesiastici brachii auxilium invocare[b].

Nr. XXII. — 1433. — König Sigismund erklärt: da

---

fähigen Erben vorhanden sind, vgl. Homeyer 450 fgg., Schulze: Erstgeburt 189 fgg. und die Urkunde Heinrichs V. von 1107 bei Ficker: acta selecta S. 68 Nr. 73.

Nr. XXI. — a) Legg. 216, Kink: cod. Wang. 177.

b) Regesten Rudolfs Nr. 1304 und 1305. — Vgl. const. pacis 1156 c. 4, const. contra incend. 1187 lin. 20, Philippi promissa papae c. 9, confoederatio von 1220 c. 7, const. in Bas. S. Petri 1220 c. 3, treuga Heinrici c. 22, const. pacis 1235 c. 12: legg. 102, 184, 209, 236, 244, 268, 316. Andere hierher gehörige Stellen: Reichshofgericht II. 379, wo auch zahlreiche Beispiele für die praktische Anwendung der im Text mitgetheilten Rechtssätze gegeben sind. Zu den daselbst erwähnten Schriften vgl. auch noch Berchtold: Landeshoheit S. 52 fg. — Auch eine Stelle aus Lamberti ann. 1074 gehört hierher. König Heinrich erklärt: Quandoquidem nec forenses leges contra violenciam Saxonum quicquam proficiunt nec iniurias meas, desertus a milite, armis persequi valeo, ad leges ecclesiasticas, iam necessitate coactus, confugiam et ubi humana cessant auxilia, divinam opem implorabo.

Nr. XXII. — Freyberg: Sammlung historischer Schriften und Urkunden I. 374; ähnlich in der Urkde. von 1434 bei Gemeiner:

Herzog Ludwig von Bayern-Ingolstadt vom Concilium zu Basel gebannt worden, und da das westfälische Femgericht den Herzog geächtet und all seiner Ehren, Würden und Lehen verlustig erklärt habe, so entziehe er ihm seine Reichslehen, weil der König der Kirche, deren oberster Vogt, und den Gerichten, deren oberster Richter er sei, Hülfe zu leisten verbunden sei.

Nr. XXIII. — Gericht des Königs. — 1350: das Gericht des Königs ist das oberste Gericht im Reiche und als solches verpflichtet, allen andern Gerichten zur Erhaltung des Rechts förderlich zu sein[a]. — 1378: derselbe Satz, wanne daz oberste gerichte den untern von rechts wegen allewege solt beholfen sein[b]. — 1226: — cum ibi sit Alemanie curia, ubi persona nostra et principes imperii consistunt[c]. — 1274: ex decreto et consilio principum diffinitum est, quod dominus Romanorum rex ius debeat reddere de omnibus questionibus civilibus et criminalibus a coronacionis sue tempore subortis et que deinceps orientur; item de omnibus questionibus civilibus, que eciam ante sui coronacionem emerserunt, super hereditatibus, feodis, possessionibus, proprietatibus, nisi iudicio, transactione vel compositione amicabili sint sopite[d]. — 1193: es soll nicht mit Umgehung der ordentlichen Gerichte Berufung an das Reich stattfinden[e].

Chron. von Regensburg III. 43 fgg. Vgl. Forschungen zur deutschen Geschichte II. 592.

Nr. XXIII. — a) Riedel: cod. dipl. Brand. Supplementband Nr. XXIX. S. 27.

b) Senckenberg: Kais. höchste Gerichtsbarkeit S. 162. Vgl. Reichshofgericht II. 40.

c) Huillard-B. II. 629. Vgl. a. a. O. S. 63 fgg.

d) Legg. 274. Um alle „weltliche Sache" hat das Hofgericht zu richten: Legg. 482.

e) So bestimmt auf Klage des Bischofs von Speier vor Heinrich VI.: Remling I. 126, Legg. 568, Hofgericht II. 205 fg. — Für den Satz, dass das Reichshofgericht in andern als denjenigen Fällen, welche zu seiner ausschliesslichen Competenz gehören, von Rechts wegen nur richten soll, wenn bei dem ordentlichen Richter nicht die entsprechende Rechtshülfe zu finden ist, gewährt eine Urkunde

Nr. XXIV. — 1293. — Et in eadem sententia — (contra praescriptionem iudicii de oppressione violenta —) coram nobis extitit adiectum, quod nulla constitutio municipalis vel civium ordinacio seu eorum diffinicio (in casu superius expresso) regali sententie poterit aliquale preiudicium generare.

Nr. XXV. — 1299. — Auf die Frage: utrum omnes sententie — per Rudolfum regem — et processus per ipsum facti sortiri deberent effectum? wird unter König Albrecht das Urtheil gefunden: quod huiusmodi sententie et processus debeant in suo robore permanere, nisi alique tales littere, probationes seu legitima documenta per quemcumque in lucem vel medium deducantur, quibus iidem processus et sententie iure elidi valeant seu etiam annullari.

Nr. XXVI. — 1274. — Auf die Frage König Rudolfs: quis deberet esse iudex, si Romanorum rex super bonis imperialibus et ad fiscum pertinentibus et aliis iniuriis regno vel regi irrogatis contra aliquem principem imperii haberet proponere aliquid questionis? wird erkannt: quod Palatinus comes Reni auctoritatem iudicandi super questionibus, quas imperator vel rex movere vult principi imperii, optinuit et optinet ex antiquo.

Nr. XXVII. — 1296. — Dem König Adolf wird zuerkannt: quod in negociis rei publicae posset statuere iudicem et prosequi eiusdem rei publicae negocia coram eo.

---

von 1291 bei Seibertz II. 536 ein deutliches Zeugniss. Der Bischof Otto von Paderborn und Graf Ludwig von Arnsberg fordern vom Erzbischof Sigfried von Köln als Herzog von Westfalen die Entscheidung eines Rechtsstreits: cum officii vestri debitum id exigat ratione ducatus; alioquin huiusmodi ius et sententiam a serenissimo Rom. rege nos requirere oportebit.

Nr. XXIV. — Legg. 460. — Vgl. unten Nr. CCCXXXIV.

Nr. XXV. — Kluit: hist. Holl. II. 2. 1007. — Vgl. Hofgericht I. 163.

Nr. XXVI. — Legg. II. 399. — Vgl. Hofgericht I. 166 fgg.

Nr. XXVII. — Wiener Sitzungsberichte, hist.-philosoph. Klasse XIV. 182. — Hofgericht 174 Note 2.

Nr. XXVIII. — 1353. — Da bei der Verhandlung einer Sache vor dem Reichshofe Rechte des Reichs (und entgegenstehende Ansprüche des Pfalzgrafen vom Rhein) in Frage kommen, finden die Kurfürsten das Urtheil: der König solle einen andern Fürsten mit dem Vorsitz im Gericht beauftragen und mit den Kurfürsten ein Gespräche darüber nehmen, was aller Kurfürsten Recht, Freiheit und Gewohnheit wäre. Es wird demgemäss verfahren.

Nr. XXIX. — Ungehorsam oder Widersetzlichkeit gegen königliche Anordnungen wird, auch wenn sonst keine strafrechtlich zu verfolgende Handlung in Frage kömmt, mit der Reichsacht bestraft. Das ist wiederholt anerkannt, z. B. 1382 in einem Rechtspruche, nach welchem Wido von Flandern geächtet wird, weil er, königlichem Befehle zuwider, den Grafen von Hennegau gehindert, die diesem zugesprochenen Länder in Besitz zu nehmen, — und 1300 in einem Rechtspruche, durch welchen Johann von Hennegau in die Acht erklärt wird, weil er sich geweigert, die dem König Albrecht und dem Reiche zuerkannten Grafschaften Holland und Seeland herauszugeben. — Unter Umständen wird der Ungehorsam gegen den König sogar mit sofortiger Friedlosigkeit bedroht, wie z. B. Ludwig 1338 den Clerikern befiehlt, ohne Rücksicht auf die päpstlichen Processe Gottesdienst zu halten: quicumque autem in hiis nobis obedire contempserint, illorum tam bona quam corpora extra nostram pacem sive defensionem semota et in nostram ingratitudinem posita, precipimus cunctis hominibus ea, tam in bonis quam in personis, nostra auctoritate ledere, invadere et inpune . . ., sic quod invasores talium nec ad emendam nec ad restitutionem teneantur.

Nr. XXVIII. — Harpprecht I. Nr. VII. S. 99.

Nr. XXIX. — Die im Text zuerst erwähnten beiden Urkunden bei Martene: thes. novus I. 1182 und bei Kopp III. 2. 407. — Vgl. Reichshofgericht II. 236 fgg., 340 fgg. und Ficker: Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens S. 79—87, 147 fg., 173 fg., 175. — Die Urkunde Ludwigs bei Ficker: acta selecta imperii S. 529 Nr. 785.

Nr. XXX. — 1219. — Auf einem Hoftage zu Fulda wurde beschlossen, auf Mittfasten 1219 einen Reichstag zu berufen und dabei durch Rechtspruch der Fürsten bestimmt: quicumque de principibus imperii curie non interesset supradicte, terra privari debeat et honore, nisi persone manifesta lesione detentus fuerit vel magna infirmitate gravatus.

Nr. XXXI. — 1296. — Auf Antrag des Königs Adolf wird das Urtheil gefunden: quod principes et alios, qui vocati ad parlamenta ipsius non venerint, vocare possit ad suam presenciam et pro contemptu requirere et emendam recipere, que consona fuerit racioni.

Nr. XXXII. — 1296. — Vor König Adolf wird 1296 erkannt: quod si pro pace communi volga fuerit proclamata et edicta contra turbatores (— Lücke —), quicumque comitivam suam ad hanc subtraxerit et auxilium non prestiterit, ille penis statutis (— Lücke —) subiacere, alioquin tanquam violator pacis haberi debeat et puniri.

Nr. XXXIIa. — 1153. — Wer dem Aufgebot zur Römerfahrt nicht Folge leistet, verliert seine Lehen. — Omnes omnium beneficiati, qui sine bona voluntate domi-

---

Nr. XXX. — Aus einem Briefe Friedrichs II. an Honorius III. bei Boehmer: Reg. zum Decbr. 1218 Nr. 249. — Zu diesem und dem folgenden Weisthum vgl. Hofgericht II. 238 Note 2 und ausser den daselbst mitgetheilten Urkunden und Schriften auch noch Sugenheim: Staatsleben des Klerus S. 350, Ficker: Heerschild 66 fg. — Auch Otto Fris. Gesta Friderici II. c. 29 (SS. XX, 415) ist aus dem hier erwähnten Rechtssatze zu erklären.

Nr. XXXI. — Wiener Sitzungsberichte, hist.-philos. Klasse XIV. 182.

Nr. XXXII. — Wiener Sitzungsberichte a. a. O. 183. — Vielerlei Belehrendes über Reichshof- und Reichsheerdienst findet sich bei Maurer: Fronhöfe III. §. 555 fgg.

Nr. XXXIIa. — Otto Frising. Gesta Friderici II. c. 12 (SS. XX, 396) zum Jahre 1153 mit ausdrücklichem Hinweis auf altes Gewohnheitsrecht. — Vgl. Homeyer §. 24 Nr. 6 S. 380 fgg. und Weyland: Die Reichsheerfahrt von Heinrich V. bis Heinrich VI. in den Forschungen zur Deutschen Geschichte VII. 115, insbesondere S. 167 fgg.

norum suorum domi remanserunt, in feudis condempnantur. — Entsprechend auch die constit. von 1154: Legg. II. 96 linea 40 fgg.

Nr. XXXIII[b]. — 1158. — Interim autem questio coram imperiali presencia de beneficiis eorum, qui milicie stipendia contempserunt persolvere, suborta est. Et exinde principum omnium emanavit sentencia, quod abiudicata eis forent beneficia, donec et persolverent stipendium secundum beneficiorum iura, et contemptum, quem fecerant, per composicionis dispendium dominis suis civiliter expiarent. Ex ore igitur principum prolata, ab imperatore et tota curia confirmata est.

Nr. XXXIII. — 1331. — König Ludwig bekundet den vor ihm ergangenen Rechtspruch: Swen ein hervart von dem romischen rich ist, daz herren und stede zu zogent, als in dann geboten ist, dem romischen rich ze hilfe, swaz ieman dem andern naeme von viche oder ze notdurfte in der reyse auf der vertte, daz si dem rich ze helf wolten chomen, umb denselben schaden sol sie niemant nichts benöten, swenn ez also in einer offenn hervertte geschicht, und dem rich sein er ze behaben und zu retten.

Nr. XXXIV. — 1338. — Derselbe bekundet, dass vor ihm im Gericht von den Fürsten, Grafen und Herren als des Reiches Recht folgende Sätze bekundet worden, welche er nunmehr zu einem ewigen Recht zu halten vorschreibe:

Nr. XXXII[b]. — So das martyrium Arnoldi archiepiscopi Moguntini bei Jaffé: bibl. rerum German. III. 287 (auch Reichshofgericht I. 78). Ein solches Weisthum ist sonst nicht bekannt; ich halte es aber für unzweifelhaft, dass sich die Nachricht auf die constit. de iure feudorum von 1158 (Legg. 113, SS. XX. 448) bezieht. Ebenso Nitzsch 322. — Ueber Reluition des Dienstes bei Reichsheerfahrten Weyland 143 fgg.

Nr. XXXIII. — Boehmer: cod. dipl. MFr. I. 509.

Nr. XXXIV. — Boehmer: fontes rer. Germ. I. 220, 21. — Vgl. Franklin: Beiträge zur Geschichte der Reception des röm. Rechts S. 157, Hofgericht II. 359 und zu dem zweiten dieser Sprüche auch die Urkunden von 1327 und 1336 in Boehmers Reg. Nr. 945 und bei Lacomblet III. 247.

Zu dem ersten, swo wir riten oder unser vicari oder amptmann, wie der geheizzen ist, von dez reichs wegen oder not, daz wider uns und diselben nieman chomen noch riten sol uns oder diselben ze hindern oder ze irren. Und wer daz dar über taete, der hat damit an daz reich geraten und sol uns und dem reich sin lib und gut vervallen sin, und haben och dez lib und gut genomen uz dem frid und getan in den unfrid und erloubt aller menlichen über sin lib und gut, also daz nieman dar an frevel noch dheiner bezzerung schuldig werde noch sei, waz im an leib oder an gut widervert. — Ferner: wo wir riten oder dhein unser vicari — daz uns, unserm vicari oder amptmann all dez reichs man und lüt nach ziehen und volgen sullen nach irr macht und vermügen. Und wer dez nicht entet, der hat wider daz reich getan und sol och da mit vallen in all obenn gesribenn pen. — Endlich: wer in des reichs dienst gevordert wirt, er sei herre, pfaf oder laye, reicher oder armer, all dieweil und er in dem dienst ist oder auf den strazzen zu dem reich ze chomen oder da von ze varn, daz den nieman weder an leib noch an gut an reichen noch beschedigen sol.

Nr. XXXV. — 1339. — Ludwig gestattet dem Erzbischof Baldewin von Trier: quod quando et quociens eundem archiepiscopum pro dicti imperii vel dicte sue ecclesie necessitatibus et iuribus vel eorum occasione in expeditione cum suis hominibus armatis per loca aliqua contigerit proficisci, quod idem archiepiscopus pro se et suis hominibus — in locis, per que ipsum transire et in quibus — moram — trahere contigerit, hospitare ac hospitia capere sine cuiusquam reclamatione possit ac alia circa hec facere, que talis adventicie necessitatis sarcina repentina exigit et requirit, sicut nos ipsi de imperiali excellentia facere possemus, si nostri nominis expeditionem nos contingeret exercere.

Nr. XXXVI. — 1378. — Karl IV. verordnet: — das

Nr. XXXV. — Boehmer: Reg. Nr. 3431.

Nr. XXXVI. — Die Satzung soll gelten als ein „gemeines kei-

keyn furste — oder sust yemand, so sie uns — und dem reiche zu dinste gefolget haben und nach volgen werden, — umb gewonlichen schaden, koste, futer, die man uff dem dem felde findet, oder sust schaden, der in sulichem czoge den freunden ane vorsasse und ane geverde geschee, yemanden — ynwendig oder usswendig gerichte antwurten oder rechtes pflegen durffe oder sulle in dheine weis; und das auch nymand den andern dorumb bekummern, veiden, angreiffen, beschedigen, pfenden oder betrüben sulle oder muge. und sal auch sulichen schaden nymand dem andern pflichtig seyn uffczurichten, widerkeren oder zu gelten in dheine weis, und ob yemand dowider tete, under welichem fursten, graven, herren oder steten der gesessen ist, der oder die sullen den, der sulichen schaden fordert oder sust reche, so ernstlichen dorczu halden und twingen, das er dovon genczlichen lassen musse, und ab er von solicher schaden wegen an yemanden czugriffe oder pfandungen getan hette, das er das unverczogenlichen widerkere. — Dieses kaiserliche Recht und Gesetz soll überall im Reiche gehalten werden.

Nr. XXXVII. — 1302. — König Albrecht bekundet den Rechtspruch: obgleich die Grafschaft Hennegau vom Bisthum Lüttich zu Lehen gehe, so sei der Bischof (der Lehns-

serrecht" und der Erlass derselben wird also begründet: Nach Recht und altem Herkommen seien alle Fürsten, Grafen, Freie und Städte verpflichtet, dem König Folge zu leisten, wenn er zu Felde ziehe; dieser Zuzug könne aber nicht geschehen, ohne dass den Angesessenen und ihren Gütern mancherlei Beschädigungen zugefügt würden; nun seien die dem Reiche Gehorsamen wegen solcher Schäden oftmals gerichtlich oder aussergerichtlich in Anspruch genommen worden, und da dieser Umstand die Bereitwilligkeit, dem Reiche Folge zu leisten, abschwäche und die Wirksamkeit der vom Reiche beschlossenen Massregeln vermindern könne, — so habe er aus kaiserlicher Machtvollkommenheit die folgenden Anordnungen getroffen. Deutsche Reichstagsakten I. 212.

Nr. XXXVII. — a) Boehmer: Reg. 395, 6. Vgl. Hofgericht I. 165. Siehe auch die const. de iure feudorum 1158 Legg. 114: ut in omni sacramento fidelitatis nominatim imperator excipiatur.

herr) doch nicht verpflichtet dem Grafen Johannes von H. (dem Vasallen) gegen den Kaiser zu Hülfe zu ziehen, er sei vielmehr verbunden, sich überall an den Kaiser zu halten[a]. — 1415: Niemand im Reich kann oder darf ein Bündniss eingehen, das gegen den römischen König, seinen rechten und natürlichen Herrn, gerichtet ist, da ein jeglicher vor allen und jeden Bündnissen dem Reiche verbunden sei[b].

Nr. XXXVIII. — 1157. — Heinrich der Löwe hatte dem Kaiser Friedrich I. einige Güter in Schwaben unter der Bedingung übereignet, dass er dafür andere, ihm günstiger gelegene Reichsgüter erhalte. Der Kaiser bringt die Sache — quia imperatoriae maiestatis est, rempublicam semper augere et nunquam minuere — an die Fürsten und diese finden das Urtheil: er solle gewisse, ihm gehörige Allodialgüter dem Reiche übereignen, damit er dann einen Theil des Reichsgutes an Herzog Heinrich überlassen könne.

Nr. XXXIX. — 1192. — Derselbe Rechtsgrundsatz ausgesprochen in einer Urkunde Heinrichs VI, nach welcher die Schenkung der Reichsabtei Erstein an den Strassburger Münster für ungültig erklärt wird: non est licitum, res ad imperium spectantes alienare absque imperii proventu et utilitate.

Nr. XXXX. — Ueber die Unzulässigkeit der Veräusserung von Reichsfürstenthümern durch den König vgl. die Rechtsprüche zu Gunsten von Genf, Lausanne, Nivelle, Ober- und Niedermünster zu Regensburg.

Nr. XXXXI. — 1274. — Auf die den Fürsten und Grafen des Reichs von König Rudolf vorgelegte Frage: quid ipse rex de iure possit et debeat facere de bonis, que Fridericus quondam imperator, antequam lata esset principum

b) Urkunde Sigismunds bei Kopp: Geschichtsblättter aus der Schweiz II. 75.

Nr. XXXVIII. — Orig. Guelf. III. 466.

Nr. XXXIX. — Wuerdtwein: nova subs. X. Nr. 53 S. 156.

Nr. XXXX. — Unten Nr. LVIII—LXI.

Nr. XXXXI. — Legg. 400. — Vgl. hierzu Lorenz: Deutsche Geschichte I. 432 und II. 1. 75.

depositionis sententia, possedit et tenuit pacifice et quiete, et de bonis alias imperio vacantibus, que bona alii per violenciam detinent occupata? wird das Urtheil gefunden: quod ipse rex de omnibus talibus bonis se debeat intromittere et ipsa bona in suam retrahere potestatem; et si aliquis in recuperandis talibus bonis ipsi regi se opponere presumeret, iniuriosam violenciam regali potencia debeat repellere et iura imperii conservare.

Nr. XXXXII. — 1288. — König Rudolf bekundet, es sei vor ihm, als er in Oesterreich zu Gericht sass, durch die Fürsten, Grafen, Freien und Ministerialen des Reichs, sowie durch die Landherrn Oesterreichs der Rechtspruch gefunden worden: quod vel nos vel illum, quem eisdem terris daremus in dominum, intromittere deberemus de omni bono, quod Fridericus dux Austrie et Stirie, dum vivebat, in sua potestate et possessione usque ad mortem suam tenuit et deduxit, sive forent castra sive ville seu quocunque nomine censeretur, et de hiis optime iustitiam deberemus facere, si quis in idem bonum haberet aliquam actionem.

Nr. XXXXIII. — 1281. — Vor König Rudolf wird geurtheilt: quod omnia donata, confirmata seu facta quocumque modo alio de rebus vel bonis imperii per quondam Richardum regem illustrem aut predecessores suos in Romano imperio a tempore, quo lata fuerat in olim Fredericum imperatorem secundum depositionis sententia, nullius habere debeant roboris firmitatem, nisi consensu maioris partis principum in electione Romani regis vocem habentium fuerint approbata.

Nr. XXXXIV. — 1307. — Ad quaestionem regis R. Alberti: an, ex quo A. Thuringiae lantgravius lantgraviatum

---

Nr. XXXXII. — Legg. 453. — Vgl. Kopp I. 528 fg.

Nr. XXXXIII. — Martene: thes. I. 1169, Legg. 435. — Ueber die historische Veranlassung vgl. Hofgericht I. 156 N. 2. und über die staatsrechtliche Bedeutung des Rechtspruchs Huyn: Willebriefe S. 7 fgg. und Lorenz: Deutsche Geschichte I. 415 fgg.

Nr. XXXXIV. — Kopp III. 2. Beil. 12 S. 415. — Vgl. Hofgericht I. 174, Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 547 fgg.

suum regi Adolpho pro certa summa pecuniae venditum, pro cuius summae parte ipsi civitates Mülhusen et Northusen obligatae fuissent, ab imperio alienasset et aliis tradidisset, hae civitates in eius potestate manere deberent? — iudicatum —: civitates illas imperio reddendas esse, nisi lantgravius lantgraviatum imperio restitueret.

Nr. XXXXV. — 1336. — Kaiser Ludwig bekundet, er habe nach Rath seines Hofes verordnet, dass wer von ihm und dem Reiche Burgen, Länder oder andere Güter pfandweise innehabe, dieselben weder ganz noch getheilt ohne seinen Consens an andere Personen übertragen könne, wenn es demselben zur Zeit der Verpfändung durch Briefe nicht gestattet worden.

Nr. XXXXVI. — 1367. — Der Burggraf Friedrich von Nürnberg klagt vor Karl IV. und den Kurfürsten, die Bürger von Nürnberg hätten ihm seine Burg zu Nürnberg durch eine Mauer verbauet. „Da liess kaiser Karel ain frag die kurfürsten tun: ob er gewalt het auf des reichs poden zu pawen. Da ward von den kurfürsten ertailt: er möcht wol auf des reichs poden pawen. Also sprach der kayser: so wer der paw mit seim gehaizz gescheen, also solt die mawr beleib sin.“

Nr. XXXXVII. — 1329. — König Ludwig bestätigt seinem Schwiegersohn, Markgrafen Friedrich von Meissen, die

---

Nr. XXXXV. — Regesten Ludwigs Nr. 3387.

Nr. XXXXVI. — Ulman Stromer I. c. 2: Chroniken der fränkischen Städte I. 26 fg. Die lateinische Bearbeitung der Chronik des Sigmund Meisterlin III. c. 16 (daselbst Bd. III. 250) erzählt: Carolus — peciit dari sibi interlocutoriam, an videlicet imperatori pro suo et imperii beneplacito in fundo imperii iubere ac percipere liceret, edificare et destruere vel non. — sentencia procerum imperii id liberum cesari dictabat. Die deutsche Bearbeitung derselben Chronik (III. 165.) gibt den Spruch so wieder: ja, ein kaiser wer ein herr des reichs grunts. Vgl. daselbst Bd. I. 353 und III. 287.

Nr. XXXXVII. — Senckenberg: methodus iurisprudentiae S. 221.

demselben als Aussteuer seiner Tochter gegebene Pfandschaft von 10000 Mark Silber auf die Städte Mühlhausen und Nordhausen. Da die Städte gegen diese Verpfändung Einspruch erhoben, so belehrt sie der König, er könnte zwar gegen sie mit Urtheil und Recht vorgehen, er wolle sie aber nur ermahnen, sich der getroffenen Disposition zu fügen; er sei zu derselben berechtigt gewesen: sicut hoc exemplo — predecessorum nostrorum — Rom. imp. ac regum didicimus, qui sicut et nos de consuetudine sacratissimi Rom. imperii in Alemannia a tempore, cuius non extat memoria, observata, que quidem consuetudo vim legis obtinet sicut nonnulle alie consuetudines consimiles imperii, quas legibus stringi non oportet, cum supra legem sint, filiis et filiabus suis tante pecunie summam in dotem seu donacionem propter nupcias in bonis imperialibus constituere poterant et valebant.

Nr. XXXXVIII. — 1418. — König Wenzel hatte die Lehnschaft über die Ganerben des Busecker Thals dem Landgrafen von Hessen übertragen, diese Verleihung aber später widerrufen. Da die Landgrafen diesen wie einen wiederholten Widerruf Sigismunds nicht beachteten, so klagte letzterer auf Ungültigkeitserklärung der Verleihung, „weil es ein gemein recht sei, dass ein röm. könig oder kaiser des reiches erbe nicht hingeben oder verschreiben mag in erbsweise ohne willen und verhängniss der churfürsten.“ Das Gericht erkannte beim Ausbleiben des Verklagten nach dem Antrage des Klägers.

Nr. XXXXIX. — 1145. — Konrad III. bestätigt dem Bisthum Utrecht zwei friesische Comitate. Dabei wird bemerkt: quoniam sine iudiciario ordine nihil huiusmodi facere consuevimus, — quid super hac re nobis esset faciendum, — sententiam exquisivimus. Das Urtheil ergeht dahin: quod nos iure possemus et deberemus antiqua privilegia renovare

---

Nr. XXXXVIII. — Lünig: R.-A. XII. 3. 169. Vgl. Hofgericht I. 307 fgg.

Nr. XXXXIX. — Reg. 2249, Beka und Heda 165.

et pristinas imperatorum donationes nostro privilegio corroborare.

Nr. L. — 1253. — König Wilhelm bekundet, dass auf die Frage: utrum sententie late a scabinis vel quibuscunque aliis contra privilegia, ecclesiis auctoritate imperatorum vel regum nostrorum predecessorum indulta, vim aliquam deberent habere vel firmitatem? vom Reichshofe erkannt worden sei: quod huiusmodi sententie contra privilegia imperatorum vel regum ecclesiis, locis, dignitatibus vel quibuscunque personis indulta, a quibuscunque late, nec vim habeant nec firmitatem.

Nr. LI. — 1253. — Derselbe Rechtspruch in anderer Fassung: utrum sententie, a quibuscunque scabinis vel aliis late contra privilegia a nostris predecessoribus — quibuscunque indulta, alicuius debeant existere firmitatis? Es wird geurtheilt: quod huiusmodi sententie nullius roboris vel firmitatis existunt.

Nr. LII. — 1275. — Es wird geurtheilt: quod contra privilegia, libertates (immunitates) et iura, que a — nostris predecessoribus — ac a nobis concedi contigit ecclesiis nostre ditioni subiectis, nullius inferioris tribunalis auctoritas aliquas posset proferre seu promulgare sententias, ipsis privilegiis, libertatibus et iuribus preiudiciales aliqualiter aut nocivas. Was gegen königliche Privilegien erkannt werden würde, soll nichtig und unverbindlich sein.

Nr. LIII. — 1349. — Der Pfalzgraf Rudolf bekundet, dass er und seine Mitkurfürsten zu Recht gesprochen: Da Kaiser Ludwig und nach ihm auch König Karl dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg alle seine Freiheiten und

---

Nr. L. — Legg. 367; vgl. dazu die Urkunde bei Ficker: acta sel. Nr. 368, S. 303. — Derselbe Rechtsatz findet sich schon 1129 angewendet in dem Rechtspruch zu Gunsten der Johanniskirche zu Lüttich: Hofgericht II. 209.

Nr. LI. — Ficker a. a. O. Nr. 369.

Nr. LII. — Legg. 403.

Nr. LIII. — Riedel: cod. dipl. Br. II. 2. 261. — Vgl. Hofgericht I. 243.

Rechte bestätigt habe, so dürfe König Karl diese ihm ertheilten Briefe nicht überfahren, und was er dagegen thäte, solle dem Markgrafen keinen Schaden bringen.

Nr. LIV. — 1361. Mit Gesammturtheil wird gefunden, dass, wenn der König jemandem eine Gnade oder Freiheit zugestanden in königlichen Briefen, Alles, was dawider geschieht in Gericht oder ausser Gericht, keine Kraft und Macht haben solle.

Nr. LV. — 1407. — Auf die Klage des Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg gegen die Stadt Rotemburg, die letztere habe ihn widerrechtlich vor ihr Gericht geladen, erkennt das Hofgericht: Da das den Burggrafen von Karl IV. ertheilte Fürstenprivilegium bestimme, sie hätten nur vor dem Reiche zu Recht zu stehen und „wer dawider thete, als oft das geschehen würdet, als oft sol der, der das thut, zu hand tausent mark lötigs gold zu rechter pene verfallen sein", so sei die Stadt schuldig, für jede gegen das Privilegium ergangene Ladung die angegebene Strafsumme zu zahlen. Auch sollten alle von dem Rotemburger Gericht ergangenen Urtheile nichtig sein.

Nr. LVI. — 1382. — Mit gemeiner Folge wird gefunden, dass Urkunden und Briefe des Königs, die ohne Urtheil ergehen, Niemandem Schaden bringen sollten an Rechten, die er auf Grund rechtskräftigen Urtheils erlangt habe.

Nr. LVII. — Ueber die Rechte des Königs (und der Fürsten) hinsichtlich der Zölle und Münzen, der Strassen und des Geleits, der Anlage von Märkten und Befestigungen siehe die unten folgenden Abschnitte. Auf die eigentlichen Regalien bezügliche Weisthümer sind mir nicht bekannt geworden. An den Satz der const. de regalibus, dass

---

Nr. LIV. — Harpprecht I. Nr. VIII. S. 103. Auch was im Hofgericht selbst gegen den Inhalt königlicher Privilegien verhandelt und erkannt wird, ist unwirksam und nichtig: Reichshofgericht II. 20 fgg.

Nr. LV. — Mon. Zoll. VI. Nr. CCCLXXVI. S. 392.

Nr. LVI. — Senckenberg: von der kais. höchsten Gerichtsbark. Beil. III. S. 18.

zu den Regalien (im Sinne dieses Gesetzes[a]) auch die bona contrahentium incestas nuptias gehören, erinnert eine Urkunde Heinrichs III. von 1055: Otto — marchio — pro incesto ad satisfactionem inobediens — traditus est satanae in interitum carnis. Et ob hoc secundum legem Bavariorum in nostro colloquio diffinitum est, omnia ad fiscum pertinere, quae idem Otto potuit habere[b]. — Das Recht des Königs auf erblose Allodialgüter erkennt ein Rechtspruch aus dem Anfange des 12. Jahrhunderts an; Heinrich V. bestätigt 1114 eine Schenkung Ulrichs des letzten Grafen von Weimar: nos quoque, ad quos allodia supradicti U. communi iudicio principum nostrorum devenerunt[c]. — Ueber das Recht des Königs und beziehungsweise des Reichs[d] auf

---

Nr. LVII. — a) Vgl. statt vieler anderen Strauch: Ursprung und Natur der Regalien S. 3 fg.

b) Mon. Boica XXIX. S. 124. — Zu vgl. eine Urkunde Karls IV. von 1347 bei Ficker: acta selecta imp. S. 562; dem Bischofe von Trient werden gewisse Güter geschenkt, welche der Margaretha von Tirol gehört hätten, aber an das Reich verfallen seien propter adulterium et incestum, quod — commisit — cum Ludovico —.

c) Guden: cod. dipl. Mog. I. 392, Mon. Boica a. a. O. 233.

d) Wenn die ann. S. Disibodi a. 1125 (Ann. Sax. a. 1127) recht berichten, so ist unter Lothar II. die Frage: ob die Güter der Geächteten zu Gunsten des Reichs einzuziehen seien oder zum Familiengut des Königs gehörten, dahin entschieden worden, dass sie zum Reiche gehörten. Den Anlass zur Entscheidung dieser Rechtsfrage soll der Umstand geboten haben, dass Herzog Friedrich II. von Schwaben, als Erbe Königs Heinrich V, gewisse unter seinem Erblasser confiscirte Güter nicht herausgeben wollte, welche Lothar für das Reich in Anspruch nahm: rege — in conventu principum inquirente, praedia iudicio proscriptorum a rege si iuste forifactoribus abiudicata fuerint, vel pro his, quae regno attinent, commutata, utrum cedant (ditioni regiminis?) vel proprietati regis: iudicatum, potius regiminis subiacere ditioni quam regis proprietati. Vgl. Reichshofgericht I. 34 und zur Erläuterung der thatsächlichen Verhältnisse Stälin: Wirtembergische Geschichte II. 50 fgg.

die Lehn- und Allodialgüter der für friedlos Erklärten und der Oberächter habe ich an einer andern Stelle gehandelt[e].

Nr. LVIII. — 1162. — Friedrich I. hatte dem Herzog von Zähringen die Vogtei über das Bisthum Genf mit der Befugniss, den Bischof mit den Regalien zu beleihen, übertragen. Auf Beschwerde des Bischofs über diese Massregel wird dem Reichshofe die Frage vorgelegt: utrum concessio illa de regalibus Gebennensis ecclesie, quam duci B. feceramus, stare posset vel deberet? und darauf das Urtheil gefunden: quod post primam investituram factam in ep. Geb. in aliam personam transfundi non liceret et concessio duci facta nullatenus rata esse posset.

Nr. LIX. — 1174. — Der Bischof von Lausanne befand sich in Folge derselben Verfügung Friedrichs I. in gleicher Lage wie der Bischof von Genf. Auch er beschwert sich vor dem Reiche und der Bischof von Basel findet unter Zustimmung der vor dem König versammelten Laien das Urtheil: quod imperator nec debuit nec potuit duci B. conferre ius regalium et auferre ecclesiae; zu einer definitiven Entscheidung kam es aber nicht, da das Urtheil weiter ging: verum tamen, quia in qualicunque possessione dicebatur esse per dominum imperatorem, — non debebat hoc retractari nisi duce presente vel absente ob contumaciam.

Nr. LX. — 1209. — Die Reichsabtei Nivelle war dem Herzog von Brabant mit allen Ehren und Rechten, welche König und Reich über dieselbe gehabt, zu Lehen gegeben

---

e) Reichshofgericht II. 369 bis 376.

Nr. LVIII. — Spon: histoire de Genève II. 24, 30. — Vgl. Ficker: Reichsfürstenstand 291, 292, und ausserdem zu diesem und den folgenden Weisthümern: Sugenheim: Staatsleben 176 bis 180, Berchtold: Landeshoheit 88 fgg.

Nr. LIX. — Schoepflin: hist. Zar.-Bad. Bd. V. S. 117; auch bei Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 415. — Ficker a. a. O. 292.

Nr. LX. — Origg. Guelf. III. 783, Wiener Notizenblatt I. 150; vgl. auch die am letzteren Orte 148 und 152 mitgetheilten Urkunden von 1182 und 1227. — Ficker 351.

worden. Auf Klage der Aebtissin wird von den Fürsten erkannt: quod nos — ecclesiam — non potuimus ab imperio alienare, sed in omni iure, honore ac libertate, sicut ad nos devenit, ipsam conservare teneamur.

Nr. LXI. — 1216. — Die Aebtissinnen der Klöster Ober- und Niedermünster beschweren sich, dass sie durch Tausch vom Reich entfremdet und dem Bischof zu Regensburg untergeordnet worden seien: proponentes firmiter, nullum principatum posse vel debere commutari vel alienari ab imperio vel ad alium principem transferri sine voluntate presidentis principis illius principatus et de plano consensu eiusdem ministerialium. Darauf ergeht das Urtheil: nullum principatum posse vel debere nomine concambii vel cuiuscunque alienationis ad aliam personam transferri ab imperio nisi de mera voluntate et assensu principis presidentis et ministerialium eiusdem principatus. Und König Friedrich II. bestätigt dies mit dem Hinzufügen: quod non liceat ulli successorum nostrorum Romanorum regi seu imperatori, principatum aliquem, ut superius sententiatum est, ab imperio aliquo modo alienare, sed omnes imperii principatus in suo iure et honore illesos observare.

Nr. LXII. — Beschränkungen in der Disposition über die Reichslehen durch die Rechte des Königs: siehe vorher.

Nr. LXIII. — 1294. — Wenn im Rhein oder einem andern Flusse in der Grafschaft eines Grafen, welcher auf dem Flusse selbst Zoll- und Geleitsgebühren erhebt und die Grafschaft, sowie dieses Erhebungsrecht vom Reiche empfangen hat, eine neue Insel entsteht, so gehört dieselbe zum Reich und dem mit der Grafschaft Beliehenen und nicht dem Herrn, dessen Gebiet bis zum Ufer des Flusses reicht.

Nr. LXI. — Sehr oft gedruckt, z. B. Mon. Boica XXX. 1. 46 und 48, Legg. 227, H.-B. I. 464. — Ficker 343, Fürth S. 447, Beseler a. a. O. 403.

Nr. LXII. — Es sind die Nr. XII fgg. gemeint.

Nr. LXIII. — Legg. 460. — Vgl. Zoepfl: Alterthümer I. 72.

Nr. LXIV. — 1214. — Auf Antrag des Bischofs von Strassburg wird erkannt: quod nullus hominum illas terras in civitate vel extra, que vulgo nuncupantur almende, habere debeat vel sibi ex eisdem aliquid vendicare, nisi de manu episcopi, qui ipsas terras ab imperio et de manu nostra se tenere recognoscit.

Nr. LXV. — 1291. — Auf die Frage: si aliquis dominus terre habeat ex antiqua consuetudine, quod possit locare et exponere communitatem in terra sua, utrum hoc aliquis sibi possit prohibere? ergeht das Urtheil: quod si ab antiqua consuetudine et prescriptione illud extitit observatum, ita debet perpetim observari. — Auf die weitere Frage: si homines alicuius ville, communitatem adiacentem ville, in qua morantur, sibi attrahere possent sine consensu domini terre? wird geurtheilt: quod non. — Auf die Frage endlich: si aliqui occupaverint communitatem aliquam sine licentia domini terre, utrum dominus terre huiusmodi terram occupatam posset redigere in communitatem et quam penam tales occupatores inciderint? ergeht das Urtheil: quod dominus terre huiusmodi terram occupatam potest redigere ad communitatem, et pena occupantium, cum sit arbitraria, consuetudini terre relinquitur imponenda.

Nr. LXVI. — 1114, 1144. — Ueber Wüsteneien — herrenloses Land, welches sich weder im Sondervermögen noch

---

Nr. LXIV. — Schoepflin: Als. dipl. I. 326, H.-B. I. 242. — Vgl. Arnold: Freistädte I. 325 fgg.

Nr. LXV. — Legg. 457. Das Weisthum ist vor dem Hofrichter König Rudolfs gefunden: auf wessen Antrag ist in der Urkunde leider nicht bemerkt. Beachtenswerth ist, dass der Kläger seinen Anspruch nur auf Herkommen und Gebrauch in einem bestimmten Landbezirke, nicht auf einen allgemeinen Rechtssatz gründet. — Ueber die verschiedene Gestaltung der Rechtsverhältnisse an den Almenden vgl. Maurer: Markenverfassung §. 12, 21, Fronhöfe I. §. 114, III. 389a, Geschichte der Dorfverfassung I. §. 19, §. 28 fg. und sonst an verschiedenen Stellen. Siehe auch Zoepfl: Alterthümer II. 344.

Nr. LXVI. — Anerkannt in Rechtsprüchen des Reichshofes von 1114 und 1144. Herrgott: geneal. Habsb. II. S. 134 und 170, anna-

in Gemeindebesitz befindet, — steht dem König, wenigstens nach allemannischem Recht, ein ausschliessliches Verfügungsrecht zu.

Nr. LXVII. — 1174. — comes (Guilelmus Forcalcherii) sibi dari petit sententiam, si de iure in irritum debet revocari, quidquid ab antecessoribus de iurisdictione et de iure hospitiorum et dignitate comitatus alienatum esse constaret, sive per venditionem, donationem, seu per quamlibet subtractionem spontaneam vel violentiam. Prolata — est sententia —, quod nequaquam firmum aut stabile deberet aut posset permanere, si quid de comitatus iurisdictione et dignitate ab aliquo supradictorum modorum fuisset alienatum vel deminutum, nulla in praesentibus futuris litibus defensione, subscriptione, praescriptione temporis huic restitutioni seu privilegio opponenda.

Nr. LXVIII. — 1281. — dictatum et etiam approbatum, quod curie et alia bona principum ad principatus suos spectantia (sive Ratispone sive alibi ubicunque sita, setzt die Urkunde in Anwendung auf einen nicht bekannten concreten Fall hinzu) alienari non possint, nec de eis aliquid per ipsos principes ordinari, quod successoribus preiudicium aliquod valeat generare.

Nr. LXIX. — 1291. — Auf Ansuchen des Pfalzgrafen Rudolf werden zahlreiche Dispositionen über unbewegliche Güter, welche sein älterer Bruder Ludwig vorgenommen

---

les Heremi 176, 203, Tschudi: chron. Helv. I. 54, 68. — Vgl. Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 403; derselbe: der Neubruch nach dem älteren deutschen Recht S. 17 und die daselbst angeführten Schriften.

Nr. LXVII. — Legg. 145; vgl. oben Nr. XIII. und XIV. — Brunner: Das gerichtliche Exemtionsrecht der Babenberger in den Wiener Sitzungsberichten, histor.-philos. Klasse 47 S. 317; Ficker: Italien II. 274.

Nr. LXVIII. — Legg. 426.

Nr. LXIX. — Regesten Rudolfs Nr. 1140. — Vgl. hierzu Stobbe: Miteigenthum und gesammte Hand in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte IV. 334.

hatte, für ihn selbst als unverbindlich erklärt, weil diese Güter dem Antragenden und dem älteren Bruder zu gemeinschaftlichem Besitz geschenkt worden seien, jener aber (Rudolf) nicht seine Einwilligung zu den (von Ludwig) vorgenommenen Veräusserungen erklärt habe.

Nr. LXX. — 1291. — König Rudolf bekundet den vor ihm von Fürsten, Herren und Edlen gefundenen Rechtspruch: quod translacio sive concessio in Rubeo monte, quod — Otto comes Burgundie — a nobis et imperio tenere dinoscitur, quam fecit Hugoni fratri suo, cassa foret penitus atque vana, eo quod idem Otto comes — Mechtildi coniugi sue legitime prius ordinaverat et assignaverat memoratum feodum, nomine donacionis propter nupcias, ante translacionem factam in H. fratrem suum.

Nr. LXXI. — 1418. — Vor einem aus Fürsten, Herren und gelehrten Juristen gebildeten Gerichte lässt König Sigismund vortragen: Herzog Friedrich von Oesterreich sei durch das Concilium zu Constanz gebannt,excommunicirt und aller Lehen, die er von Kirchen, vom Reiche oder von weltlichen Herren gehabt habe, verlustig erklärt worden, — ferner: der Herzog habe alle seine Länder, Leute, Güter und überhaupt all seinen Besitz dem König mit der Bestimmung übergeben, dass er damit thun und lassen solle, was er will, und dass alle Amtleute, Bürger und Einwohner dem Könige Hulde schwören und Gehorsam geloben und halten sollten, bis der König sie dessen ledig sagen würde. Nun hätten zwar viele, welche Lehen oder Pfandschaften vom Herzog gehabt, dem König gehuldigt, andere aber hätten erklärt, sie wollten dies nicht thun, sie würden des dann mit Recht unterweiset. Das Gericht findet: es seien alle, welche Lehen oder Pfandschaft vom Herzog hätten oder Eigen in seinen Ländern besässen, verpflichtet, den König als ihren rechten Herrn zu erkennen, ihm

Nr. LXX. — Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen VI. 142 fg.

Nr. LXXI. — Eberhard Windeck c. 47 bei Mencken I. 1109 fg.

gewärtig zu sein, auch Lehen und Pfandschaften von ihm zu empfangen.

Nr. LXXII. — 1221. — consensu principum fuit — diffinitum, ut neque principes neque alii quilibet constitutiones vel nova iura facere possint, nisi meliorum et maiorum terre consensus primitus habeatur.

Nr. LXXIII. — 1253. — König Wilhelm verkündet einen auf Ansuchen des Heinrich Erwählten von Lüttich ergangenen Rechtspruch: qua statuitur praetori, scabinis civibusque Leodiensibus militiam detrectare nefas esse, ubi princeps tuendae Hannoniae, Leodiensis ecclesie beneficio, bellum decreverit.

Nr. LXXIV[a]. — 1160. — Rechtspruch zwischen den Bischöfen von Bamberg und Würzburg über die gaugräflichen Rechte im Rangau: Rapoto — Babenbergensis beneficio comes in Rangowe conquestus est — de Wirceburgensi ep. —, quod in praefato comitatu occasione ducatus sui plurima sibi ex indebito iura vendicaret, utpote allodiorum placita, centuriones ponere, de pace fracta iudicare et alia queque pro libito suo. — Darauf werden dem Bisthum Bamberg und dem Grafen R. zugesprochen: tam ea, que in questione fuerant, quam alia plenarie comitatus iura in predicto comitatu specialiter, similem quoque — proferentes sententiam de aliis comitatibus, generaliter ubicunque provinciarum imperiali beneficio ad — Bab. ecclesiam pertinentibus.

Nr. LXXIV[b]. — 1191. — Der Herzog Heinrich von Brabant erhebt Einspruch gegen die Erhebung der Graf-

---

Nr. LXXII. — Legg. 283, H.-B. III. 460.

Nr. LXXIII. — Regesten Wilhelms Nr. 205.

Nr. LXXIV. — Ussermann: ep. Bamb. cod. prob. S. 113 Nr. CXXII, Mon. Boica XXIX. 1. 351 und sonst öfters. — Vgl. Sugenheim a. a. O. S. 81, Zoepfl: Alterthümer I. 101 und II. 65 fgg., 158 fg.

Nr. LXXIV[b]. — Gisleberti chron. Hanoniense (ex recensione W. Arndt, 1869) S. 223 fg. — Vgl. Ficker: Reichsfürstenstand S. 108—110.

schaften Namur und de la Roche zum Fürstenthum: quod in terra Nam. vel R. nullus fieri potest princeps, quia in ducatu suo erat et insuper ducatus suus per Hanoniam — protendebatur. — Dies wird Seitens des Grafen Balduin V. von Hennegau, um dessen Erhebung in den Reichsfürstenstand es sich eben handelt, bestritten. Die Sache wird zu Gunsten Balduins entschieden auf Grund zweier Rechtsprüche: 1) quod comes Han. super terris illis (Nam. und de la R.) iuste posset fieri et marchio et princeps, cum dux tenorem ducatus in terris illis se vel suos antecessores habuisse non posset monstrare; — 2) quod dux ducatum non habebat, nisi in comitatibus, quos tenebat vel qui ab eo tenebantur, cum ipse in aliis comitatibus vicinorum suorum tenuram suam monstrare non poterat.

Nr. LXXV. — A. inc. — Vor König Rudolf wird der Rechtspruch gefunden: quod quilibet princeps imperii, iurisdictionem obtinens temporalem, cuiuscunque conditionis existat, coram quo committi consuevere certamina duellorum, si die prefixo sive statuto pugilibus ad conflictum, ex causis necessariis et honestis, duelli huius pugne non valeat personaliter interesse, opportuna et utili mutabilitate consilii, sine ulla iniuria partium, idem princeps alium licite possit diem prefigere pugnaturis ipsiusque duelli conflictum usque in tempus habilius prorogare.

Nr. LXXVI — 1225. — König Wilhelm bezeugt, es sei Seitens des Erzbischofs von Besançon geklagt worden: quod, cum contingat interdum aliquos cives Bisuntinos super criminali vel civili actione in iudicio coram archiepiscopo memorato convinci, iidem, cum sententia promulgatur legitime contra eos, iudicium violenter aspernantur et de ipsius curia contumaciter se absentant, — und es sei darauf erkannt worden, dass solche Bürger und deren Mitschuldige an Leib und Leben zu strafen seien: alii domini, qui contra eos eidem archiepiscopo subsidium denegant et favorem,

---

Nr. LXXV. — Legg. 458.

Nr. LXXVI. — Wiener Notizenblatt I. 89.

ad maiorem emendam pecuniariam, que in ipsius curia consuevit levari, archiepiscopo memorato tenentur.

Nr. LXXVII. — 1237. — Auf Antrag des Erzbischofs von Köln wird erkannt: quod extra civitatem suam sicut et infra in iurisdictione ipsius, que banmile vulgariter dicitur, possit legitime iudicio presidere et de sue iurisdictionis hominibus iusta iudicia exercere.

Nr. LXXVIII. — 1285. — Dem Erzbischof von Köln wird das Recht zuerkannt, in Verhinderungsfällen einen Stellvertreter mit dem Vorsitz im Gericht zu beauftragen.

Nr. LXXIX. — 1220. — Dem Patriarchen von Aglei wird zuerkannt: Item quod liceat dicto patriarche bannire et disbannire quoslibet in iurisdictione sua[a]. — 1240. — Auf Frage des Bischofs von Brixen wird geurtheilt: quod ratione gladiorum, spiritualis videlicet et materialis, quibus sua episcopalis dignitas est fulcita, sex septimanis in excommunicationis vel proscriptionis vinculo perdurantem licite potest iuxta terre consuetudinem actore petente, percellere altero gladiorum, ita quod excommunicati proscribentur et e converso proscripti excommunicationis sententie innodentur[b].

Nr. LXXVII. — H.-B. V. 81, Lacomblet II. Nr. 215 S. 111 Ennen und Eckertz II. 166. — Ich möchte hierbei auf eine in verschiedener Beziehung wichtige Urkunde Rudolfs I. von 1278 aufmerksam machen. Er schreibt dem Erzbischof Friedrich von Salzburg: Ex concessione tuorum regalium, — plenam et liberam potestatem in tuis districtibus et territoriis iudicandi more maiorum nostrorum principum in causis civilibus et criminalibus accepisti. Cum enim unum te ex sublimibus principibus Romani imperii cognoscamus, dubitari a nemine volumus, quin merum imperium tuo principatui sit annexum, per quod habes ius animadvertendi in facinorosos homines et gladii potestatem, per alium tamen, prout ordini et honori tuo congruit, exhercendam (Ficker: acta sel. Nr. 420 S. 331).

Nr. LXXVIII. — Lacomblet II. Nr. 805 S. 476. Ebenso in den Urkunden Karls IV. für die Burggrafen Johann und Albrecht von Nürnberg: Mon. Zoller. III. 180, 271, 273.

Nr. LXXIX. — a) H.-B. II. 69.

b) Mon. Boica XXX. 1. 274, Legg 334, H.-B. V. 1190.

LXXX. — 1356. — Erzbischof Gerlach von Mainz und Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere bekunden unterm 7. Januar 1356, dass am Hofe König Karls von den Kurfürsten mit Recht und Urtheil gefunden worden sei: da sich Markgraf Ludwig der Römer in der Gewer der Kur und Stimme an der Wahl eines römischen Königs und in der Gewer der Mark zu Brandenburg befinde, so solle, so lange er lebe, Niemand anders zur Ausübung der brandenburgischen Kurstimme zugelassen werden. Wolle ihm jemand diese Stimme streitig machen, so könne es nicht anders geschehen, als dass Kläger zugleich Land und Fürstenthum der Mark in Anspruch nehme. „Wanne wir zu recht und zu urteil vunden haben, daz die kure der stymme uff daz fürstenthum und uff die land der Marke — — also gegruntvestiget sint, daz ir eynes ane daz ander nicht gesyn mag, sundern sie muessen by einander in aller ansprache zu vorlust und zu gewynne blyeben "

Nr. LXXX. — Riedel II. 2. S. 395 fgg. Ein dem Inhalt nach übereinstimmendes Weisthum erging zu derselben Zeit für Pfalzgraf Ruprecht den Aelteren (Olenschlager: goldene Bulle, Urkundenbuch Nr. IV.), beide also wenige Tage vor Publication der goldenen Bulle, welche C. XX. denselben Rechtssatz enthält. Vgl. Schulze: Recht der Erstgeburt S. 313 fgg. Uebrigens wird schon in dem berühmten Zeugniss von 1275 wegen der bayerischen und böhmischen Kur (Quellen z. b. u. d. Gesch. V. 278, Hofgericht I. 170 fg.) der Ausdruck „ratione ducatus" in dem Sinne von gegrundvestigt" zu verstehen sein.

II.

Die Kirche und der Klerus.

Nr. LXXXI—LXXXIV. Persönliche Stellung der Kleriker. — LXXXV—LXXXVIII. Die Güter derselben. — LXXXIX—LXXXXI. Immunität des Klerus. — LXXXXII, LXXXXIII. Testirfähigkeit. — LXXXXIV—LXXXXVIII. Stellung der Bischöfe. — LXXXXIX—CXXI. Kirchengüter. — CXXII—CXXVII. Kirchenvögte. — CXXVIII—CXXXX. Officialen und Ministerialen der Kirchen und Klöster.

Nr. LXXXI. — 1306. — Der edle Gottfried von Hohenlohe war in das Cisterciensерkloster Heilbronn getreten. Als später verschiedene Klagen gegen ihn erhoben wurden, entstand die Frage, ob er verpflichtet sei, sich auf dieselben einzulassen. Das Hofgericht entschied mit Gesammturtheil: wan er ein geistlich man ist und sich von der werlde hat gezogen und gelazen hat sune und erben und denselben erben gelazen hat bürge, stete, eigen und lehen, gut und lute, edel und unedel: ist daz, daz ieman ze im ze clagen hat oder iht rehtes ze im gehaben mak, von swelcher sahe daz gesin muge, daz er dem ze rehte niht antwurden schol, wan er ein begeben und ein geystlich man ist; were aber daz ieman iht ze im zesprechen hete oder iht rehtes ze im hete, umbe swelherleye sache daz were, geystlich oder werldlich, darumbe schol derselbe, swer der ist, sin erben ansprechen nah rehte, und er und daz vorgenante closter,

---

Nr. LXXXI. — Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen VI. 174. — Friedrich II. verordnete schon 1222 mit Rath der Fürsten u. s. w., dass keiner, welcher in den Deutschorden tritt, wegen früherer Schulden belangt werden könne, dass vielmehr diejenigen dafür verhaftet seien, welche in sein Erb und Eigen einträten, selbst dann, wenn der Ordensbruder einen Theil davon dem Orden einbrächte. Regesten Friedrichs II. Nr. 488.

do er inne wonhaft ist, schol darumbe unbekummert syn und beliben, und nieman schol noch mack si geladen noch beclagen vor keinem gerihte.

Nr. LXXXII. — 1296. — Der Abt H. von Walkenried sucht ein Urtheil nach über die Frage: utrum pro delicto persone debeat ecclesia vel cenobium, cuius filius esse dinoscitur, de iure incusari aut dampnum exinde sive gravamen aliquod reportare? Die Entscheidung lautet: quod delictum persone non debeat ecclesia luere nec alicuius satisfactionis gravamini subiacere.

Nr. LXXXIII. — 1234. — König Heinrich schreibt den Bürgern von Hildesheim, es sei von ihm mit Zustimmung aller zu dem grossen Frankfurter Hoftage versammelten Fürsten beschlossen worden, dass jeder, welcher über einen Kleriker, bevor derselbe degradirt worden, weltliches Blutgericht halte, mit der Reichsacht zu bestrafen sei, abgesehen von den kanonischen Strafen, von welchen nur der Papst den Schuldigen lossprechen könne.

Nr. LXXXIV. — 1286. — Herzog Albrecht verkündet im Namen und aus kaiserlicher Vollmacht den vor ihm gefundenen Rechtspruch, dass Verbrechen gegen den Klerus nicht nur der geistlichen, sondern auch der weltlichen Jurisdiction unterliegen: quod non solum dyocesanus sua iurisdictione spirituali, verum etiam dominus temporalis sua

---

Nr. LXXXII. — So erkannt vor den Richtern des Landfriedens in Thüringen und bestätigt von König Adolf: Legg. 464, Riedel: cod. dipl. Brandenb. II. 1 S. 215 und II. 6. 24 fg.

Nr. LXXXIII — Legg. 302, H.-B. IV. 638. — Vgl. schon die const. pacis von 1085 Legg. 57, ferner die const. in basilica S. Petri 1220 c. 4. Legg. 244 und die bayerischen Landfrieden von 1244 c. 25, 1255 c. 30, 1281 c. 47. — Schulte: System des Kirchenrechts §. 74 S. 379, §. 79 S. 395, Walter: Kirchenrecht §. 191 a. S. 349, Richter: Kirchenrecht §. 223 und besonders Friedberg: de fin. reg. iud. 133, wo auch die entsprechenden Stellen aus den Rechtsbüchern zusammengestellt sind.

Nr. LXXXIV. — Urkdenb. des Bisthums Lübeck I. 333, Mecklenburg. Urkdenb. III. 215. — Vgl. Friedberg S. 111.

iurisdictione temporali super huiusmodi malefactores libere perfruatur, ut tanta perversorum malitia canonice puniatur et eorundem sevitia legaliter arceatur.

Nr. LXXXV. — 1218. — Auf die Frage: an iudex secularis aliquis victualia religiosorum in strata publica ad querimoniam alicuius detinere ratione iudicii deberet? ergeht das Urtheil: quod nulli iudicum de victualibus religiosorum iusticiam alicui exhibere deberent, nisi legitima probatione sibi prius constiterit, quod conquerens ab episcopo loci iusticiam petiverit et ab eo sibi negata fuerit.

Nr. LXXXVI. — 1319. — König Ludwig bezeugt, es sei auf die Frage: wie lang ein gotshaus sogetaner güter in nutz und in gewer solt sein, die selgerät weren, daz ez furbas an ansprach darumb solt sein? erkannt worden: daz es jar und tach und sechs wochen in nutz und in gewer solt sein und furbas denne an aller ansprache beliben.

Nr. LXXXVII. — 1289. — Den Domherren zu Goslar wird zuerkannt, dass sie auf Klagen wegen Gutes, das sie oder ihr Gotteshaus in rechte Gewere gebracht haben, nur vor geistlichem Gericht zu Recht stehen sollten, sie willigten denn in einen anderen Gerichtsstand, oder es würde dem Kläger vor dem geistlichen Gericht Recht versagt.

Nr. LXXXVIII. — 1317. — König Ludwig bekundet den Rechtspruch, dass geistliche Klosterleute, welche Jahr

---

Nr. LXXXV. — Ficker: acta imp. selecta I. Nr. 270 S. 241, Meiller: Reg. archiep. Salisb. S. 222 Nr. 229. — Friedberg S. 143 Nr. 3.

Nr. LXXXVI. — Monumenta Boica IX. 142. Vgl. unter Nr. CCXXXI. und CCCXX; auch Laband: vermögensrechtliche Klagen S. 314.

Nr. LXXXVII. — Urkunde des Hofrichters Hermann von Bonstetten. Harpprecht I. Nr. III. S. 96.

Nr. LXXXVIII. — Regesten Ludwigs 242. Schon in einer Urkunde Friedrichs I. von 1161 findet sich eine ähnliche Bestimmung; er bestätigt die Besitzungen des Klosters Odenheim mit dem Hinzufügen: ut que per annum et amplius quieta possessione et

und Tag lang ein Eigen ohne Widerspruch besessen haben, deshalb nur noch vor geistlichem Gericht sollen belangt werden.

Nr. LXXXXI. — 1149. — Konrad III. an den Patriarchen von Aglei: notificamus tibi, quia in presentia nostri adiudicatum est, quod theloneum a nullo exigi debet nisi a mercatoribus, qui causa negotiandi vadunt et redeunt. Prebendas igitur religiosorum virorum per terminos episcopii tui sine gravamine thelonei hinc inde deferri permittas.

Nr. LXXXX. — 1182. — iudicatum est, quod universi ecclesiarum ministri ab huiusmodi exactionibus — (collecte, que in civitate Wormaciensi ad nostrum fiunt obsequium) — liberi esse debeant et immunes, hii videlicet, qui fratribus et ecclesie cottidie in propria persona deserviunt, nec mercimoniis operam dant nec foro rerum venalium student nec pro subterfugio nostre collecte obsequio fratrum se applicant. Nos itaque omnes huiusmodi ecclesie Wormaciensis ministros, qui certi et publici mercatores non sunt, ab omnibus angariis et perangariis, ab exactionibus et collectis, auctoritate imperiali absolvimus et, ut ecclesie ac fratribus libere servire possint ac devote, immunes esse decernimus.

---

absque contradictione detinuerit, nullus heres ei auferre presumat, sed ordine iudiciario coram imperatore vel in synodo, si quis putat se habere rationabiles petitiones, experiatur. (Dümgé: Reg. Bad. 142.) Vgl. Friedberg 144 fgg., Schulte §. 82 S. 411 fgg., Richter §. 207.

Nr. LXXXIX. — Ficker: a. a. O. Nr. 91, S. 85.

Nr. LXXXX. — Legg. 165. — Nitzsch S. 225 fg., Berchtold: Landeshoheit 54 fg., 106. — Die wichtigste Bestimmung über die Immunität des Klerus von Lasten und Abgaben enthält constit. in bas. S. P. von 1220 c. 2 (Legg. 243, authent. item nulla Cod. de episc. et cler. I. 3), aus welcher auch die Glosse zu Ssp. II. 27 die Zollfreiheit der Geistlichen rechtfertigt. Dass die reichsrechtlichen Bestimmungen nicht im Stande waren, den Klerus zu schützen und deshalb die einzelnen Stifter und Klöster vielfach Zollprivilegien nachsuchten, hat schon Friedberg l. c. S. 211—217 nachgewiesen. Vgl. auch Schulte §. 14 S. 161 fg., Richter §. 117.

Nr. LXXXXI. — 1234. — per sententiam — definitum, ecclesias non tenere dare theloneum de proventibus bonorum suorum ad usus eorum pertinentium, qui in ipsis ecclesiis deo deserviunt.

Nr. LXXXXII. — 1165. — Durch die constitutio de bonis clericorum decedentium wird die streitige Frage über die Berechtigung der Kleriker zu testiren, dahin entschieden, dass es jedem Kleriker zustehe: bonorum suorum mobilium, quod optaverit, cuique ecclesie seu persone in ultima voluntate relinquere aut pro remedio anime sue vel alio quovis respectu tribuere et testamentum facere sub testimonio adminus duorum confratrum suorum.

Nr. LXXXXIII. — 1173. — Friedrich I. bestätigt dem gesammten Klerus der Stadt Mainz und den Kanonikern zu Aschaffenburg, Bingen und Frankfurt die Freiheit: ut mobilia sua, que infra emunitatem habuerint, ecclesiis seu personis pro arbitrio suo inter vivos seu in ultima voluntate donandi liberam facultatem habeant.

Nr. LXXXXI. — Huillard-B. III. 456.

Nr. LXXXXII. — So bestimmt in Folge eines am Hofgericht schwebenden Rechtstreits: Legg. 138. — Vgl. Sugenheim: Staatsleben des Klerus 285, Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 380.

Nr. LXXXXIII. — Veranlasst durch eine Beschwerde des Mainzer Klerus über gewisse Bürger daselbst: Legg. 142. — Ueber das Testirrecht der Kleriker vgl. insbesondere Schulte §. 103 S. 527 fgg. — Es ist auffallend, dass man es niemals, soweit ich sehen kann, versucht hat, die Frage nach der Rechtmässigkeit des von den Königen geübten Spolien- und Regalienrechts zu rechtlicher Entscheidung am Hofgericht zu bringen. Die oben mitgetheilten Entscheidungen von 1165 und 1173 berühren weder dieses noch jenes. Das Regalienrecht erklärte Friedrich I. als ein unzweifelhaft ex antiquo iure regum et imperatorum atque ex cotidiana consuetudine wohl begründetes (Urkunde für Reinald von Köln bei Lacomblet I. Nr. 417 S. 288) und das Spolienrecht bezeichnen sowohl Otto IV. wie König Philipp als dem Herkommen und dem Rechte des Reichs entsprechend (ex antiqua et antiquata consuetudine: 1204 cod. dipl. Sax. reg. II. 1. 68, 1209 Orig. Guelf.

Nr. LXXXXIV. — 1321. — Seitens der Ministerialen des Bisthums Hildesheim war gegen die Verleihung der Regalien an den vom Kapitel gewählten Bischof Konrad Einspruch erhoben worden, weil sie ex iure et longa consuetudine in electione episcoporum H. iustitiam habuissent. Dieser Anspruch wird 1221 durch Urtheil des Reichshofes zurückgewiesen und die Belehnung Konrads beschlossen.

Nr. LXXXXV. — 1339. — Rechtspruch, dass die Bürger von Bamberg beim Abgang eines Bischofs dem Domkapitel daselbst dasselbe zu leisten hätten, was sie einem Bischof schuldig seien.

Nr. LXXXXVI. — 1222. — Zu Gunsten des Bischofs von Passau wird erkannt: ut singulas causas cum aliis omnibus ecclesie sue factis in hoc ipso debeat inchoare articulo, in quo predecessorem suum illa constiterat dimisisse.

Nr. LXXXXVII. — 1168. — sententia hoc dictavit: quod — episcopus — in supellectile predecessoris sui here-

---

III. 639, iure imperii: 1205 Mon. Boica XXIX. 1. 518). Erst nach Heinrichs VI. Tode beginnen die Verzichte auf die Ausübung beider Berechtigungen; vergl. ausser der bekannten älteren Literatur besonders Sugenheim a. a. O. 188 fgg., Richter §. 316, Schulte a. a. O. 528, Walter: Kirchenrecht, Friedberg S. 220 fgg., Nitzsch 335, Zoepfl: Alterthümer II. 44, Beseler a. a. O. 380, 1, Berchtold: Landeshoheit S. 65 fgg. — Gegen das von den Vögten und bischöflichen Beamten geübte Spolienrecht sind dagegen die unten mitgetheilten Entscheidungen von 1170, 1219 und 1295 gerichtet.

Nr. LXXXXIV. — Urkunden in den Orig. Guelf. III. 680, 1, 2. — Vgl. hierzu Sugenheim a. a. O. S. 196, Fürth §. 92, Winkelmann 238, Schirrmacher I, 133.

Nr. LXXXXV. — Reg. König Ludwigs Nr. 2031. — Vgl. Chmel: Reg. Ruprechts Nr. 421.

Nr. LXXXXVI. — Mon. Boica XXXI. 1. 510, Huillard-B. II. 730, Urkdb. ob der Enns II. 632. — Vgl. Reichshofgericht I. 126.

LXXXXVII. — Schreiben an den Klerus und die Ministerialen des Bisthums Verden: Legg. 140.

dibus ipsius nichil hereditarii iuris secularis controversiam nusquam nisi in curia nostra ad discutiendum debeat transferre. Ius quoque beneficiale in prebenda fratrum memorate ecclesie et ius beneficiale in plebanis ecclesiis, post mortem concessoris cessatum esse iudicamus.

Nr. LXXXXVIII. — 1184. — Der Bischof Robert von Kamerik beschwert sich im Reichshofe, dass gewisse Kaufleute von ihm die Bezahlung von Schulden forderten, welche sein Vorgänger contrahirt habe. Es wird darauf das Urtheil gefunden: quod nullus princeps ecclesiasticus tenetur solvere debita predecessoris sui, que non per consensum imperatorie maiestatis et consilium capituli sui mutuo accepit, et bona ecclesiastica nec ei vendere licet nec pignori obligare, nisi per eundem imperatorie maiestatis consensum.

Nr. LXXXXIX. — 1145. — Auf Villicationen der Kirchen hat Niemand ein Erbrecht: ex sententia principum coram nobis iudicatum est, nullus villicationem in possessionibus ad eundem locum (Reichsabtei St. Gislen) pertinentibus hereditario iure teneat vel repetat, sed abbas, qui pro tempore fuerit, idoneum et fidelem villicum de familia monasterii constituat et deponat. — Ebenso 1146 für das Kloster Crespin.

Nr. C. — 1153. — Vor Friedrich I. wird ein bereits vor Konrad III. gefundener Rechtspruch bestätigt: quod

---

Nr. LXXXXVIII. — Ficker: acta sel. Nr. 148. S. 141.

Nr. LXXXXIX. — Ficker a. a. O. Nr. 87, 89, S. 80, 83, wiederholt für St. Gislen 1174: a. a. O. S. 125. — Vgl. Nitzsch S. 70, 245.

Nr. C. — Sehr oft gedruckt: Orig. Guelf. III. 430, Seibertz I. Nr. 52 S. 67, Lacomblet I. 258, Legg. 94, Ennen und Eckertz I. 540 u. s. w. Bei der Zusammenstellung der im Text folgenden Entscheidungen war eine systematische Trennung derselben nach den verschiedenen Arten der sog. gemeinen Kirchengüter (Schulte a. a. O. §. 98) nicht durchzuführen, weil die Rechtsprüche selbst dazu nicht genügenden Anhalt bieten. Das Princi der Unveräusserlichkeit der Kirchengüter findet sich übrigens auch

quotidiana servitia ad episcopalem mensam pertinentia nequaquam inbenificiari vel invadiari iure possint, eo quod regno et ecclesiae debeantur: quod si quis fecerit, successori suo nullum faciat beneficii praeiudicium vel apud eum ratum iure beneficii teneatur. — In anderer Fassung: ut nulli episcoporum licitum sit, bona ad mensam pertinentia inbeneficiare vel invadiare, quod si quis fecerit, successori suo nullum faciat beneficii praeiudicium, nec apud eum ratum iure beneficii sive pignoris teneatur.

Nr. CI. — 1153. — rex Fridericus — quesivit — sententiam iudicii, utrum aliquis abbas posset cuiquam laico in beneficium prestare censum sive alia raciocinia hominum, qui ad altare iure proprietario pertinent, de quorum pensionibus luminaria et templi tecta procurantur. Consensu — omnium — iudicatum est: ex iuris ratione non posse fieri et in irritum debere revocari. Quod et fecit — rex.

Nr. CII. — 1184. — Friedrich I. verkündet den Rechtspruch, dass kein Höriger der Kirche zu Kaiserswerth ohne Wissen und Genehmigung des römischen Königs aus diesem Verbande entlassen werden oder sich selbst in ein anderes Abhängigkeitsverhältniss begeben dürfe.

Nr. CIII. — 1188. — Bernardus dux Saxonie interrogatus per imperatorem, si episcopus — Albertus (Trid.), iacens in infirmitate, de qua mortuus est, de bonis episcopatus aliquid alienare potuit vel non, tale laudum fecit: quod ep. — de bonis episcopatus infeodare, pignorare, legare

in vielen anderen Urkunden angewendet; aus Friedrichs I. Zeit vgl. z. B. die Urkunden für Bamberg, für Kitzingen und für St. Maximin (Mon. Boica XXIX. 1. 355, 380, Beyer II. Nr. 52 S. 91) und aus der Zeit Friedrichs II. die Urkunden bei H.-B. III. 11, 419, V. 112, VI. 53. — Im Allgemeinen vgl. zu den folgenden Rechtssprüchen Schulte a. a. O. §. 113 S. 560, Walter §. 253, Friedberg S. 231, Richter §. 135 Note 8 und §. 322, Berchtold 142, auch Zoepfl: Alterthümer II. 39 fgg.

Nr. CI. — So erkannt auf Antrag des Abts Wibald von Stablo. Jaffé: monumenta Corbeiensia S. 557.

Nr. CII. — Lacomblet I. Nr. 491 S. 346.

Nr. CIII. — Kink: cod. Wang. 80 fg.

seu alio quolibet titulo alienare non potuit, quod teneatur seu quod ratum esse debeat. — Otto marchio de M. interrogatus laudavit: quod omnia, quecumque iam dictus ep. in die obitus sui in suam tenutam iuste vel iniuste habuit, ea et alius episcopus, qui in episcopatu Tridentino electus fuerit, in suam tenutam habere et tenere deberet, nisi si per racionem evincerentur. — Comes Henricus de G. interrogatus laudavit: quod si aliquis vel aliqui de bonis, que episcopus A. reliquit, acceperat, invaserat seu modo quolibet distribuerat, secundum rationem curie Tridentine hoc emendare debet.

Nr. CIV. — 1188. — Abbas de Herswelden interrogatus — per imperatorem — residentem pro tribunali: si aliquis episcopus potest dare vel infeodare alicui bannum sue ipsius persone, ita quod hereditarium feodum esse debeat, an non, — tale laudum fecit: quod nullus episcopus potest dare vel infeodare alicui homini bannum persone sui ipsius, ita quod fit in preiudicium sui successoris aut quod hereditarium feodum esse possit aut esse debeat.

Nr. CV. — 1190. — Heinrich VI. bekundet den Rechtspruch: quod — non liceret alicui episcopo decimam quamcumque, cuius usus suis temporibus non contigisset provenire, per infeodacionem sive vendicionem aut per alium quemcumque alienacionis modum, ab ecclesia sua nullatenus alienare.

Nr. CVI. — 1191. — Auf Antrag des Bischofs von Strassburg wird das Urtheil gefunden: quod nullus episcoporum vel abbatum imperio pertinentium possit vel debeat aliquid de bonis ad coquinam vel ad aliud officium suum pertinentibus infeodare vel alienare; quod si forte aliquem

---

Nr. CIV. — Ich verstehe den Satz mit Kink: cod. Wang. 81 so, dass es dem Bischof nicht gestattet sei, Jemanden aus dem Lehnsverbande, in dem er zum Bisthum steht, zu entlassen.

Nr. CV. — Legg. II. 186. — Vgl. Walter: Kirchenrecht §. 249 Note 7.

Nr. CVI. — Legg. 194.

episcoporum seu abbatum facere contigerit, talis infeodatio seu alienacio a successore episcopo potest et debet de ratione in irritum revocari. De abbatibus idem est iudicium. — Den weiteren Inhalt des Spruches siehe unter Nr. CLVIII.

Nr. CVII. — 1219. — Friedrich II. bekundet den Rechtspruch: alienationes reddituum episcopalis mense, factas a Gerhardo — episc. Bremensi, quos titulo pignoris obligasse dicitur, irritas et inanes esse nec aliquod penitus firmitatis robur habere.

Nr. CVIII. — 1219. — Omnia, quae antecessor alienaverit sine consilio ecclesiae et authoritate imperii, libera redibunt et sine contradictione ad successoris potestatem et ordinationem.

Nr. CIX. — 1222. — Auf die Frage des Bischofs Gebhard von Passau: si quis episcopus possit vel debeat distrahere seu aliquo modo per infeodationes alienare, preter consilium et assensum chori sui atque ministerialium suorum, quicquam de redditibus hofmarchiarum, que ad dominicalia pertinere noscuntur, — ergeht das Urtheil: quod nulli episcoporum liceat aliquatenus redditus huiusmodi distrahere sive alienare per infeodationes taliter quoquam modo; sed si forsitan per aliquem hoc factum fuerit, talis distractio sive infeodatio firmitatem aliquam non habebit.

Nr. CX. — 1223. — Auf Antrag des Abts von Corvey wird erkannt: quicumque abbas dotem ecclesie, nisi de consensu et communi deliberatione capituli sui, obligaverit, creditor abbatem successorem suum non impetet nec artabit exigente rigore iuris, cuiusquam obligationis vel debiti occasione. Donationes mansorum, concessiones feodorum, obligationes pignorum ante regalium receptionem facte, sint in irritum revocande.

Nr. CVII. — Lappenberg: Hamburg. Urkd. 370, Legg. 233, Huillard-B. I. 683.

Nr. CVIII. — Legg. 234, H.-B. I. 684.

Nr. CIX. — Mon. Boica XXXI. 1. 512, Legg. 248, H.-B. II. 729.

Nr. CX. — Legg. 252, H.-B. II. 763.

Nr. CXI. — 1225. — Auf Antrag des Bischofs Heinrich von Brixen ergeht der Rechtspruch, dass derselbe alle Verpfändungen, Lehnsverleihungen oder sonstige Veräusserungen von Gütern, welche ohne Zustimmung und Genehmigung von Kapitel und von Kaiser und Reich vorgenommen seien, widerrufen könne und solle.

Nr. CXII. — 1230. — Friedrich II. bekundet, dass durch einen vor ihm ergangenen Rechtspruch die Seitens des Bischofs G. von Freisingen vorgenommene Verpfändung der Stadt Freising an den Herzog von Bayern für unstatthaft erklärt worden sei: quia vero civitas F. est sedes episcopalis et prima legittimaque dos ecclesie F., ante ipsius dedicationem ad opus ministeriorum et luminarium eiusdem ecclesie legittime cum omni iure ac plenaria libertate collata, et propterea non licet eam cuique quoquam titulo infeodacionis conferri, nos — memorate civitatis infeodacionem — cassamus et decernimus esse nullam.

Nr. CXIII. — 1234. — Auf Antrag des erwählten Bischofs von Worms wird erkannt: quod redigere debet (der

---

Nr. CXI. — Legg. 254, H.-B. a. a. O. 839. — Zu dem hier und in andern Weisthümern bekundeten Rechtssatz ist auch die Urkunde des Erzbischofs von Salzburg von 1275 in den Quellen zur b. und d. Geschichte V. S. 288 zu vergleichen, wonach der Erzbischof seinem Kapitel eine Entschädigung dafür verspricht, dass er dem Herzog Heinrich von Bayern die Vogtei über gewisse Güter verliehen habe, was nicht hätte geschehen sollen sine fratrum et canonicorum nostrorum expresso consensu, — Romanorum pontificum, imperatorum et predecessorum nostrorum vetantibus publicis instrumentis.

Nr. CXII. — Meichelbeck II. 8, Mon. Boica XXXI. 1. 540, Legg. 278, H.-B. III. 230, Quellen zur bayerischen und d. Geschichte V. 46. — In einer andern Urkunde (Meichelbeck II. 7) wird dieser Entscheidung so gedacht: cum imperator, qui est animata lex in terris, in pleno consistorio sententialiter declaravit et quasi pro lege promulgavit, sedes episcopales nullatenus infeodari posse. — Vgl. hierzu insbesondere Schirrmacher I. 186 fgg.

Nr. CXIII. — Huillard-B. IV. 694.

Bischof) cum omni integritate ad usus suos omnia feoda illa, que ex novo a predecessoribus suis L. et H. sunt concessa et pro feodis licet indebite possidentur.

Nr. CXIV. — 1235. — Vor dem Hofrichter Friedrichs II. klagt der Abt von Murbach: quod quedam bona ecclesie sue per homines suos alienata sint illicite in suum et ecclesie sue preiudicium et gravamen. Es wird erkannt: bona ipsius ecclesie alienari per aliquos non debere sicut de iure non posse, imo si qua alienata illicite inventa fuerint, debeant revocari.

Nr. CXV. — 1236. — Friedrich II. gebietet dem Bischof A. von Trient: quod ipse dominus episcopus per se nec per aliquam interpositam personam debeat infeodare, pignori obligare nec aliquo modo alienare sub aliqua specie aliquid de bonis sui episcopatus T. et, si aliquid inde fecerit, obligationem, infeodationem, pignorationem, seu aliquam, alienationem ipsam et ipsas — imperator penitus cassavit, irritavit et nullas esse pronuntiavit.

Nr. CXVI. — 1240. — Zu Gunsten des Bischofs Egeno von Brixen wird erkannt, dass alle Verpfändungen und Lehnsverleihungen von Bisthumsgütern, welche ohne Consens des Reichs und des Kapitels geschehen, ipso iure nichtig seien und zum Vortheil der Kirche widerrufen werden könnten.

Nr. CXVII. — 1250. — Dem Bischof B. von Passau wird zuerkannt: quod possessiones ecclesie sue preter iuris ordinem et violenter districtas posset et deberet licite revocare.

Nr. CXVIII. — 1250. — Der Bischof von Passau begehrt ein Urtheil darüber: si predecessor suus, qui multos

---

Nr. CXIV. — H.-B. a. a. O. 767.

Nr. CXV. — H.-B. a. a. O. 900. — Vgl. auch die Urkunde Friedrichs für den Bischof von Passau 1239 a. a. O. V. 112.

Nr. CXVI. — Mon. Boica XXX. 1. 274, Legg. 334, H.-B. V. 1190.

Nr. CXVII. — Mon. B. a. a. O. 309, Legg. 366.

Nr. CXVIII. — Monum. Boica a. a. O. 309, Legg. l. c.

iam per annos in excommunicatione sorduit, a tempore confirmationis sue — aliquas possessiones ecclesie vendere, obligare aut alienare potuerit in ecclesie detrimentum ac ipsius electi preiudicium et gravamen? Es ergeht das Urtheil: quod nullo modo huiusmodi alienationes nec ecclesie nec electo dampnum aut preiudicium generarent.

Nr. CXIX. — 1253. — Vor König Wilhelm wird das Urtheil gefunden: quod nullus in episcopali curia et sala ac ipsarum attinentiis ius feudale, quod wolge vulgariter appellatur, debet vel potest habere.

Nr. CXX. — 1255. — Auf die Frage: utrum aliquis abbas, princeps imperii, bona et feuda sui monasterii sine consensu sui capituli vendere valeat, alienare, distrahere, vel donare? ergeht der Spruch, dass keine derartige Disposition ohne Zustimmung des Königs und des Kapitels geschehen dürfe, andernfalls sei jede Veräusserung nichtig und unwirksam.

Nr. CXXI. — 1277. — Auf die Frage: an archiepiscopus vel episcopus irrequisito capituli sui consensu posset aliquem infeodare de novo, et an infeodatio, si taliter fuerit ordinata, roboris debeat firmitatem habere? ergeht das Urtheil: quod huiusmodi infeodatio a principe et prelato ecclesiastico fieri non valeat, et si facta est hactenus vel in posterum adhuc fiet, nullius esse debeat firmitatis.

Nr. CXXII. — 1180. — Iudicatum est, quod episcopus vacantem sibi cuiuscunque loci advocaciam vel in manu

---

Nr. CXIX. — Legg. 368. — Vgl. Fürth 276.

Nr. CXX. — Legg. 373.

Nr. CXXI. — Legg. 412. — Vgl. hierzu auch Lorenz: Deutsche Geschichte II. 1. 167 fgg.

Nr. CXXII. — Legg. 464, Trouillat I. S. 379 Nr. 247. — Zu den folgenden Urtheilen über die Kirchenvogtei vergl. im Allgemeinen meine Abhandlung: Observationes ad articulos quosdam constitutionis pacis a. 1235 (Berlin 1852) S. 6 fgg., wo auch die Literatur angegeben ist; ausserdem Fürth S. 395 fgg., Berchtold: Landeshoheit S. 133 fgg. und Sugenheim: Deutsche Geschichte II. 620 fgg. — Von Reichsgesetzen gehören hierher

sua quantocunque vult tempore retinere potest vel alii cuicunque dare; ita quod si etiam maior civitatis advocatus hoc contradicere voluerit, ipsius contradictio vel peticio in hac re nullum penitus habebit vigorem. [Ich möchte an dieser Stelle auch auf einen Rechtspruch Rudolfs von 1279 hinweisen, den ich nur aus Reg. 492 kenne. Auf Anfrage des Abts Rudolf von Seitenstetten wird erkannt, dass die Schutz- und Voigteiherrlichkeit über eine geistliche Stiftung auf den Landesherrn übergehe, sobald von dem Stamme des Stifters kein Sprosse mehr übrig ist.]

Nr. CXXIII. — 1149. — Auf Klage des Klosters des heil. Remigius zu Rheims ergeht das Urtheil: quod nullus posset causas vel lites, quae ad advocatorum ius pertinerent, audire vel terminare vel placita advocatiae tenere, nisi qui bannum de manu regia recepisset.

Nr. CXXIV. — 1103. — Auf Klage des Adalbertstiftes zu Aachen wird erkannt: quia post ducem unum solum advocatum, qui bannum habeat a nobis, debeant habere, et in tribus solummodo placitis generalibus in anno debeant eum suscipere et servitium ei dare. Si vero ipse legitimus advocatus voluerit, consilio prelati nuntium sub se constituere poterit, qui tamen nec sit advocatus nec ius placiti habeat, sed iustum servitium domini sui recipiat[a]). — 1150. — Subadvocatos vero omnino interdicimus, quos etiam communis lex tocius regni nostri ab advocatia iusto iudicio removet[b]). — 1155. — sicut temporibus antecessorum

---

conventus Ratispon. 1104, const. von 1156 c. 16, Philippi promissa papae 1205 c. 6, confoeder. cum princ. eccles. c. 4, const. pacis 1235 c. 2, curia Nuremb. 1281 c. 11, cur. Mog. 1281 c. 11, constit. 1287 c. 31—33: Legg. 62, 103, 208, 36, 314, 434, 8, 50 fg. — Ueber Erbfolge in der Vogtei siehe Schulze: Recht der Erstgeburt S. 211 fgg.

Nr. CXXIII. — Legg. II. 574. — Ueber diesen Rechtssatz vgl. observationes S. 7.

Nr. CXXIV. — a) Lacomblet I. S. 169. — Vgl. Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 402.

b) Mecklenburg. Urkundenbuch I. Nr. 52 S. 43.

nostrorum — violentia advocatorum ab ecclesiis remota est iustitia dictante, ita quod nulla ecclesia subadvocatum habere debeat, sic nostris quoque temporibus iudicium curie nostre de removendis subadvocatis sententiam protulit usque adeo, quod si quis principalis advocatus subadvocatum sibi constituat vel paciatur, eiusdem advocatiae beneficium amittat[c]). — 1283. — per sententiam extitit obtentum: — quod monasterium de S. nisi unum habere debeat advocatum et quod nobilis vir F. burggravius de Nuremberg, existens eiusdem monasterii superior advocatus, mandare debeat illis de Windeck, ut unus ex hiis se ad advocaciam huiusmodi intromittat[d]).

Nr. CXXV. — 1234. — quod nulli advocato liceat in cives cathedralis civitatis exactionem aliquam facere. Nec liceat alicui comiti vel advocato sibi iuditium usurpare de hiis, que in emunitatibus fiunt, nisi tantum ecclesiastico iudici, ad hoc de voluntate episcopi constituto, et quod nulla ecclesia in uno praedio plures advocatos possit habere. Item quod nulli advocato liceat in officiatos episcopi et familiam ecclesie sue aliquam exactionem facere seu iudicium exercere. Item quod quilibet episcoporum Theotonie secularem officiatum in suis civitatibus, oppidis et villis habere tenetur, ut iudicet loco sui et duas partes compositionis et satisfactionis spectantes ad episcopum loco ipsius parte sua recipiat et tertiam partem habeat advocatus.

Nr. CXXVI. — 1175. — Rechtspruch zu Gunsten der Geistlichen des Bisthums Minden: ne ullus comes vel advocatus, nobilis vel ministerialis, servus aut liber, canonicis in domibus et areis claustralibus et sacerdotibus in domibus et areis dotalibus aliquas omnino iniurias irrogare presumat, et ne aliquis ex his, quos pretaxavimus, in predictis domi-

---

c) Mon. Boica VII. 384.

d) Mon. Zollerana II. Nr. 272 S. 145. — Vgl. observationes S. 8 Nr. 4 und 5.

Nr. CXXV. — Legg. 305, H.-B. IV. 507.

Nr. CXXVI. — a) Erhard: cod. dipl. II. S. 130 Nr. 377.

bus et areis aliquid sibi iuris addicat[a]). — 1183. — Für die Collegiatkirchen in Goslar: quod in bonis ecclesiarum advocati nihil iuris haberent, nisi tantum in tribus casibus, in furto videlicet, in pugna et in raptu[b]).

Nr. CXXVII. — 1170. — generalem in generali curia sententiam protulit: nullum prorsus advocatum aliquod ius habere in dotem alicuius ecclesie, nec in rebus clerici in ea manentis nec in vita nec in morte[a]). — 1295. — nulli advocato quicquam licere nec aliquod ius vel iurisdictionem habere in dote alicuius ecclesie vel clerici sive in rebus suis, nec in vita nec in morte.

Nr. CXXVIII. — 1219. — Nullus preterea officialium aliquid sibi dicere iuris potest in rebus episcoporum morientium; imo liberum erit cuilibet episcopo morienti disponere de rebus suis mobilibus et dare cui voluerit, prout ipse saluti suae et animae viderit expedire.

Nr. CXXIX. — 1219. — per sententiam diffinitum est, quod mortuo uno episcopo et alio substituto omnia officia vacant, exceptis quatuor principalibus, dapiferi videlicet et pincernae, mareschalci et camerarii.

Nr. CXXX. — 1223. — Auf Antrag des Abts von Corvey wird erkannt: quod universa officia ecclesie sue per-

---

b) Beseler a. a. O. 404.

Nr. CXXVII. — a) Legg. 141.

b) Legg. 464. Siehe auch die Urkunde Friedrichs I. für Hildesheim bei Ficker: acta selecta 107.

Nr. CXXVIII. — Legg. 234, H.-B. I. 684. — Vgl. die Anmerkung zu Nr. LXXXXIII. und ausserdem die confoed. von 1220 c. 1 und Rudolfi regis const. von 1281 c. 51 (Legg. 236, 430); siehe auch Fürth §. 127, Berchtold 130 fg. und Sugenheim 282 fgg.

Nr. CXXIX. — Legg. 234, H.-B. a. a. O. — Zu den folgenden Rechtsprüchen vgl. namentlich Fürth §§. 126—137, Nitzsch S. 238 fg., 335 fgg. und Maurer: Fronhöfe II. §. 260, 290 fgg., 333.

Nr. CXXX. — Legg. 252, H.-B. II. 763. Derselbe Rechtssatz: nur in die vier Hauptämter findet Erbfolge statt, ist auch in den folgenden Weisthümern ausgesprochen. — Der weitere Satz: nur

tinentia vacent et ad nutum suum sint instituenda, exceptis quatuor officiis principalibus, quorum bona nullius iustitie vel astutie interventu ab ipsis officiis poterunt alienari, officiatorumque filii seniores et legitimi patrum succedent officiis pleno iure.

CXXXI. — 1230. — Dem Erzbischof Nikolaus von Besançon wird zuerkannt: quod universa officia sua, si vult, iuxta beneplacitum suum per homines ecclesie debeat immutare, exceptis quatuor principalibus, videlicet officii dapiferi, pincerne, marescalci et camerarii.

Nr. CXXXII. — 1230. — lata fuit sententia: quod nulla virgo vel mulier in ullo quatuor officiatorum principalium, videlicet dapiferi, pincerne, camerarii, marschalci, ratione hereditatis succedere possit, — quod in generali nulla mulier in aliquo feodo ratione hereditatis fratri suo succedere possit.

Nr. CXXXIII. — 1240. — Auf Antrag des Abts von Hersfeld wird vor König Konrad erkannt: quod, quia de manu nostra regalium receperat investituram, legitime vacare debeant universa officia ecclesie Hersveldensis, exceptis quatuor principalibus, que post se summam consequentiam trahunt.

Nr. CXXXIV. — 1240. — Zu Gunsten des Bischofs Egeno von Brixen: quod post suscepta regalia, universa officia episcopatus sui suis manibus sint soluta, exceptis quatuor officiis principalibus, que consequentiam post se trahunt.

Nr. CXXXV. — 1242. — Zu Gunsten des Bischofs von Minden: quod omnia sibi iure cessarent officia ad episcopatum pertinentia, preter illa quatuor principalia, que secun-

---

dem ältesten Sohne steht die Erbfolge zu, wird in mehreren Urkunden Rudolfs bestimmt anerkannt: Reg. 580, Kopp I. 324 und 914.

Nr. CXXXI. — Wiener Notizenblatt I. 88, H.-B. III. 409.

Nr. CXXXII. — Legg. 278, H.-B. III. 427.

Nr. CXXXIII. — Legg. 333, H.-B. V. 1188.

Nr. CXXXIV. — Legg. 334, H.-B. V. 1190.

Nr. CXXXV. — H.-B. VI. 839.

dum constitutionem generalem et communem iustitiam sunt excepta.

Nr. CXXXVI. — 1250. — Der Bischof von Passau bittet, nachdem er von König Wilhelm mit den Regalien belehnt worden, ein Urtheil: si omnia officia sua, exceptis quatuor principalibus officiis, de iure vacarent et forent pro suo beneplacito instituenda, dummodo per homines ecclesie sue eadem officia procuraret? Die Frage wird bejaht, doch mit dem Zusatz: nisi forsan ex antiquo iure hereditario homines ecclesie aliqua officia possedissent.

Nr. CXXXVII. — 1223. — Hildensemensis ep. sententiam — sibi postulavit edici super eo, si officiatus aliquis principis cuiuscumque, dapifer scilicet, marescalcus, camerarius vel pincerna, posset principi domino suo ratione sui officii quemquam ponere subministrum vel aliquid de rebus eius mobilibus vel immobilibus preter assensum eiusdem principis et eius beneplacitum voluntatis ordinare. Super quo sententiam hanc — curia promulgavit: quod, nisi de assensu principis fuerit et eius libera voluntate, nullus talium officiatorum subofficiatum quemquam talem domino suo dare potest, nec aliquid de rebus principis disponere preter eius beneplacitum voluntatis.

Nr. CXXXVIII. — Lothar III. bekundet 1135, dass auf Klage des Bischofs Lithard von Kammerich durch Spruch der Fürsten dem Walter die Propstei des bischöflichen Hofes, welche er unter dem Vorgeben, dieselbe sei seinem Vater und ihm selbst von dem Vorgänger des Klägers zu Lehen gegeben worden, gegen den Willen des Ersteren in Besitz genommen (episcopo domino suo nolente et contradicente — officium — violenter sibi usurpavit), abgesprochen worden sei. Eadem sane sententia de omnibus officiis non feodatis in praesentia nostra a principibus data et confirmata est.

Nr. CXXXVI. — Legg. 366.

Nr. CXXXVII. — Legg. 250, H.-B. II. 297. — Vgl. Fürth §. 127 S. 193, Nitzsch 339.

Nr. CXXXVIII. — Ficker: acta i. s. S. 76.

Nr. CXXXVIII[b]. — 1184. — Friedrich I. bekundet den auf Frage des Bischofs von Kammerich ergangenen Rechtspruch, dass ein Bischof seinen Amtmann und Verwalter (officiatum suum et custodem rerum suarum) nach Belieben von seinem Amte entfernen darf, aber unter Belassung des Lehns, welches er von ihm hat.

Nr. CXXXIX. — 1220. — Zu Gunsten des Patriarchen von Aglei ergehen unter anderen folgende Rechtssprüche: Item quod non liceat alicui civitati, communitati, universitati, clerico vel laico, ubi dictus patriarcha habet iurisdictionem, intromittere se de episcopatu post decessum episcopi vel de aliquibus rebus ad episcopatum pertinentibus. — Item quod nulli liceat castaldioni vel officiali manumittere debitales, vendere vel alienare vineas, agros, prata, vias vel aliqua, que pertinent ad regalia sine voluntate ipsius.

Nr. CXXXX. — 1150. — Abt Wibald von Corvey klagt über die Uebergriffe der Ministerialen seines Klosters. Zuerst allgemein: siquidem dapiferi et pincernae et reliqui, qui ministerii locum in domo Corb. abbatis tenent, quam dignitatem vulgari nomine officia appellant, — sibi usurpaverunt, ut omnia victualia et universam substantiam domus domini sui sub custodia sua teneant et cui placuerit eis inconsulto domino suo eadem bona servanda et passim distribuenda conferant, tantamque potestatem in istis officiis sibi asserere conantur, ut dominis suis palam et quasi de iure suo prohibeant, ne claves et custodiam rerum suarum alicui committant. Diese Rechte hätte insbesondere ein gewisser Rabano mit dem Beifügen in Anspruch genommen, er sei auch nicht schuldig, dem Abte über Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen. Auf Klage des Abtes ergeht aber folgender, später vom Reichshofe bestätigter Spruch:

Omnis potestas de committendis clavibus et de custodia

Nr. CXXXVIIIb. — Ficker a. a. O. S. 137 Nr. 145.

Nr. CXXXIX. — H.-B. II. 69.

Nr. CXXXX. — Erhard: cod. dipl. II. S. 55 fgg. Nr. CCLXXII. — Vgl. Fürth §. 234, 250 und Nitzsch 210.

rerum domini sui abiudicata est (dem Rabano und seinen Genossen), hancque potestatem abbati adiudicaverunt, ut claves et custodiam rerum suarum liceret ei committere absque consilio dapiferi et pincerne, cuicumque voluisset. Dapifero autem et pincerne — adinvenerunt, ut in victualibus domini nullam potestatem dandi absque voluntate ipsius prorsus habeant, sed cum domino suo secundum debitum officii sui ad mensam servierint, hanc dignitatem de officio suo consequantur, ut refecto domino ad mensam eius cum ceteris ministris de bonis domini sui reficiantur, et preter hanc nullam aliam potestatem de rebus ipsius exerceant.

Derselbe Rabano nimmt das Recht in Anspruch: quod — infra muros et intra ambitum cimiterii — ecclesie hereditariam mansionem sibi vendicavit. Durch Rechtspruch der Corveyer Ministerialen und des Reichshofes wird aber erkannt, dass weder er noch andere weltliche Personen ein solches Recht hätten, dass auch weder der Abt noch das Stift ihm ein solches einräumen dürften.

Eine weitere Anmassung des Rabano bestand endlich darin: quod intra muros Corb. monasterii quandam similitudinem dignitatis sibi hereditario iure vendicabat, quam prefecturam appellabat et se burkgravium appellari faciebat, cum omnes abbates — hanc potestatem semper sub se habuerint, ut quicquid a suis infra muros delinqueretur, aut ipse corrigeret aut camerario vel dapifero suo seu alicui de familia sua corrigendum absque ulla potestate in perpetuum mansura committeret. Hac — potestate — Rabano in tantum abusus fuit, ut eam vulgari nomine appellaret burgban et — sepe infra muros placitaret et huiusmodi placita burgdink appellabat; ad hec placita famuli monachorum — cogebantur venire. — Auch diese Anmassung wird dem Ministerialen nach einem Rechtspruch der Fürsten untersagt und die getroffene Entscheidung also motivirt:

Nam in veteribus regum et imp. preceptis continetur, ut nullus dux, nullus comes, nulla alia secularis potestas aliquam potestatem infra muros eiusdem ecclesie exercendi iudicium habeat, sed per abbatem et personas temporaliter a se or-

dinatas, quicquid a famulis monasterii contra iuris et equi rationem admissum fuerit, iudicari oporteat. Et si principibus contra privilegium imperiale non licet, multo minus ministerialibus licere constat.

III.

Städtewesen.

Von den die deutschen Städte betreffenden Weisthümern bezieht sich der grössere Theil auf den oft geschilderten Kampf zwischen Fürsten und Städten in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Zunächst sind mitgetheilt die Rechtsprüche zu Gunsten der Bischöfe von Strassburg, Verdun und Basel gegen die in diesen Städten vorgekommenen Neuerungen (Nr. CXXXXII — CXXXXIV). In das Jahr 1218 fällt auch die sog. sententia de immunitate civitatum imperii (Legg. 226), welche ich aber zu den auf das Marktrecht bezüglichen Urkunden gestellt habe. Die erste allgemeine Beschränkung der bischöflichen Städte findet sich dann in der confoederatio cum principibus ecclesiasticis c. 3 (Legg. 236). Mit den angeführten drei Weisthümern stehen in nahem Zusammenhange die Sprüche zu Gunsten des Patriarchen von Aglei 1220 und des Erzbischofs von Besançon 1224 (Nr. CXXXXV, CXXXXVI); nicht mitgetheilt sind in der vorliegenden Zusammenstellung die cassatio consulatuum civitatum Provinciae 1226 (Legg. 256) und die zahlreichen Urkunden über die Streitigkeiten in Cambray (Huillard-Bréholles I. 310, 402, 406, 407, 425, 449, 694, II. 629, 876, 891, 895). Im Jahre 1226 erfolgen auch die beiden Verordnungen zu Gunsten Sifrids von Mainz: dass die Dienstmannen und andere Leute des Erzbischofs, welche in der Stadt Oppenheim aufgenommen worden sind, gänzlich (cum omni integritate) zurückgegeben werden sollen, und dass die Bündnisse und Eide, wodurch sich die Städte Mainz, Bingen, und andere zum Nachtheil des Mainzer Erzbisthums verbunden hätten, aufzulösen seien (Legg. 257, H.-B. II. 898). Weitere Beschränkungen der Städte erfolgen durch die stat. in favorem

principum 1231, 1232 (Legg. 282, 291), besonders wichtig aber ist die sententia contra communiones civitatum (Nr. CXXXXVII), nach welcher die Bildung von consilia und communiones in den Städten der geistlichen und weltlichen Fürsten an die Genehmigung des dominus civitatis und des Königs, in den königlichen Städten an die Zustimmung des Königs allein gebunden sein sollte. Noch weiter geht in Beziehung auf die bischöflichen Städte das in forma iudicii ergangene edictum contra communia civitatum (Nr. CXXXXVIII), wegen dessen Verletzung noch in demselben Jahre die Bürger von Worms zu schwerer Strafe verurtheilt wurden (Nr. CXXXXIX). Ich habe nicht bei jedem einzelnen dieser Urtheile sämmtliche Schriften, welche die eine oder andere Frage berühren, anführen wollen und verweise statt dessen im Allgemeinen auf Löher: Fürsten und Städte 1846, Merkel: de republica Alam. S. 69 Note 19 fgg., Arnold: Freistädte II. 1854, Roth von Schreckenstein: Patriziat 1856, Nitzsch: Ministerialität und Bürgerthum 1859, Schirrmacher: Kaiser Friedrich II. 1859, Winkelmann: Friedrich II. 1863, Berchtold: Landeshoheit 1863, Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 388 fg., Maurer: Geschichte der Städteverfassung I. 640 fgg., Gierke: Genossenschaftsrecht I. 304 fgg. — In keinem unmittelbaren Zusammenhange mit den vorhergehenden Weisthümern stehen die folgenden Nr. CL. Recht des Herrn an Thoren und Strassen der Stadt. — Nr. CLI. Kann der Herr die Bürger einer Stadt, welche pleno iure libertatis geniesst, vor auswärtige Gerichte ziehen? — Nr. CLII. Hörige des Herrn in einer Herrnstadt. — Nr. CLIII, CLIV. Haftung der Bürger für Schulden und Versprechen des Herrn. — Nr. CLV. Verbindlichkeiten der Bürger aus den dem Herrn geschworenen Eiden.

Nr. CXXXXI. Ueber das Recht zur Anlage von Städten, die Befestigung derselben und das Bauwesen in denselben vergl. den folgenden Abschnitt.

Nr. CXXXXI. — Vgl. die Nr. 156—159, 161, 163, 165.

Nr. CXXXXII. — 1214. — Dem Bischof Heinrich von Strassburg wird das Urtheil gefunden: quod nullus in civitate Argentinensi consilium instituere debeat vel aliquod habere temporale iudicium, nisi de consensu et bona voluntate ipsius episcopi et eius concessione.

Nr. CXXXXIII. — 1215. — König Friedrich verkündet den vor ihm ergangenen Rechtspruch, dass in Verdun weder Eidesleistung noch Befestigung noch Abgabenerhebung Seitens der Bürger stattfinden dürfe ohne den Befehl des Königs und die Einwilligung des Bischofs, bei welchem die Herrlichkeit der Stadt beruhe.

Nr. CXXXXIV. — 1218. — Auf Antrag des Bischofs Heinrich von Basel wird erkannt: nos (der König) nec posse nec debere in civitate predicti principis Bas. dare vel instituere consilium citra eiusdem principis assensum et voluntatem atque suorum in eodem principatu successorum. Der König bestätigt dieses Urtheil, hebt dem entsprechend den bis dahin in Basel bestandenen Stadtrath auf, kassirt die darüber den Bürgern ertheilten Privilegien und verbietet unter Androhung gebührender Strafen die Einsetzung eines neuen Raths oder die Einrichtung ähnlicher Institutionen ohne die Genehmigung des Bischofs.

Nr. CXXXXV. — 1220. — Zu Gunsten des Patriarchen von Aglei wird erkannt: item quod non licet civitatibus, castellis et villis, que subsint patriarche, eligere per se potestates, consules vel rectores preter voluntatem ipsius patriarche.

Nr. CXXXXII. — Schöpflin: Als. dipl. I. 326, H.-B. I. 293. — Vgl. Arnold: Freistädte I. 325, Berchtold: Landeshoheit 103. — Nach der bei Ficker: acta sel. imp. 133 Nr. 141 mitgetheilten Urkunde wurde schon 1182 die Gemeindeverfassung (communio) von Kamerich iudicio curiae et ex sententia principum aufgehoben.

Nr. CXXXXIII. — Böhmer: Regesten Friedrichs II. Nr. 144, H.-B. I. 401 fg.

Nr. CXXXXIV. — Legg. 229, H.-B II, 557. — Berchtold 107.

Nr. CXXXXV. — H.-B. II. 69.

Nr. CXXXXVI. — 1224. — archiep. Bis. — exposuit, quod cives Bis. auctoritate propria quasdam communitates, constitutiones, novitates et conventiones vinculo fidei confirmatas inierunt; et iudicatum fuit, — quod ipsi cives sine consensu archiep. sui, absque nostra et imperii voluntate nullas communitates, constitutiones et novitates poterant attemptare. Dem entsprechend widerruft König Heinrich alle solche Neuerungen et precipue conventiones fidei interpositione ab eisdem de novo firmatas.

Nr. CXXXXVII. — 1231. — quod nulla civitas, nullum oppidum communiones, constitutiones, colligationes, confederationes vel coniurationes aliquas, quocumque nomine censeantur, facere possent; — et quod nos, sine domini sui assensu, civitatibus seu oppidis in regno nostro constitutis auctoritatem faciendi communiones — vel coniurationes aliquas, quecumque nomina imponantur eisdem, non poteramus nec debebamus impertiri; et quod dominis civitatum et oppidorum sine nostre maiestatis assensu similia in suis civitatibus facere non licebat.

Nr. CXXXXVIII. — 1232. — hac nostra edictali sanctione revocamus in irritum et cassamus in omni civitate

---

Nr. CXXXXVI. — Dieser vor König Heinrich gefundene Rechtspruch — H.-B. II. 818 — wurde von Friedrich II. in den Jahren 1225 u. 1231 bestätigt: a. a. O. II. 488 und IV. 277.

Nr. CXXXXVII. — Legg. 279, H.-B. III. 445. — Vgl. Maurer: Städteverfassung I. 620.

Nr. CXXXXVIII. — Legg. 286, H.-B. IV. 285. — In Gemässheit der verkündeten Beschlüsse, werden alle Privilegien und Briefe, welche die Könige oder die geistlichen Stadtherren selbst den Städten oder einer bestimmten Stadt oder einer bestimmten Person super societatibus, communibus seu consiliis zum Nachtheil der Fürsten und des Reichs ertheilt hätten, für unwirksam und nichtig erklärt. Ausdrücklich fügt der Kaiser hinzu: Protestantes hanc nostre constitutionis sive sanctionis seriem ex decreto principum et ex nostra certa scientia in forma iudicii processisse. — Vgl. hierzu Maurer I. 174 fg. und besonders Nitzsch 267 und 397. Letzterer bemerkt richtig, dass Friedrich II, indem er alle selbständigen Stadt-

vel oppido Alemanie communia, consilia et magistros civium seu rectores vel alios quoslibet officiales, qui ab universitate civium sine archiepiscoporum vel episcoporum beneplacito statuuntur, quocunque pro diversitate locorum nomine censeantur. Irritamus nichilominus et cassamus cuiuslibet artificii confraternitates seu societates, quocumque nomine vulgariter appellantur. Nach einer Bestimmung über das Münzwesen heisst es dann weiter: Sicut enim temporibus retroactis ordinatio civitatum et bonorum omnium, que ab imperiali celsitudine conferuntur, ad archiepiscopos et episcopos pertinebat, sic eandem ordinationem ad ipsos et eorum officiales ab eis specialiter institutos, perpetuo volumus permanere; non obstante abusu aliquo, si quis in aliqua civitate forte contrarius extitisset, quod de facto potius quam de iure censemus.

Nr. CXXXXIX. — 1232. — Auf Antrag des Bischofs Heinrich von Worms wird erkannt, dass alle, welche, nach

---

räthe, magistri civium und rectores und alle Zünfte und Gilden in den Bischofstädten aufhob, Verzicht leistete auf seine Einwirkung auf die städtische Verfassung, welche ihm nach der unter König Heinrich getroffenen Entscheidung (Nr. CXXXXVII.) noch gestattet war. Auch darin ist Nitzsch durchaus beizustimmen, dass für die weltlichen Fürsten der unter Heinrich angenommene Rechtssatz bindend blieb, so dass es also 1232 drei Klassen von Städten gab: die des Königs, in welchen er unbehindert jede neue Bildung selbständiger consilia und coniurationes gestatten konnte, — die der weltlichen Fürsten, in welchen solche nur mit Zustimmung des Königs und des dominus civitatis gestattet waren, — und endlich die Bischofstädte, in denen sie definitiv aufgehoben waren. Vgl. auch die fg. Note.

Nr. CXXXXIX. — H.-B. IV. 335. — Durch diese Entscheidung wurde zugleich die der Stadt Worms im März 1232 nach dem Edikt von Ravenna ertheilte Freiheit (a. a. O. 564) wieder aufgehoben. Mit der im Text mitgetheilten Entscheidung gleichzeitig erging auch der Befehl an den Bischof, das Gemeindehaus (domus civitatis) von Grund aus zu zerstören: das. 336. — (Ueber die Verhältnisse von Worms im Allgemeinen und insbesondere den

den zu Ravenna gegen die consilia, communitates, coniurationes in den deutschen Städten ergangenen Beschlüssen, in Worms einen Stadtrath zu bilden versucht hätten oder versuchen würden, in die Reichsacht und die auf Uebertretung jener Beschlüsse gesetzten Strafen verfallen seien.

Nr. CL. — 1234. — König Heinrich bekundet, der Erzbischof von Besançon habe vor dem Hofgericht geklagt: quod cives eius ingressum civitatis ei denegantes stratis et portis eum spoliaverunt, cum ipse a nobis portas et stratas teneat iure regalium; — secundum iudicium — archiepiscopo investituram adiudicamus rerum praedictarum.

Nr. CLI. — 1282. — König Rudolf bestätigt einen von der Stadt Neuss veranlassten Rechtspruch: quod, si aliquis princeps ecclesiasticus vel prelatus de capituli sui consensu aliquam civitatem suam vel opidum libertaverit et civibus eiusdem civitatis vel opidi plene ius dederit libertatis, idem princeps aut prelatus vel aliquis suo nomine cives ipsos

---

späteren Ausgang der Streitigkeiten vgl. Arnold: Freistädte II. 19 bis 37, Maurer a. a. O. 602 fgg. und die Urkunden König Heinrichs vom August 1232 und Februar 1233 bei H.-B. IV. 579 fgg., 601 fg.) — Bekannt ist es, dass zu Gunsten mancher bischöflichen Städte Friedrich II. selbst die Festsetzungen des Edikts von Ravenna, allerdings aus politischen Gründen, aufhob, z. B. zu Gunsten von Regensburg 1245: H.-B. VI. 366. — Dagegen erkennt noch im Jahre 1424 König Sigismund in dem Rechtstreite zwischen der Stadt Halle und dem Erzbischof von Magdeburg: societates, ligas et conspirationes, consuetudines et statuta factas in dicto opido per Halenses sine consensu archiepiscopi esse illicitas et periculosas ipsas cassandas et annullandas fore cassamus et annullamus et ipsos Hallenses ne similia attemptent sine consensu dicti archiepiscopi inhibendos fore et inhibemus (Ludewig: reliqq. mscpt. XI. 478).

Nr. CL. — H.-B. II. 817. — Bestätigt 1225 von Friedrich II; nur der weitere vor König Heinrich gefundene Spruch, dass dem Erzbischof die Thorschlüssel auszuliefern, soll mit Rücksicht auf die Sicherheit der Stadt einstweilen suspendirt bleiben: das. II. 488.

Nr. CLI. — Lacomblet II. Nr. 772 S. 454.

contra libertatem illam, qua longis temporibus pacifice sunt gavisi, vel aliquis talis principis vel prelati successor non possit et debeat extra civitatem ad iudicium trahere vel etiam evocare, nisi rationabilis causa subesset et hoc idem princeps aut prelatus iudiciario ordine contra cives per legitimam sententiam obtineat.

Nr. CLII. — 1294. — Wenn in einer Stadt, die einem bestimmten Herrn eigenthümlich gehörig, die Hörigen eben dieses Herrn wörtlich oder thätlich beleidigt werden, so ist es Sache des Herrn und nicht der Schöffen der Stadt, über die Schuldigen zu richten; es wäre denn, die Stadt könnte das Gegentheil nachweisen durch Freiheiten, die ihr von dem Herrn selbst oder seinen Vorgängern verliehen wären.

Nr. CLIII. — 1231. — quod — scabini et cives Colonienses nec ob debita nec ob promissiones archiepiscopi cuiuscunque Col. ecclesie pro loco et tempore existentis aut alterius cuiuslibet persone in personis vel rebus debeant dampnificari, detineri aut modo quocumque gravari.

Nr. CLIV. — 1239. — ad requisitionem civium Ratisponensium — talis — lata fuit sententia, quod nulli prorsus liceat, personas vel res dictorum civium, occasione Ratisp. episcopi, ducis Bawarie vel alia occasione aliqua detinere

---

Nr. CLII. — Legg. 461.

Nr. CLIII. — So erkannt vor König Heinrich: H.-B. III. 442, Lacomblet II. S. 87, Ennen und Eckertz II. 127, bestätigt von Friedrich II. im Jahre 1236: H.-B. IV. 844. — Vgl. zu diesem und dem folgenden Weisthum Stobbe: zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts S. 150 fg.

Nr. CLIV. — So erkannt vor Konrad IV.: Mon. Boica XXX. 1. 273, H.-B. V. 1181; vgl. schon das Privilegium Philipps für Regensburg: Mon. B. XXIX. 1. 532. — Unter König Albrecht wird die Freiheit dahin erweitert: quod nec pro imperatore vel rege, episcopo sive duce vel quoquam alio extraneo, sed tantum pro suis concivibus, si actoribus vel impignoratoribus coram iudice civitatis agentibus iudicium et iusticia fuerit denegata, impignorari possint aut debeant. Reg. Albrechts 1298 Nr. 50.

ratione pignoris, nisi civis pro cive, a quo alias ius suum quis consequi non valeat.

Nr. CLV. — 1434. — Engel Letzelter, in Passau sesshaft, hatte gegen mehrere Bürger dieser Stadt zuerst vor dem Hofgericht des Bischofs geklagt, sich dann aber nicht an die bischöfliche Kammer, sondern an die westfälischen Gerichte gezogen. Der Bischof lässt gegen ihn am Hofgericht klagen: er hätte hierdurch die Eide verletzt, welche der Rath der Stadt dem Bischof und wiederum jeder Bürger dem Rathe geschworen habe. Verklagter wendet ein: er sei seit zwanzig Jahren in Passau ansässig, habe aber nie dem Rath oder dem Bischof geschworen, sei auch zu solchem Eide nie aufgefordert worden. Seitens des Klägers wird auf Grund dieser Erklärung der Verklagte der Untreue gegen den Bischof beschuldigt: auf eine besondere Aufforderung zum Schwören komme es nicht an, denn es sei Gewohnheit in Passau, dass alljährlich in den Kirchen verkündet werde, wer dem Rath und Bischof noch nicht geschworen, der solle es nunmehr thun. Mit Berücksichtigung des letzteren Umstandes erkennt das Reichshofgericht, der Verklagte sei ungetreu an seinem Herrn dem Bischof „und sey ihm fürbas nimmer zu glauben." Die Frage, welche Besserung der Verklagte dem Bischof wegen dieser Untreue schuldig sei, wird zu besonderem Verfahren verwiesen.

IV.

Burgen und Befestigungsrecht.

Nr. CLVI, CLVII. Befestigungen von Städten und in Städten. — Nr. CLVIII, CLIX, CLX, CLXII, CLXIV. Bauten und Befestigungen auf dem Grund und Boden der Kirchen und Stifter, in bischöflichen Städten, in der Nähe des Prälatensitzes. — Nr. CLXI, CLXIII. Beschränkungen des Befestigungsrechts des Königs. — Nr. CLXV. Burgen auf frem-

Nr. CLV. — Mon. Boica XXVIII. 2. 442.

dem Grund und Boden. — Nr. CLXVI—CLXVIII. Genehmigung der Grafen zur Anlage von Befestigungen. — Nr. CLXIX. Auch der Graf darf keine Befestigung auf fremdem Grund und Boden anlegen ohne Zustimmung des Eigenthümers. — Nr. CLXX, CLXXI. Burgfrieden, Dienste von einer Burg. — Nr. CLXXII. Belagerung von Burgen ohne königliche Genehmigung. — Nr. CLXXIII, CLXXIV. Landesschädliche Befestigungen.

Nr. CLVI. — 1231. — talis lata fuit sententia, quod quilibet episcopus et princeps imperii civitatem suam debeat et possit ad opus et obsequium imperii et ipsius in fossatis, muris et in omnibus munire.

Nr. CLVII. — 1180. — iudicatum est, nulli personae licere municionem aliquam novam, que vulgo dici possit wicborc, in civitate praeter ipsius episcopi voluntatem vel erigere vel erectam tenere.

Nr. CLVIII. — 1191. — Item si quis in atrio palacii episcoporum vel abbatum edificaverit, successores eorum poterunt ea pro voluntate sua funditus extirpare.

Nr. CLIX. — 1192. — Verdensis episcopus in sententia quesivit, si alicui liceret in publica platea vel in loco publico domos vel aliqua edificia construere sine concessione sui episcopi vel domini et quod concessio episcopi diutius valere non debeat, quam ipse vixerit. Hanc itaque sententiam imperiali auctoritate confirmantes, precipimus —, ut ubicunque in civitate Verdensi vel alias quispiam domos vel edificia aliqua contra concessionem predicti — episcopi in publica platea vel loco publico extruxerit, episcopus liberam habeat licentiam et potestatem predicta in usus suos trahendi nullumque ius vel

---

Nr. CLVI. — Legg. 283, H.-B. III. 460. — Vgl. Berchtold S. 146, Maurer: Städteverfassung I. 26.

Nr. CLVII. — Legg. 164. — Vgl. Löher S. 65, Berchtold S. 144.

Nr. CLVIII. — Legg. 194.

Nr. CLIX. — Legg. 195.

consuetudo contra hoc ipsi opponatur, sed super hoc digna satisfactio ipsi episcopo exhibeatur.

Nr. CLX. — 1214. — Friedrich II. bekundet einen vor ihm ergangenen Rechtspruch, dass er aus königlicher Machtvollkommenheit eine Burg zerstören lassen solle, welche der Graf von Veldenz auf dem Eigengut des heiligen Remigius zu Reims gegen den Widerspruch des Abts und der Brüder erbaut habe.

Nr. CLXI. — 1220. — Aus der confoederatio cum princ. eccl. c. 9: Item constituimus, ut nulla edificia, castra videlicet seu civitates, in fundis ecclesiarum vel occasione advocacie vel aliquo quoquam pretextu construantur, et si que forte sunt constructa contra voluntatem eorum, quibus fundi attinent, diruantur regia potestate.

Nr. CLXII. — 1223. — Zu Gunsten des Klosters Waldsassen wird vor König Heinrich erkannt: quod in prediis eorum (der Mönche) sive in vicinia cenobii sui in preiudicium ecclesie ipsorum castrum non debeat edificari.

Nr. CLXIII. — 1231. — Aus dem stat. in favorem principum: — quod nullum novum castrum vel civitatem in preiudicium principum construere debeamus. — Die Bestimmung wird von Friedrich II. 1232 dahin wiederholt: quatenus nullum novum castrum vel civitas in fundis ecclesiarum vel occasione advocatie per nos vel per quemquam alium sub pretextu quolibet construantur.

Nr. CLXIV. — 1234. — Auf Antrag des erwählten Bischofs von Worms wird erkannt: quod omnes, qui aliquibus edificiis occupaverunt curiam ipsius electi, prorsus ipsa edificia demere debent.

Nr. CLX. — H.-B. I. 1. 323.

Nr. CLXI. — Legg. 237. — Vgl. Löher S. 63 fg., Berchtold 143 fg., Winkelmann 397.

Nr. CLXII. — Mon. Boica XXX. 1. 117, H.-B. II. 782. — gl. auch die Urkunde Rudolfs zu Gunsten von Quedlinburg 1287 bei Erath 284.

Nr. CLXIII. — Legg. 282, 293.

Nr. CLXIV. — H.-B. IV. 694.

Nr. CLXV. — 1254. — Auf die Frage des Bischofs von Bamberg, was Rechtens: si aliquis in fundo alterius munitionem construeret et dominum fundi spoliaret in ipsam? ergeht das Urtheil: quod preter destructionem castri ad duplum satisfacere teneretur.

Nr. CLXVI. — 1184. — Henricus comes de Tirol — deveniens ante presenciam Federici imperatoris — ipsum rogavit, inquirere laudum unum super hoc, scilicet ut si in suo comitatu sine contradiccione castrum edificare posset an non. — Albertus electus (Trident. sedis) e contra peciit: postquam predictus collis est situs in eo comitatu, qui est communis inter me et predictum comitem, si in eo absque mea voluntate et consensu castrum edificare possit an non? Super quam interrogacionem — imperator interrogavit Ottonem falsegravium, ut laudaret, quid iuris esset. Qui laudavit dicens: ubicunque duo comites unum comitatum communem inter se habent, unus eorum sine altero in comitatu castrum construere non potest. — Factum est hoc laudum Achenou in camera — imperatoris nullo contradicente.

Nr. CLXVII. — 1279. — Es wird vor dem Reichs-

Nr. CLXV. — Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte V. Nr. 56 S. 133. — Das Urtheil ist nicht vor dem Reichshofe, sondern vor den Herzögen Ludwig und Heinrich von Bayern von Grafen, Freien und Ministerialen des Reichs und des Herzogthums gefunden worden. Wittmann nimmt a. a. O. Note 1. an, die Herzöge hätten in ihrer Eigenschaft als Pfalzgrafen im Jahre 1254 die Reichsverwesung geführt, da der König Wilhelm als nicht vorhanden betrachtet wurde; nur in dieser Annahme finde die Urkunde ihre Erklärung wie ihre Gültigkeit, da sonst solche Rechtsweisungen nur von den Königen ausgingen. Die letztere Bemerkung ist nicht richtig, der Spruch könnte auch auf einem landesherrlichen Placitum gefunden sein; immerhin wird man aber nichts einwenden, wenn das Weisthum hier eingereihet wird.

Nr. CLXVI. — Kink: cod. Wangianus S. 53 fg. — Vgl. Stobbe in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte IV. 234.

Nr. CLXVII. — Legg. 423. — Vgl. Hasenöhrl im Archiv für österr. Geschichte Bd. 36 S. 305 fg.

hofe erkannt: quod nullus homo qualiscumque condicionis fuerit, in alicuius comitis comicia castrum vel municionem aliam qualemcunque erigere sive construere debeat, nisi prius ipsius comitis super eo requisito beneplacito et obtento.

Nr. CLXVIII. — 1294. — Niemand darf in einer Grafschaft neue Befestigungen anlegen, ohne vorher die Erlaubniss des Grafen erbeten und erlangt zu haben. Wenn aber der Graf den Neubau ohne Widerspruch habe vollenden lassen und gestattet habe, dass der Eigenthümer denselben solange in Besitz behalte, als auch andere Güter nach Gewohnheit des Landes gegen den Grafen ersessen werden, so kann der Eigenthümer später wegen eines solchen Bauwerks von dem Grafen nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Nr. CLXIX. — 1295. — Kein Graf darf innerhalb der Gränzen seiner Grafschaft auf einem Grundstück, das sich im Eigenthum eines in der Grafschaft Angesessenen befindet, ohne Genehmigung des Eigenthümers Burgen oder Befestigungen neu anlegen. Entsteht hierüber ein Streit zwischen dem Grafen und dem Eigenthümer des Grund und Bodens, so gehört die Sache vor den König.

Nr. CLXX. — 1296. — Kein Miteigenthümer einer Burg, der mit dem andern in Burgfrieden steht, darf seinen Theil an der Burg unbewacht lassen oder zerstören oder sonst etwas zum Nachtheil des andern vornehmen.

Nr. CLXXI. — 1295. — Hat ein Fürst oder anderer Herr einen seiner Unterthanen aufgefordert, ihm von einer

---

Nr. CLXVIII. — Legg. 461.

Nr. CLXIX. — Legg. 463.

Nr. CLXX. — Legg. 465.

Nr. CLXXI. — Legg. 462. — Das Urtheil hebt ausdrücklich hervor, der Pfandbesitzer sei durch Annahme des Versprechens des Herrn officialis desselben geworden. Deshalb steht der angenommene Rechtssatz nicht im Widerspruch mit dem lehnrechtlichen Princip, dass der Herr dem Manne den im Dienst erlittenen Schaden zu ersetzen hat (Homeyer: System §. 24 Nr. 4, Stobbe: Vertragsrecht 288); es handelt sich also um die Frage, inwiefern

Burg, die er vom Herrn zu Pfand besitzt, Hülfe zu leisten gegen seine Gegner, und ist den Unterthanen für diese Hilfe eine bestimmte Geldentschädigung zugesagt worden, so muss der Hilfeleistende allen Schaden, den er hierbei erlitten, selbst tragen und nicht der Herr ihn ersetzen, es wäre denn vertragsmässig ein anderes bedungen worden.

Nr. CLXXII. — 1294. — Wenn Jemand in den Gränzen des römischen Reichs eine Burg belagert, ohne vorher im Gericht die Erlaubniss erlangt zu haben, dass er dies thun dürfe, so soll der König ihm befehlen, die Belagerung aufzuheben und vor dem König sein Recht zu verfolgen.

Nr. CLXXIII. — 1275. — Rechtspruch, dass die Burg Steckelnberg wegen der aus derselben stattgefundenen Beraubungen zerstört und nie wieder aufgebaut werden solle.

Nr. CLXXIV. — 1290. — Rechtspruch: — castra, —

---

der eine Contrahent dem andern den Schaden zu ersetzen hat, der diesen bei Ausführung des Vertrages getroffen hat

Nr. CLXXII. — Legg. 461. — Vgl. dazu die Urkunden bei Lacomblet II. Nr. 945, 947 S. 560, Wolters: cod. dipl. Lossensis S. 21, Reichshofgericht I. 183.

Nr. CLXXIII. — Regesten König Rudolfs Nr. 213. Vgl. auch die Urkunden Adolfs 1291 bei Ficker: acta sel. S. 371, Ludwigs von 1316 Reg. Nr. 210 und die Urkunde Wenzels von 1397 in den Chroniken der deutschen Städte, Nürnberg I. 429. Die Regierung des Reichs ging überhaupt hinsichtlich der Burgen von dem allgemeinen Satze aus, dass Niemand eine Burg haben solle, er habe sie denn ohne des Landes Schaden und ohne Gefahr für die Erhaltung des Friedens: Legg. 428, 480. Schon Thietmar V. 19 berichtet zu 1003: Nam rex quoddam castellum ducis ob instantem totius populi necessitatem destrui et, ut nunquam reedificaretur, firmiter precepit. — Siehe auch Maurer: Fronhöfe II. S. 244.

Nr. CLXXIV. — Ficker: acta sel. imperii S. 363. — Schon 1168 wird von Friedrich I. bestimmt, dass mehrere wegen Friedensbruchs zerstörte Burgen nicht wieder aufgebaut werden dürften: Mon. Boica XXIX. 1. 387, 392. Der österreichische Landfriede von 1276 enthält den Satz: castra vero et municiones, que per sententiam et iuris ordinem sunt destructa, reedificari nullate-

que dictantibus sententiarum rigoribus sunt destructa, a nullo prorsus reedificari debeant.

V.

Zoll und Münze; Märkte, Strassen und Geleit; Strandrecht; Mühlen.

Nr. CLXXV, CLXXVI, CLXXXXI. Kein Zoll darf erhoben werden ohne königliche Genehmigung. — Nr. CLXXVII. Besitz von Häusern in einer Stadt befreit nicht von der Pflicht, daselbst Zoll zu entrichten. — Nr. CLXXVIII, CLXXIX, CLXXXIII. Beschränkungen des Königs in Beziehung auf Errichtung von Zoll- und Münzstätten und Prägung von Münzen. — Nr. CLXXX, CLXXXI. Rechte der Territorialherren in Beziehung auf Zoll und Münze. — Nr. CLXXXII, CLXXXIV—CLXXXIX, CLXXXX, CLXXXXII — CLXXXXIV. Münzprägung, Geldwechsel, Verkehr mit Geld, Verkauf von Silber, Münzverbrechen. — Nr. CLXXXV, CLXXXVII, CLXXXXI. Beseitigung ungebührlich errichteter Zölle, Ueberschreitung der festgesetzten Höhe der Zölle, Pflichten der Zollerheber, Ungelt. — Nr. CLXXXXV, CLXXXXVII, CLXXXXVIII, CLXXXXIX, CCI, CCII, CCIV. Märkte. — Nr. CLXXXXVI, CLXXXXIX, CC, CCII, CCIII. Strassen. — Nr. CCV — CCVII. Geleit. — Nr. CCVIII. Strandrecht. — Nr. CCIX, CCX. Mühlen.

Nr. CLXXV. — 1157. — Zur Erhebung eines Zolles kann nur derjenige als berechtigt angesehen werden, welcher

nus permittimus sine nostra licencia speciali, et si constructa sunt, precipimus per nostros iudices demoliri. Vgl. Lorenz: Deutsche Geschichte II. 1. 163 fg.

Nr. CLXXV. — Der Rechtssatz ist anerkannt in dem Urtheil

nachweisen kann, dass er die Berechtigung durch kaiserliche oder königliche Verleihung erworben habe.

Nr. CLXXVI. — 1209. — Auf Frage des Bischofs von Trient: si aliquis sine regia licentia et authoritate novum possit instituere teloneum? wird geurtheilt: quod nullo modo hoc fieri possit vel debeat, et si factum fuerit, irritum sit et inane.

Nr. CLXXVII. — 1214. — Die Kanoniker zu Metz klagen vor Friedrich II. über mehrere Einwohner von Huy, welche in Metz Handel treiben, aber keinen Zoll entrichten wollen. Die Beklagten wenden ein, sie seien dazu nicht verpflichtet, weil sie in Metz Häuser besässen. Es wird erkannt, sie seien schuldig den Zoll zu bezahlen, weil sie kein Feuer und keinen Rauch in ihren Häusern hätten, ihre Weiber und Kinder zu Metz nicht wohnten und sie selbst nicht gleich den andern Bürgern Wachtdienst in der Stadt leisteten.

Nr. CLXXVIII. — 1220. — Aus der confoederatio cum principibus ecclesiasticis: Item nova thelonea et novas monetas in ipsorum territoriis sive iurisdictionibus eis inconsultis seu nolentibus non statuemus de cetero, set antiqua thelonea et iura monetarum eorum ecclesiis concessa, inconvulsa et firma conservabimus et tuebimur; nec ipsi ea infringemus nec ab aliis ledi permittemus modis aliquibus,

---

wegen der Mainzölle: Böhmer: cod. dipl. MFr. 15, Legg. 104; ebenso im Mainzer Landfrieden von 1235 c. 6. — Zu vgl. für den ganzen Abschnitt über Zölle, Münzen und Geleit meine observationes ad art. quosdam const. Mog. S. 10—22; siehe auch Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 382 fgg., 388 fgg. und besonders Maurer: Städteverfassung I. §. 73 fgg.

Nr. CLXXVI. — Legg. 216, Kink: cod. Wang. 176. — Auch zur Verlegung von Zollstätten wird regelmässig königliche Genehmigung eingeholt: z. B. H.-B. I. 754, II. 212, 334, 796, Ficker: acta sel. 400, 417 u. a. m.

Nr. CLXXVII. — Huillard-B. I. 348. Es wird also den Verklagten das Gemeinderecht bestritten. — Vgl. Maurer: Dorfverfassung I. 187 fg.

Nr. CLXXVIII. — Legg. 236 c. 2. — Vgl. hierzu Berchtold 148 fg.

utpote monete turbari et vilificari solent similitudinibus ymaginum, quod penitus prohibemus.

Nr. CLXXIX. — 1220. — Es wird erkannt: quod nullam auctoritatem seu warandiam thelonei vel monete in dampnum sive preiudicium alicuius prestare possimus. Diesem Satze entsprechend verkündet Friedrich II. weiter, dass, da über die Zölle und Münze, welche der Graf von Geldern von ihm zu tragen behaupte, Klagen entstanden seien, er ihm deshalb keine Gewähr leiste, vielmehr ihm jede Zollerhebung am Rhein und jede Münze verbiete.

Nr. CLXXX. — 1220. — Dem Patriarchen von Aglei wird zuerkannt: item nulli liceat tributum, monetas, forum constituere de novo in dicti domini patriarche iurisdictionibus sine voluntate ipsius.

Nr. CLXXXI. — 1223. — Auf Antrag des Abts von Corvey wird erkannt: quod in civitatibus, oppidis et villis campsiones denariorum non fient, nisi de consensu et voluntate prenominati; et moneta nullatenus est cudenda.

Nr. CLXXXII. — 1231. — König Heinrich macht bekannt, es sei vor ihm und seinem Vater wiederholt durch Rechtspruch festgestellt worden, dass in allen Städten und Orten, in denen eine eigene und rechtmässige Münze vor-

---

Nr. CLXXIX. — Bondam I. 331, Legg. 237, H.-B. I. 772. — Vgl. auch die Urkunden vom 4. und 10. Januar 1223 bei Bondam 333, H.-B. II. 289, 291. — Berchtold S. 97 fg.

Nr. CLXXX. — H.-B. II. 69.

Nr. CLXXXI. — Legg. 252, H.-B. II. 763. — Ludewig: reliq. mscpt. VII. 478 theilt eine Urkunde Adolfs von 1295 mit, in welcher derselbe einen vor Friedrich I. (wann?) gefundenen Rechtspruch zu Gunsten von Halberstadt bestätigt: quod in episcopatu alicuius episcopi nullus omnino aliquam monetam veram vel falsam absque conscientia et voluntate episcopi, cuius ipsa dioecesis est, facere potest vel habere.

Nr. CLXXXII. — Legg. 281, 282, H.-B. III. 453. — Über Münzverbrechen nach dem Recht des Mittelalters siehe insbesondere Osenbrüggen: Alemannisches Strafrecht S. 336 fgg. und Hälschner: System II. 379 fgg.

handen ist, aller Handel mit den Denaren dieser Münze getrieben werden soll; den Geldwechsel sollen nicht die Kaufleute, sondern die Münzer vornehmen; die Denare sollen deutlich und leicht unterscheidbar geprägt sein; wird jemand im Besitz falscher Denare gefunden, so wird er als Münzfälscher bestraft und kann sich dagegen auch nicht mit dem Vorgeben schützen, er habe die falschen Münzen auf offenem Markte erhalten: eine Ausnahme wird nur für den Fall zugelassen, dass die Summe des falschen Geldes noch nicht neun Denare beträgt; wer aber zum dritten Male im Besitz gefälschten Geldes ergriffen wird, soll bestraft werden, auch wenn die bei ihm gefundene Summe jene Höhe nicht erreicht. Diese Rechtsätze sollen an allen Orten zur Anwendung kommen, an denen sich Münzstätten der Fürsten finden.

Nr. CLXXXIII. — 1231 und 1232. — Item nullam novam monetam in terra alicuius principis cudi faciemus, per quam moneta principis deterioretur.

Nr. CLXXXIV. — 1232. — placuit statuendum, ut in omni civitate vel oppido, ubi moneta iure cuditur, nec mercimonia nec victualia aliquo argenti pondere vendantur vel emantur, preterquam illis denariis, qui cuilibet civitati vel oppido sunt communes.

Nr. CLXXXV. — 1234. — Item monetas falsas et iniustas ac iniusta thelonia, que a tempore domini Frederici imperatoris proavi nostri absque consensu et connivencia principum sunt statuta, per sentenciam cassamus et precipimus amoveri, et nos thelonia nostra noviter instituta penitus amovemus, transgressores manu potenti et extento brachio cohercendo.

Nr. CLXXXIII. — Aus den stat. in favorem principum: Legg. 282, 292. — Vgl. Löher S. 96.

Nr. CLXXXIV. — Aus dem edictum contra communia civitatum: Legg. 286.

Nr. CLXXXV. — Aus der constitutio generalis Heinrici regis: Legg. 301.

Nr. CLXXXVI. — 1234. — Auf Antrag des Bischofs von Worms wird geurtheilt, dass, wer Silber verkaufen wolle, dies nur bei der in der Stadt befindlichen Münze thun dürfe; Ausnahme zu Gunsten der Reisenden.

Nr. CLXXXVII. — 1235. — Aus dem Mainzer Landfrieden c. 6: statuimus, ut omnia telonea, tam in terris quam in aquis, post mortem dive memorie patris nostri imperatoris Heinrici, a quocumque et ubicumque instituta fuerint, removeantur omnino, nisi is, qui habet, coram imperatore probet, ut iustum est, se teloneum de iure tenere. — Item precipimus omnium teloneorum superadiectionem removeri, et omnino cessare et in statu pristino institutionis debite permanere. Si quis autem huius nostre sanctionis violator exstiterit, aut aliquit ultra debitum et statutum

---

Nr. CLXXXVI. — Legg. 302, H.-B. I. 795.

Nr. CLXXXVII. — Diese Bestimmungen aus dem Mainzer Landfrieden von 1235 (Legg. 315) habe ich hier aufnehmen zu müssen geglaubt, weil das Weisthum König Rudolfs von 1290 ausdrücklich auf dieselben Bezug nimmt. Dagegen übergehe ich die Wiederholungen dieser Sätze in den beiden Landfrieden von 1281 c. 7. 8. 9, von 1287 c. 18—21, 24—26 und von 1298 (Legg. 433, 434, 437, 438, 439, 450, 482). Die unwesentlichen Abweichungen von dem Mainzer Landfrieden sind aus der Zusammenstellung bei Böhlau: nove constitutiones S. 25—31 zu ersehen. Ausser diesen Landfrieden sind für das Zoll und Münzwesen des 13. Jahrh. noch zu vergleichen: der österreichische Landfriede von 1276 (Legg. 411), das statutum de moneta von 1282 (das. 440), die cassatio theloneorum ad Rhenum von 1301, die constitutio pacis ad Rhenum von demselben Jahre und das Bündniss zwischen König Albrecht und dem Erzbischof von Mainz vom Jahre 1302 (das. 474, 475, 477). — Gegen die im Mainzer Landfrieden verbotene willkürliche Erhöhung bestehender Zölle finden sich auch in späterer Zeit nicht selten Entscheidungen des Hofgerichts; siehe z. B. unten Nr. CCCXXI. und ein Erkenntniss Sigismunds von 1424 über die Zölle zu Halle: quod thelonea antiqua per dive memorie imperatores imposita vel cuius initii memoria in contrarium non existit serventur in suo statu antiquo et non posse augmentari neque de novo alia imponi per archiepiscopum (von Magdeburg) — aut per Hallenses (Ludewig: reliquiae XI. 477).

extorserit, vel usurpaverit in loco indebito, coram suo iudice de his legitime convictus, tanquam predo et populator strate publice puniatur. — Receptores vero teloneorum tam in terris quam in aquis debito modo teneri voluimus ad reparationem poncium et stratarum, transeuntibus et navigantibus, a quibus telonea accipiunt, pacem, securitatem et conductum, ita, quod nichil amittant, quatenus durat districtus eorum, prout melius possunt, fideliter procurando. Quicumque vero tercio legitime convictus fuerit coram nobis, statutum hoc non servasse, teloneum domino vacet, a quo illud tenet. — Districte insuper inhibemus, ne domini vel civitates, pretextu faciendarum munitionum vel alia quacunque de causa, telonea vel exactiones instituant, que vulgo dicuntur ungelt, in homines extra positos vel extraneos vel bona eorum, set dominus de sua vel hominum suorum bonis edificet: violatoribus huius edicti nostri tanquam predonibus strate publice puniendis. — Si bellum vel verra fuerit inter aliquos, quorum alter vel uterque in strata teloneum habeat vel conductum, neuter eorum, nec quilibet alius in odium vel culpam illius, ad quem ius telonei pertinet vel conductus, quicquam transeuntibus rapiat, ut transeuntes per stratam securitate gaudeant et quiete. Qui contra hoc fecerit, tanquam predo publicus puniatur. — C. 7: statuimus firmiter omnes monetas post mortem dive memorie Heinrici imperatoris patris omnino cessare, ubicumque fuerint institute, nisi qui tenet eas, prout iustum est, coram nobis ostendat, se ab imperio iure habere. Quicumque vero monetas iniuste tenuerit, tanquam falsarius puniatur. Veteres autem monete debito modo et iuste et racionabiliter observentur. Omnem fraudem et falsitatem in monetis fieri districtius inhibentes, praeterea falsariorum pene subiacere decrevimus omnes illos, qui sibi monetam sive formam aliene impressionis usurpant.

Nr. CLXXXVIII. — 1255. — sententialiter diffinitum, ut omnis moneta adulterina et falsa penitus de cetero ces-

Nr. CLXXXVIII. — Legg. 371, Ennen und Eckertz II. 344.

set nec aliquis abutatur predictis adulterinis et falsis monetis deinceps, sed utatur vera et legitima moneta in locis singulis per imperium statuta et concessa duntaxat; et domini terrarum et locorum predictos falsarios et abusores in suo districtu eorum quilibet studeat penitus amovere, predictos falsarios et abusores pena qua convenit et severitate debita percellendo et etiam puniendo.

Nr. CLXXXIX. — 1283. — Es wird geurtheilt: quod quilibet princeps imperii ecclesiasticus vel secularis, ab ipso imperio monetam tenens in feodum, ipsam monetam potius debet cudere vel cudi faciet secundum ius et consuetudinem, quibus ab antiquis temporibus de iure hactenus est gavisus, quam iuxta voluntatem consorcium, qui vulgariter huessgenocz appellantur.

Nr. CLXXXX. — 1285. — Et sententiatum extitit, quod falsarius falsam monetam cudens vel fabricans, si deprehensus fuerit, sit decollationis pena plectendus; et illi, qui cum eadem moneta scienter exercet commercia vel ipsam conservat ex certa scientia, manus debet amputari; dominus vero huiusmodi falsarios in suis munitionibus confovens vel conservans sicut ipse falsarius debet consimili pena puniri.

Nr. CLXXXXI. — 1290. — König Rudolf bekundet den Rechtspruch, dass kein Zoll oder Wegegeld (telonium,

---

Nr. CLXXXIX. — Legg. 443. — Zu dieser und der folgenden Nr. vgl. insbesondere Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 362 fgg.; auch Osenbrüggen a. a. O. 337, und wegen der Münzer Hausgenossen Maurer a. a. O. 298 fgg., Gierke a. a. O. 188 fgg.

Nr. CLXXXX. — Legg. 446; vgl. Lacomblet III. S. 534, welcher bemerkt, dass die Originale sämmtlich statt „decollationis" — „decoctionis" lesen.

Nr. CLXXXXI. — Legg. 454; vgl. die beiden Urkunden Richards vom Jahre 1269 a. a. O. 382. — Beachtenswerth ist auch eine Urkunde Rudolfs von 1286, in welcher er erklärt: licet iure nostro civili sit prohibitum nova vectigalia debere institui, so wolle er doch dem Grafen L. von Savoyen gestatten, an verschiedenen Orten innerhalb seiner Reichslehen ein vectigal seu pedagium zu erheben, wenn ein solches bis dahin auch nicht erhoben wor-

pedagium seu vectigal) im Reich erhoben werden dürfe ohne Genehmigung des Reichsoberhauptes, wie dies sowohl in dem Landfrieden Kaiser Friedrich II. als auch in seinem eigenen deutlich ausgesprochen worden sei. Demgemäss wird denn auch der Zoll, genannt chachage, aufgehoben, welchen die Bürger von Lüttich mit Erlaubniss ihres Bischofs zum Zwecke von Strassen- und Brückenbauten, von Wagen, Schiffen und Saumthieren, welche Lebensmittel und andere Dinge nach der Stadt bringen, erheben.

Nr. CLXXXXII. — 1143. — Konrad III. erkennt dem Abte Walter von Selz gegen den Widerspruch des Bischofs B. von Strassburg das Recht zu, Münzen zu prägen, welche im ganzen Bisthum Umlauf hätten; nur sollen diese genau vom Gehalt der Strassburger sein und auf beiden Seiten beider Orte Bild und Unterschrift zeigen.

Nr. CLXXXXIII. — 1195. — Vor Heinrich VI. wird erkannt, es dürfe Niemand im ganzen Erzbisthum nach Salzburger Gepräge münzen, als die vom Erzbischof bestellten Münzer.

Nr. CLXXXXIV. — 1196. — Heinrich VI. entscheidet einen Streit zwischen dem Bischof von Speyer und dem Domkapitel wegen des Münzrechts und bestimmt dabei, der Bischof könne zwar nach Gutdünken das Prägezeichen der Denare verändern, nicht aber ohne Zustimmung des Kapitels den Werth der Münze.

Nr. CLXXXXV. — 1180. — Auf die Klage des Bischofs von Freisingen: quod Heinricus — quondam dux Bavariae et Saxoniae forum in Oeringen cum ponte, quod ecclesia

---

den sei. Archiv für Kunde österreich. Geschichtsquellen VI. 122. Aehnliche Freiheiten sind nachgewiesen: Observationes etc. S. 15 fgg.

Nr. CLXXXXII. — Schöpflin: Als. dipl. I. 224, Dümgé: Reg. Badens. S. 44.

Nr. CLXXXXIII. — Ficker: acta i. s. 185, Meiller: Reg. archiep. Salisb. S. 160.

Nr. CLXXXXIV. — Dümgé 153, Legg. 569.

Nr. CLXXXXV. — Mon. Boica XXIX. 1. 439.

sua a longe retro temporibus quiete possederat, destruxerit et illud in villam Munichen violenter transtulerit, wird erkannt: quod — — H. factum temerarium in irritum ducere deberet imperialis auctoritas.

Nr. CLXXXXVI. — 1181. — Auf Klage des Abts zu Kremsmünster kassirt Friedrich I. nach Rechtspruch des Reichshofes eine wider den Willen des Klosters durch die Besitzungen desselben gelegte Strasse.

Nr. CLXXXXVII. — 1218. — Friedrich II. macht den Rechtspruch bekannt: quod si forte alicui per cyrotecam nostram contulimus forum annuale vel septimaniale in quocumque loco, quod comes aut alius iudex aliquis illius provinciae non debeat illic habere iurisdictionem vel aliquam potestatem puniendi maleficia; sed si forte latro vel fur et alius maleficus fuerit condempnatus, comiti sive iudici provinciali de loco illo erit presentandus ad sententie in eum late executionem.

Nr. CLXXXXVIII. — 1224. — Auf die Frage: an alicui, qui ex beneficio imperiali forum habet in suis prediis, liceat in alium locum, qui tamen sit de iure eiusdem predii, transponere vel mutare? wird gefunden: quod illud licere debeat, dummodo fiat sine iuris preiudicio alieni, ita scilicet, ut si quid iuris dominus fori advocato recognovit in antiquo, illud ei recognoscat et in novo.

Nr. CLXXXXIX. — 1231, 1232. — Aus den stat. in fav. principum: Quod nova fora antiqua non possint aliquatenus impedire. — Item ut nemo cogatur ire ad aliquod

---

Nr. CLXXXXVI. — Orig. Guelf. III. 535, Urkdb. ob der Enns II. 372, Hagn Nr. 40 S. 52.

Nr. CLXXXXVII. — Legg. 229, H.-B. II. 553. — Zu diesem Weisthum vgl. insbesondere Berchtold: Landeshoheit S. 95 fg., Löher 38 fg., Winkelmann 230, Maurer a. a. O. 335 und 353, auch Zöpfl: Alterthümer I. 80.

Nr. CLXXXXVIII. — Ficker: acta sel. imp. 278, Meiller: Reg. archiep. Salisb. Nr. 281 S. 233.

Nr. CLXXXXIX. — Legg. 282, 291. — Vgl. Löher S. 66 fg., Winkelmann 396.

forum invitus. — Item ut antique strate non declinentur, nisi de transeuntium voluntate.

Nr. CC. — 1235. — Aus dem Mainzer Landfrieden: precipimus autem omnes stratas publicas observari et coactas stratas omnino cessare.

Nr. CCI. — 1232. — ad querimoniam — abbatis S. Pauli in Lavant — sententiatum extitit, — quod dux Karinthie — non haberet potestatem instituendi forum in solo monasterii supradicti et quod eidem abbati liceret, locare et transferre forum in solo sue ecclesie ubi vellet.

Nr. CCII. — 1236. — Auf die Frage des Erzbischofs von Salzburg: si generaliter homines euntes per stratam publicam ad forum debeant ab eadem strata publica revocari et cogi per aliquos ire per vias privatas ad fora sua? ergeht das Urtheil: quod non licet alicui prohibere hominibus nec revocare eos a strata publica, quin vadant ad forum, ubi possunt sua commoda exercere; salvo, si quis habet proprios, quos potest revocare et reducere sicut vult.

Nr. CCIII. — 1224. — Auf die Frage: an hominibus alicuius iter et actus et via in stratis regalibus et publicis, quoad mercimonia sua deportanda et alias negociaciones faciendas a domino terre vel a quoquam alio valeat vel debeat interdici? ergeht das Urtheil: quod illud nulli liceat nec aliquis debeat aliquod in suis commerciis et negociacionibus impedire.

Nr. CCIV. — 1220. — Zu Gunsten des Patriarchen von Aglei wird erkannt: si dictus patriarcha in civitatibus suis vel castris, villis et locis aliis, ubi habet iurisdictionem, ordinaverit aliquid de fori venditione, ratum et immutabile penitus habeatur.

Nr. CCV. — 1231, 1232. — Aus den statut. in fav.

Nr. CC. — Legg. 315. — Vgl. observationes. S. 18.

Nr. CCI. — Huillard-B. IV. 357.

Nr. CCII. — H.-B. a. a. O. 888.

Nr. CCIII. — Legg. 569, H.-B. II. 799.

Nr. CCIV. — H.-B. II. 69.

Nr. CCV. — Legg. 282, 291. — Löher S. 95 fgg.

principum: Item conductum principum per terram eorum, quem de manu nostra tenent in feodo, per nos vel per nostros non impediemus vel infringi patiemur.

Nr. CCVI. — 1234, 1235. — Aus den Landfrieden Heinrichs und Friedrichs: quod nullus conductum alicui prebeat, nisi forte conductum a nobis et imperio iure possideat feodali; — ne quis conductum alicui precio prebeat, nisi ius conducendi habeat ab imperio iure feudali.

Nr. CCVII. — 1240. — Auf Antrag des Bischofs von Brixen wird vor Konrad IV. erkannt: quod nulli licitum sit, prebere conductum alicui transeunti per terram sive ducatum electi (des Bischofs) ipsius, excepto imperatore et rege, quibus id competit ex imperiali dignitate, nisi de predicti electi licencia et assensu.

Nr. CCVIII. — 1255. — requisitum fuit in iudicio coram nobis de quadam consuetudine, que inolevit in plerisque partibus regni Alamanie, que potest dici potius corruptela, ut cum contingit interdum aliquos predicti regni pati naufragium, circumadiacentes patrie, superaddentes afflictionem afflictis, omnia bona naufragantium velut propria sibi vendicant et usurpant. Ad quod — sententiatum et etiam diffinitum,

---

Nr. CCVI. — Legg. 301, 315; vgl. das. 428 c. 16.

Nr. CCVII. — H.-B. V. 1192.

Nr. CCVIII. — Legg. 371, Ennen und Eckertz II. 344. Cfr. const. Auxim. 1177 c. 4, Legg. 162, const. 1196, das. 200, const. in Bas. S. Petri 1220 c. 7, und aus späterer Zeit die Verordnung Ludwigs von 1339, in welcher er mit Bezugnahme auf die Erlasse seiner Vorgänger verbietet: ne quis bona, res et merces qualescunque naufragium in dicto alveo Reni paciencium animo sibi retinendi quoquomodo presumant vel audeant occupare seu se intromittere de eisdem, vel alias dictis naufragium pacientibus iniurias seu molestias aliquas ingerere vel inferre, non obstante aliqua consuetudine seu pocius abusione, si qua a quoquam in contrarium de facto fuerit observata; quam quidem consuetudinem, si sic dici meretur, tamquam corruptelam et erroneam ac nulla ratione fulcitam reprobamus —. (Ficker: acta sel. imp. Nr. 787 S. 531). — Vgl. Sugenheim: Geschichte des deutschen Volkes III. 596 fg., Maurer: Einleitung S. 120 fgg.

quod talis consuetudo de cetero cessaret omnino, cum detestabilis et perniciosa existat.

Nr. CCIX. — 1239. — talis lata fuit sententia: — quod nullus posset in alterius preiudicium molendinum construere in eo loco, qui legitimatus non est pro loco molendini.

Nr. CCX. — 1220. — Zu Gunsten des Patriarchen von Aglei wird erkannt: item quod nulli liceat in aquis naves portantibus sine voluntate ipsius (patriarche) construere molendina.

VI.

Lehnrecht.

Nr. CCXI—CCXIII. Gegenstände der Verleihung zu Lehnrecht: Gefälle, fahrende Habe. — Nr. CCXIV—CCXVII. Lehnsfähigkeit der Personen, Heerschild. — Nr. CCXVIII. Kein Herr mag Gut leihen, das ihm nicht selber geliehen ist. — Nr. CCXIX—CCXXI. Herrenwechsel: Folge an den andern Herrn. — Nr. CCXXII—CCXXV. Lehnserneuerung. — Nr. CCXXXI—CCXXXI. Erbrecht: auf wen wird vererbt? — Nr. CCXXXII. Angefälle und Vormundschaft. — Nr. CCXXVIII—CCXXXVI. Rechte am Gut, insbesondere: Befugniss des Herrn in die Verfügungen des Mannes zu willigen und Verfügungen des Mannes den Erben gegenüber. — Nr. CCXXXVII—CCXXXIX. Uebergriffe der Vasallen. Verbindungen unter denselben. — Nr. CCXXXX—CCXXXXV. Lehnsprocess. — Nr. CCXXXXVI. Aufsagen des Lehns.

Nr. CCXI. — 1214. — Auf die Frage des Bischofs Friedrich von Trient: si aliquis dominus contulerit alicui

Nr. CCIX. — Fickler S. 83, H.-B. V. 1179.

Nr. CCX. — H.-B. II. 69.

Nr. CCXI. — Legg. 225, H.-B. I. 286. — Zu diesem und

vasallo suo feodum de camera non locatum, nec denuntiatum, et si vasallus talis feodi distulerit per aliquos annos feodum illud a domino, unde illud habiturus est, requirere per se vel per certum nuncium, si dominus ille teneatur ultimo anno, quo forte vasallus voluerit petere beneficium suum, de singulis annis solvere proventus feodi detenti, sicut superius prelibatum est, an non? wird erkannt: dominium illum nequaquam teneri in solucionem talis feodi, detenta forma supradicta duntaxat, si vasallus potuit requirere feodum suum et non fecit.

Nr. CCXII. — 1222. — ex petitione — G. electi Pataviensis — sententiam queri fecimus, si videlicet aliquis teneatur ex iure ad talium concessionem sive solutionem feodorum, que nec loco nec alia aliqua certitudine, nisi tantum ex camere proventibus sunt distincta? sententia data fuit, quod ad huiusmodi feoda conferenda sive solvenda, nemo ex iure vel ex debito tenetur aliquatenus, nisi quantum gratia atque voluntas propria cuilibet persuaserit in hoc facto.

Nr. CCXIII. — König Heinrich. — abbas monasterii S. Udalrici in Augusta — proposuit, se et locum suum a multis indebite gravari, postulando ab eo iure feodali pellicia et calceos hyemales. Unde — sentenciatum fuit, pellicia et calceos et similia religiosorum dona non posse dici feoda.

Nr. CCXIV. — Ueber die Lehnsunfähigkeit der Geächteten und Excommunicirten sind einige Sprüche bei der Lehre von den Standesverhältnissen mitgetheilt.

---

dem folgenden Weisthum vgl. Homeyer: System des Lehnrechts §. 3, S. 284 fg.

Nr. CCXII. — Legg. 248, H.-B. II. 728, Mon. Boica XXX. 1. 108.

Nr. CCXIII. — Mon. Boica XXXI. 1. 514, H.-B. II. 832. — Vgl. Homeyer a. a. O. §. 3, S. 286 N. 5. — Aber doch kömmt die Verleihung solcher Gegenstände zu Lehnrecht vor: Urkunde Heinrichs VI. von 1190 bei Ficker: acta selecta S. 163.

Nr. CCXIV. — Es sind die Nr. CCLXVI, CCLXVIII bis CCLXX. — Vgl. Homeyer §. 5, S. 300.

Nr. CCXV. — König Heinrich bekundet: quod nos hanc sententiam per principum nostrorum providenciam et aliorum quam plurium astancium dictatam promulgamus: ut nullus videlicet possit petere feodum spectans ad officium alicuius principis, qui consors alicuius beneficii non dinoscatur.

Nr. CCXVI. — 1151. — Konrad II. entscheidet einen Streit zwischen dem Pfarrer zu Iphofen und dem Hartwich von Erlach über den Zehnten zu Iphofen zu Gunsten des Ersteren. In examinatione vero utriusque coram nobis causae, clerici et laici, clericus allegabat, duas partes decimae — ad ecclesiam suam et ad sustentacionem eius proprie tenere. Laicus autem affirmabat, se prenotatas partes duas decimae ab abbatissa et ecclesia Kizzingensi iure paterno in beneficio habere. Iudicatum est itaque a M. de Grumbach, eiusdem ecclesiae advocato, et a nostra curia, quia ecclesia K. regalia, quod herscilt dicitur, non haberet, nullus laicorum quicquam de iure beneficiali ab ecclesia vel ab abbatissa tenere posset.

Nr. CCXVII. — 1223. — talis fuit lata sententia, quod nulli ecclesiarum prelato, qui insignia sua de manu imperiali non receperit seu qui non teneat clippeum, qui vulga-

---

Nr. CCXV. — Ficker: acta sel. imp. S. 277 Nr. 315. — Hier ist auch hinzuweisen auf die bei Ficker a. a. O. S. 536 mitgetheilte Urkunde Ludwigs von 1310. Die Bürger von Goslar beschweren sich beim König, dass man ihnen häufig ihre Lehne entziehe, unter dem Vorwande: quod hoc iure, quod herschilt vocatur, careant. Der König erklärt, sie sollten den Heerschild haben, gleich Ritterbürtigen lehnsfähig sein, und keiner ihrer Lehnsherren dürfe sie an einen niedern Herrn bringen.

Nr. CCXVI. — Mon. Boica XXIX. 1. 305. — Zu diesem und dem folgenden Weisthum siehe Homeyer S. 298 fg., 301 fgg. und Ficker: Heerschild 101.

Nr. CCXVII. — Erwähnt bei Ioh. Vict. in den Fontes rer. Germ. I. 277 und daraus H.-B. II. 298; veröffentlicht von Wattenbach: iter Austr. im Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen XIV. 27 und von Ficker: acta sel. 252.

riter dicitur herscilt, liceat possessiones ecclesie, cui preest, alicui infeudare, ita quod ipsum feudum perpetuo sit apud feudatarium permansurum.

Nr. CCXVIII. — 1179. — Erzbischof Konrad von Salzburg beweist vor dem Reichshofe, dass das Bisthum Gurk von der Gründung her so instituirt sei, dass der Erzbischof von Salzburg nach eigener Erwägung den Bischof von G. zu wählen habe. Er knüpft hieran die Frage: an is, qui Gurcensis foret electus, posset licite de possessionibus G. ecclesiae aliquid nomine feodi cuiquam concedere, antequam ipse G. a S. archiepiscopo cura et possessione eiusdem episcopatus fuisset investitus? Dies wird durch Rechtspruch verneint: quod nec Gurcensis electus nec quisquam alius possit aut debeat aliquod feodum in quemquam transferre, antequam ipse a suo auctore sit investitus.

Nr. CCXIX. — 1186. — Gegen den Grafen Wilhelm von Genf, welcher einem eidlichen Gelöbniss, sich den Befehlen des Königs zu fügen, nicht nachgekommen war, wird iudiciario ordine erkannt: ut omnia feoda et beneficia, que habuit ab episcopo et ecclesia Gebennensi ad ipsum episcopum et ecclesiam libere revertantur, — ita quod nos omnes illos, qui mediantibus eisdem feodis aut beneficiis comiti fuerant astricti, omnino absolvimus et pro eisdem bonis episcopo et ecclesiae eadem fidelitate debere teneri censemus.

Nr. CCXX. — 1252. — Nachdem König Wilhelm dem

Nr. CCXVIII. — Meiller: Regesta archiep. Salisb. S. 135. — Vgl. Homeyer §. 47, S. 471 und Ficker: Heerschild 113 fg. — In Beziehung auf Reichslehen siehe auch Otto Frising. gesta Friderici II. 28 (SS. XX. 411): Regalia, — quae iuxta rationes curiae nulli episcoporum militi, antequam de manu principis suscipiantur, tradere licet, ipse huius rei nescius — tradiderat. Der Lehnsherr wie die Lehnsempfänger müssen deshalb die nach der lex curiae feststehenden Bussen zahlen.

Nr. CCXIX. — Spon: histoire de Genéve II. 42. — Zu dieser und der flg. Nr. vgl. Homeyer §. 41, S. 443 fg.

Nr. CCXX. — Martene: thes. I. 1164, Kluit II. 2. 624, Legg. 366.

Grafen Johann von Avesnes die Reichslehen der Gräfin Margarethe von Flandern verliehen, wird erkannt: quod — ville, castra et alia bona ad dicta feoda pertinentia parere debeant eidem Iohanni — et ei debent homines predictarum terrarum fidelitatis facere iuramentum.

Nr. CCXXI. — 1252. — An das vorhergehende Urtheil schliesst sich das weitere Weisthum: quod illi, qui post infeudationem nostram dicto Ioh, homagium non fecerint, seu feoda non requisierint, idem Ioh. de predictis feodis sive retinendo vel aliis in feodum concedendo disponere potest.

Nr. CCXXII. — 1234. — lata est sententia, — quod quicumque feudum suum a domino feudi sive feudatoris ad annum et diem recipere vel requirere neglexerit, ex tunc feudum ad dominum feudi revertatur et de ipso habeat licentiam et liberam facultatem ordinandi sive disponendi pro suo arbitrio voluntatis.

Nr. CCXXIII. — 1249. — Derselbe Rechtsgrundsatz anerkannt in dem Urtheil zu Gunsten des Johann von Avesnes wider Balduin II. wegen der Grafschaft Namur.

Nr. CCXXIV. — 1252, 1274, 1296. — Derselbe Satz angewendet auf Reichsfahnlehen in den im ersten Abschnitt mitgetheilten Weisthümern.

Nr. CCXXV. — 1276. — Auf Anfrage des Erzbischofs von Trier: quid iuris esse debeat, si vasallus ipsius, existens in provincia et facultatem habens ipsum archiepiscopum ade-

---

Nr. CCXXI. — Martene l. c. 1165, Kluit 628, vgl. Reichshofgericht I. 153 fgg.

Nr. CCXXII. — Neugart II. 145, Legg. 304, H.-B. IV. 692. — Vgl. Homeyer §. 47, S. 471, §. 53, S. 506. [Wegen der entsprechenden Bestimmungen in den Reichsgesetzen Legg. 38**, 80, 96, 113, II. 2. 184, vgl. in Kürze Stobbe: Rechtsquellen I. S. 473. Note 34 fgg.]

Nr. CCXXIII. — Kluit II. 2. 553, Lünig: cod. Germ. dipl. II. 2462; — vgl. Hofgericht I. 153 Note 2. — Siehe auch die Urkunde von 1296 bei Schöpflin: hist. Zar.-Bad. V. S. 305.

Nr. CCXXIV. — Siehe oben Nr. IV. bis VI.

Nr. CCXXV. — Legg. 406. — Homeyer S. 473, 513.

undi, ab ipso infra unius anni spacium feodum non requirit? wird erkannt: quod archiepiscopus feodum huiusmodi a vasallo sibi retrahere valeat, detinendum unius anni spatio sine possessionum huiusmodi et fructuum earundem qualibet lesione, ut infra dicti temporis spatium veniente vasallo et feodum obtinente legitime, idem feodum suum absque deminutione recuperet, ultra anni spatium nullatenus audiendus. Hat der Vasall das Lehen an einen Dritten übertragen, so kann es der Lehnsherr dennoch unter denselben Bedingungen einziehen und dazu soll ihm, wenn nöthig, der König behilflich sein.

Nr. CCXXVI. — 1157. — Bei Gelegenheit eines Streits um ein Lehngut von St. Emmeram zu Regensburg wird erkannt: quod ecclesia pontificalis in R. — heredibus feminei sexus nunquam beneficium de iure concedere deberet.

Nr. CCXXVII. — 1230. — sententiatum, quod in generali nulla mulier in aliquo feodo ratione hereditatis fratri suo succedere possit.

Nr. CCXXVIII. — 1246. — fuit per sententiam diffinitum, ut si aliquis sine liberis decesserit, feoda tenens ab ecclesia, libere ad ecclesiam eadem feoda revertantur.

Nr. CCXXIX. — 1290. — Stirbt ein Vasall ohne männliche Erben, aber mit Hinterlassung einer Schwester, so fällt das Lehen an den Herrn und nicht an die Schwester; der Herr kann darüber frei verfügen, es sei denn, dass er das Gut der Schwester aus Gnaden auf Lebenszeit überlassen wolle.

Nr. CCXXVI. — Ried I. 227, Mon. Boica XXIX. 1. 336. — Vgl. Homeyer §. 5, S. 298, auch Fürth 346 fgg.

Nr. CCXXVII. — Legg. 278. — Zu diesem und den folgenden Sprüchen vgl. Homeyer §. 43, S. 449 fgg.

Nr. CCXXVIII. — Nach Böhmer bei Pertz: Legg. 362 ist das Urtheil vor Heinrich Raspe gefunden. Huillard-B. III. 476 theilt dasselbe aus derselben Quelle mit, aus welcher Böhmer's Abschrift stammt, setzt die Urkunde aber in das Jahr 1231.

Nr. CCXXIX. — Noch ungedruckt; Böhmer Reg. Rudolfs Nr. 1072.

Nr. CCXXX. — 1299. — Auf die Frage des Erzbischofs von Köln: utrum filia in bonis feodalibus iure hereditario suis parentibus succedere possit vel non? wird erkannt: quod nulla filia vel mulier possit in bonis feodalibus succedere, nisi de plenaria voluntate domini feodi et consensu.

Nr. CCXXXI. — 1299. — Auf die Anfrage desselben: si quis tenens feodum a domino aliquo moriatur absque heredibus illis, qui vulgo dicuntur leivenherben, et dominus feodorum ipsa feoda sibi attrahet et ea per annum unum et diem sicut sua propria possidet pacifice et quiete, et ex tunc venit aliquis dicens, se in dictis feodis ius habere, et impetit dominum feodorum super ipsis, utrum ipso domino feodorum huiusmodi possessio anni et diei debeat suffragari? wird geurtheilt: quod dicto domino feodorum dicta possessio suffragatur et impetenti ipsum nulla omnino actio imposterum competit in eisdem.

Nr. CCXXXII. — Ueber Angefälle und Vormundschaft vgl. die Rechtsprüche von 1222 und 1287, welche unter den Weisthümern in Bezug auf Standesrechte mitgetheilt sind.

Nr. CCXXIII. — 1290. — sententialiter extitit definitum: quod neque vasallus vel alter aliquis fidelis preter scientiam domini ipsa bona, que tenet a domino, non possit alienare vel distrahere quoquo modo; et si in contrarium fecerit, ipsa bona ad manus domini devolvantur et de ipsis dominus poterit ordinare pro sue voluntatis libitu.

Nr. CCXXXIV. — Derselbe Satz in Beziehung auf die

Nr. CCXXX. — Legg. 471.

Nr. CCXXXI. — Legg. 472. — Nach Seibertz ist zu lesen: leenserven, nach Lacomblet II. 534 Note: leinenerven, also: Lehnserben; so fasst auch Homeyer §. 52, S. 499 das Weisthum auf. — Siehe auch Laband: vermögensrechtliche Klagen 314 wegen des Rechtsgrundes der Entscheidung.

Nr. CCXXXII. — Siehe unten Nr. CCLXXXIX und CCLXXXX.

Nr. CCXXXIII. — Legg. 456. — Vgl. Homeyer §. 35, S. 426 fg., §. 53 S. 507 fg. [Legg. 38**, 84, 96, 113, II. 2. 184; siehe Note zu Nr. CCXXII.]

Nr. CCXXXIV. — Oben Nr. XII fgg.

Reichslehen der geistlichen und weltlichen Fürsten anerkannt in den im ersten Abschnitt mitgetheilten Weisthümern.

Nr. CCXXXV. — 1297. — Auf die Frage der Aebtissin von Essen: si aliquis vasallus vel ministerialis habens feoda ab ipsa ecclesia, si non habeat heredes ascendentes vel descendentes aut fratres vel filios fratrum, possit ipsum feodum libere donando vel legando ipsi ecclesie reportare? erkennt das Hofgericht: quod vasallus ipse, dummodo feodum huiusmodi non pro indiviso cum aliis possideret, feodum ipsum donandi vel legandi ipsi ecclesie habeat liberam facultatem.

Nr. CCXXXVI. — 1299. — Ebenfalls auf Frage der Aebtissin von Essen: si aliquis vir vel mulier, tenens bona feodalia ab aliqua ecclesia et non habens heredes descendentes a se nec etiam collaterales infra secundum vel tertium consanguinitatis gradum sibi coniunctos, donatione inter vivos vel in lecto egritudinis in suo testamento, possit talia bona donare et legare ipsi ecclesie, a qua eadem bona tenet? — wird erkannt: quod ex quo talis vir vel mulier decederet sine heredibus descendentibus, communi iure etiam si donatio vel legatio nulla interveniret, ipsa bona, que tenuit ab ecclesia, vacant ipsi ecclesie et non alii, et quod multo fortius possit sive sano corpore sive in lecto egritudinis per ordinationem testamenti sui illa bona ecclesie sue, a qua ea tenuit, legare et in manus eiusdem ecclesie sine contradictione aliqua reportare.

Nr. CCXXXVII. — 1238. — Der Patriarch Berthold von Aglei klagt vor Friedrich II, dass seine Vasallen in Friaul und Istrien, nicht zufrieden mit den Erträgnissen ihrer Lehne, sich auch eine gewisse Jurisdiction anmassten, welche doch nur zu dem vom Reiche an den Patriarchen verliehenen Regalien gehöre. Es wird darauf verordnet: quod nulli eorum infeudatorum — — liceat occasione mansi

---

Nr. CCXXXV. — Legg. 406. — Vgl. Homeyer S. 439, 453.

Nr. CCXXXVI. — Legg. 473. — Vgl. Homeyer S. 451, Schulze: Recht der Erstgeburt 189 fgg.

Nr. CCXXXVII. — H.-B. V. 241.

vel mansorum, quos ab ecclesia A. feudaliter obtinere noscuntur, vel sub pretextu advocatie, vel occasione prescripta: quod mansos cum omni iure obtineant, cum verbum ipsum: cum omni iure privatas et annexas ipsis mansis utilitates exponat, de criminalibus causis, furtis, fustigationibus vel consimilibus, que ad iudicium sanguinis vel merum et mixtum imperium sapiunt, cognoscere vel temere se intromittere sine — patriarche indulgentia vel mandato —.

Nr. CCXXXVIII. — 1220. — Zu Gunsten des Patriarchen von Aglei wird erkannt: quod nulli constituto in iurisdictione domini patriarche, cuiuscunque sit conditionis sive liber sive vasallus sive ministerialis, liceat facere conspirationem sive coniurationem sine consensu domini patriarche, et quod si facta esset, irritetur et quicumque restiterint, sint proscripti.

Nr. CCXXXIX. — 1224. — Auf Klage des L. von B.: quod vasalli et ceteri homines sui — auctoritate propria quasdam communitates, constitutiones, novitates et coniunctiones vinculo fidei firmatas inierunt, ergeht das Urtheil: quod ipsi vasalli et ceteri homines sine consensu dicti L. et etiam absque nostra et imperii voluntate nullas communitates, constitutiones, conventiones et novitates poterant attemptare. Der König widerruft dem entsprechend alle versuchten Neuerungen, et precipue coniunctiones fidei interpositione ab eisdem de novo firmatas.

Nr. CCXXXX. — 1222. — Als König Heinrich unmittelbar nach seiner Krönung den Herzog Heinrich von Brabant mit den ihm früher verliehenen Lehen aufs Neue beliehen hatte, wurde dieser verpflichtet, quod iura imperii firmiter observaret et in terra sua faceret observari. Als Reichsrecht wurden darauf durch Urtheil folgende Sätze festgestellt (inventum igitur et sententiatum est ibidem):

Nr. CCXXXVIII. — H.-B. II. 69.

Nr. CCXXXIX. — Schöpflin: Als. dipl. I. 352, Legg. 254, Zeerleder I. 214, H.-B. II. 819.

Nr. CCXXXX. — Legg. 249, H.-B. II. 745. — Vgl. im Allgemeinen Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 407 fg.

1) im Lehnsgericht kann jeder beliehene Ministeriale gleich andern Lehnsmannen Urtheil finden und zwar über die Lehnssachen der Edlen nicht weniger als die der Ministerialen, jedoch nicht in Sachen der Fürsten;

2) jeder Vasall, edel oder Ministeriale, kann in Lehnssachen das erste Mal mit vierzehntägiger Frist geladen werden;

3) ist einem Vasallen, er sei edel oder Ministeriale, Allodialgut des Herzogs geliehen worden, so mag ihn der Herr in allen dieses Lehn betreffenden Rechtssachen nach irgend einem Orte berufen, wo er Allodialgut besitzt; ist aber dem Vasallen ein Gut verliehen, das von einem andern Fürsten zu Lehen geht, so kann ihn der Herzog an einen beliebigen Ort innerhalb der Lehnsbesitzungen berufen, welche von jenem andern Fürsten herstammen. (Si autem illud feodum sit feodum ab alio principe obtentum, tunc dux suum feodatarium citare potest super quamcunque partem illius feodi, quod ab illo principe descendit.);

4) hat der Herr einen seiner Vasallen zu Gericht geladen, wie er zu Recht thun soll, und erscheint derselbe nicht auf die erste Ladung, so soll er eine Busse zahlen, que bota dicitur;

5) hat der Herr einen der Mannen Urtheils gefragt, so muss dieser das Urtheil finden, so lange der Herr zu Gericht sitzt, es sei denn, dass dieser das Urtheil verfristete;

6) im Lehngericht kann nur ein Mann des Herrn Vogt (advocatus) der streitenden Parteien sein (advocatum appellamus patronum cause);

7) der zum Vogt gewählte (exactus — pro patrono cause) darf sich nicht weigern, für den, der ihn gewählt hat, zu sprechen, wenn er nur der im Gericht üblichen Sprache mächtig ist (dummodo sciat loqui usualiter).

---

und zu 1) Ficker: Heerschild 178, 199; Homeyer 573 fg., zu 2) das. 585, zu 3) 578, 584, zu 4) 590, zu 5) 672 fg., zu 6 und 7) 576; — ferner Fürth S. 477, Kraut: Vormundschaft III. 33.

Nr. CCXXXXI. — 1290. — Hat der Lehnsherr gegen einen Vasallen zu klagen, so kann er ihn vor sein eigenes Gericht berufen und dort zu Gunsten oder Ungunsten des Vasallen erkennen, wie es eben das Urtheil der Genossen des Vasallen bestimmt.

Nr. CCXXXXII. — 1295. — Ist ein Lehnsherr von seinem Vasallen feindlich angegriffen worden, bevor dieser die Lehen in die Hände des Herrn zurückgiebt, und ist dem Angreifer bereits Tag und Ort bestimmt gewesen, an dem er vor seinen Genossen, den Mitvasallen, zu Recht stehen sollte, so muss sich der Herr bei der Entscheidung beruhigen, welche letztere über einen derartigen Angriff treffen werden.

Nr. CCXXXXIII. — 1196. — Der Lehnsherr braucht die Lehnsleute nur dreimal, je in vierzehn Tagen, vorzuladen. Quia quaestio apud vos fuit, quod dilectus noster Iohannes Trev. archiepiscopus homines suos super feodo ad ius per XIV dies debebat vocare, quidam affirmabant: per sex septimanas per trinam vocationem, curie nostre dictavit sententia, quod idem archiepiscopus homines suos super feodo ad XIV dies tantum per trinam vocationem vel ad sex septimanas peremptorie teneatur citare.

Nr. CCXXXXIV. — 1195. — Heinrich VI. bekundet, der Bischof von V. habe im Hofgericht Urtheil gefragt: si aliquis homo suus, qui nullum ab eo tenet beneficium, possit homini suo ab eo inbeneficiato in feodali causa testimonium ferre, et item si ministerialis ecclesie, qui nullum tenet beneficium ab eo, valeat ferre testimonium ministeriali beneficiato in iure feodali? Es wurde erkannt: quod

---

Nr. CCXXXXI. — Legg. 455, Lacomblet III. S. 534. — Vgl. Homeyer §. 65, S. 564. Siehe auch die constitutio de iure feudorum von 1158, Legg. 114.

Nr. CCXXXXII. — Legg. 462. — Homeyer S. 573.

Nr. CCXXXXIII. — Legg. 199, Beyer II. Nr. 148, S. 190. — Vgl. Nr. CCXXXX. unter 2 und die Note dazu.

Nr. CCXXXXIV. — Legg. 199. — Homeyer §. 79, S. 601.

nec liber nec ministerialis, qui non habet beneficium a domino, debeat ferre testimonium pro beneficiato in causa feodali contra beneficiatum vel contra dominum.

Nr. CCXXXXV. — 1234. — Dem Erzbischof von Salzburg wird zuerkannt: quod quilibet infeodatus ecclesie Salzburg. vel alterius feodum suum, si necesse fuerit, cum infeodatis ecclesie, qui sue conditionis fuerint, et non aliis, evincere valeat et debeat optinere.

Nr. CCXXXXVI. — 1374. — Karl IV. bestätigt nach Spruch der Fürsten und Herren das von den Mannen des Erzstiftes Köln gefundene Weisthum: wenn ein Lehnsmann seine Eide und Mannschaft dem Herrn aufsagt, so ist des Mannes Lehn und Gut, davon er dem Herrn mit Eid und Mannschaft verbunden war, von Recht ledig geworden und verfallen.

VII.

Privatrecht.

Nr. CCXXXXVII. Der Herr mag den Unfreien ergreifen, wo er ihn findet. — Nr. CCXXXXVIII. Die Kinder folgen der Mutter, CCXXXXIX. der ärgeren Hand. — Nr. CCL. Veräusserung von Zinsgütern. — Nr. CCLI — CCLIII. Gotteshausleute. — Nr. CCLIV — CCLXII. Ministerialen. — Nr. CCLXIII — CCLXV. Ketzer, Irrgläubige, Juden. — Nr. CCLVI — CCLXXXI. Einfluss von Acht und Bann, Ehrenminderung, Alter auf die Rechts- und Handlungsfähigkeit. — Nr. CCLXXXII — CCLXXXV. Zwang und Furcht. — Nr. CCLXXXVI — CCLXXXXVI. Ehe, Erb- und Familienrecht, Vormund-

---

Nr. CCXXXXV. — H.-B. VI. 842. — Homeyer S. 602 fgg.
Nr. CCXXXXVI. — Lacomblet III. Nr. 748, S. 643.

schaft. — Nr. CCLXXXXVII, CCLXXXXVIII. Obligationen. — Nr. CCLXXXXIX, CCC. Collision von Treugelöbnissen, Eid.

Nr. CCXXXXVII. — Olricus vero in diebus secundi Udonis liberum se iactitans, curiam imp. H. adiit; quem cum coram imperatore Udo vidisset Goslarie, quesivit in sententia: an licite posset vendicare sibi mancipium suum ubicunque reperiret? Et cum lata esset sententia: quod posset, dedit alapam magnam Olrico. Unde imperator commotus est et ad arma concurritur, sed propter equalitatem partium lis facilius sopitur.

Nr. CCXXXXVII. — Annales Stadenses in den SS. XVI. 321. — Chronologisch lässt sich der Vorgang nicht genau bestimmen. Das der Entscheidung zu Grunde liegende thatsächliche Verhältniss ist folgendes: Eine Angelsächsin verlässt mit drei Töchtern (vielleicht 1066) England und strandet an der Niederelbe; sie werden sämmtlich Eigenleute der Oda, Gemahlin des Udo II. von Stade. Eine der Töchter heirathet einen gewissen Reinold. Aus dieser Ehe stammen zwei Söhne, Friedrich und Ulrich: letzterer ist in der Entscheidung gemeint. Es ist nicht nothwendig anzunehmen, dass auch Ulrichs Vater, Reinold, unfrei gewesen sei; auch wenn er frei war, hätte sich Ulrich wegen der Geburt von der unfreien Mutter mit Unrecht der Freiheit berühmt; vgl. die folgenden Noten. Stand die Unfreiheit fest, so war die Ergreifung des U. auch gerechtfertigt; nur die Art, wie der Herr sein Recht gegen den Eigenmann geltend machte, scheint die Versammlung erregt zu haben. Der Streit wird aber leicht geschlichtet propter equalitatem partium. Unter den partes könnte man sich die am Hofe anwesenden Grossen und den Grafen Udo denken; letzterer setzt ihnen den Sachverhalt auseinander und nun stehen sie auf Seite ihres Genossen, beruhigen sich leicht über sein Vorgehen. Die equalitas partium kann sich aber auch auf das Verhältniss Udos zu Ulrich beziehen; nachdem erkannt worden: der Herr könne seinen Eigenmann ergreifen, weist Udo nach, dass die Stellung Ulrichs zu ihm eben die eines mancipium gegenüber dem Herrn sei.

Nr. CCXXXXVIII. — 1222. — Additum — per sententiam, quod servi per stipitem et parentelam ex parte matris provenientem sint retinendi; homines advocaciarum autem per curiam, cui sunt censuales, sunt retinendi.

Nr. CCXXXXIX. — 1282. — Auf die Frage: si rustici vel rustice, qui liberi dicuntur, cum hominibus advocaticiis vel aliarum superiorum aut inferiorum condicionum, contraxerint, quam condicionem sequi debeat partus ex huiusmodi commixcione susceptus? wird erkannt: quod partus condicionem semper sequi debeat viliorem.

Nr. CCL. — 1232. — Item petiit (der Bischof von Osnabrück), si libero censuali bona censualia sibi collata in hominem conditionis alterius liceat absque comitis vel conferentis voluntate transferre? Super quo sententiatum est, non licere.

Nr. CCLI. — 1052. — Vor Heinrich III. wird erkannt, dass über die Eigenleute des Bisthums Osnabrück und die in demselben wohnenden freien Leute nur der Vogt der Kirche, sonst aber kein Herzog, Graf oder irgend ein anderer Gerichtsgewalt habe.

Nr. CCLI[a]. — 1273. — Rechtspruch, dass die Leute

Nr. CCXXXXVIII. — Legg. 249, H.-B. II. 715. — Vgl. statt vieler anderen Göhrum: Ebenbürtigkeit I. 187 N. 11, 317, 184 N. 3; Homeyer: Sachsenspiegel II. 1. S. 180—183, Schröder in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte III. 468, 472, 475; auch Graf und Dietherr: Rechtssprichwörter 4 Nr. 214—233. Viel Erläuterndes und Belehrendes zu diesem und den folgenden Weisthümern bietet auch Maurer: Fronhöfe II. §§. 212 fgg., III. §§. 464 fgg.

Nr. CCXXXXIX. — Legg. 439. — Vgl. Göhrum 187 und besonders 318 fgg., 325, 333; Homeyer 182, Schröder 479, Zöpfl: Alterthümer II. 143, 168 fgg., 222.

Nr. CCL. — Legg. 294, H.-B. IV. 356. — Vgl. Göhrum 185 Note 6, Zöpfl a. a. O. 253 fgg. — Siehe auch Maurer: Fronhöfe II. §. 212 fgg., III. §. 404, 459, IV. §. 645.

Nr. CCLI. — Möser (Ausg. v. 1781). II. Urkde Nr. 23, S. 21, Erhard I. Reg. Nr. 1052. — Zur Vergleichung Maurer: Fronhöfe III. §. 433 fgg., IV. §. 651, 656.

Nr. CCLIa. — Urkunde des Hofrichters K. von Wyler bei

des Gotteshauses zu Solothurn nicht befugt seien, sich mit Weibern fremder Herren zu verheirathen.

Nr. CCLII. — 1291. — Rechtspruch, dass die Leute des Gotteshauses zu Solothurn für Niemand pfandbar seien, denn allein für das Gotteshaus; wenn aber die Eigenleute Jemandem in einer Fehde Schaden zufügten, so mag sie der Beschädigte mit Recht wohl ansprechen.

Nr. CCLIII. — 1231. — lata est sententia: ut si qua ecclesiarum proprium hominem habuerit, qui ad civitatem aliquam se transtulerit et sine herede decesserit, digno suo iure eidem ecclesie non obligato (?), omnes proprietates ipsius ipsa ecclesia, cuius fuisse dinoscitur, hereditet pleno iure.

Nr. CCLIV. — 1190. — talem dictavit sententiam, quod filii ministerialium ecclesie cuiuslibet ex liberis matribus progeniti et filie similiter patrum imitando conditionem ecclesie debeant esse ministeriales.

Nr. CCLV. — 1209. — Auf die Frage: si ministerialis alicuius ecclesiae duceret in uxorem aliquam mulierem libe-

---

Kopp II. 2. 134. — Vgl. Fürth: Ministerialen 311 fgg., Göhrum 163, Gierke: Genossenschaft 175, Osenbrüggen: Studien 92 fgg.

Nr. CCLII. — Urkunde des Hofrichters von Bonstetten bei Kopp a. a. O. 144. — Vgl. Rechtssprichwörter 3 Nr. 153.

Nr. CCLIII. — Legg. 284, H.-B. III. 470. — Vgl. Göhrum 164, 357, 360; Maurer: Städteverfassung I. 93 fg., 380 fgg., 392; derselbe: Fronhöfe III. §. 410, 468, IV. §. 746, 752.

Nr. CCLIV. — Legg. 187. — Zu diesem und dem folgenden Weisthum vgl. namentlich Fürth §. 186, Göhrum S. 327 fgg., Homeyer a. a. O. 182, Zöpfl S. 240 — 246, Maurer: Fronhöfe II. 44.

Nr. CCLV. — Legg. 216; bei Kink: cod. Wang. 176 zum Jahre 1208. — Auf den in den obigen Weisthümern gar nicht berührten Fall, dass beide Eheleute Ministerialen sind, aber zu verschiedenen Höfen gehören, bezieht sich in einer Urkunde Friedrichs I. von 1156 der Satz: sanctio legum hoc ratum habet et servat, ut conditionem matris sequantur filii et ubi pertinet mater pertineant et filii (Mon. Boica XXIX. 1. 325). Diese Regel, früher (vgl. Nitzsch 111) und später (zi B. H.-B. IV. 502) oft als mass-

ram, si pueri inde suscepti vel esse debeant liberi vel iuxta conditionem patris ecclesiae ministeriales? wird erkannt: quod pueri ex huiusmodi matrimonio nati esse debeant ipsius ecclesiae ministeriales, cuius et pater est ministerialis; alias enim omnes ministeriales omnium ecclesiarum imperii deperirent.

Nr. CCLVI. — 1333. — Auf die Frage des Grafen von Sayn: ob kint, die kemen von mannen und frowen, der aintweders daz riche an gehort, si weren edel oder unedel, daz riche angehorten oder nicht? findet der Reichshof das Urtheil: wer daz aintweder sit, frownhalb oder mannhalb, dez richs wer, als vor benenmpt ist, daz daz riche dar an nicht verlieren solt.

Nr. CCLVII. — 1190. — episcopus — iudicium quaesivit coram domino rege: si ministeriales principis alicuius cum nobilibus habeant iudicare? Ad hoc iudicatum fuit —, quod si nobilis homo iudicium proferret et unum nobilem haberet in iudicio sequacem, alter sequax esse posset ministerialis, scilicet de principis advocatia vel propria familia.

---

gebend für das in Frage stehende Verhältniss bezeichnet, galt doch bekanntlich weder überall noch zu allen Zeiten; vgl. Fürth §§. 190 fgg., 196 fgg., Zöpfl II. 243, auch Homeyer und Schröder a. a. O. — Ich erwähne hierbei auch eine im J. 1254 vor den Herzögen Ludwig und Heinrich von Bayern getroffene Entscheidung (Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte V. S. 133); auf die Frage nämlich des Bischofs von Bamberg: quid iuris esset, si aliquis de ministerialibus ecclesie sue uxorem duceret sine suo consensu de familia aliena non obtenta divisione liberorum? wird das Urtheil gefunden: quod feoda, que ab eo teneret, de iure vacare deberent.

Nr. CCLVI. — Regesten Ludwigs Nr. 3349, Ficker: acta selecta imperii Nr. 752 S. 511.

Nr. CCLVII. — Gisleberti chron. Hanon. bei Bouquet XVIII. 405 und in der Ausgabe ex rec. W. Arndt S. 225. Vgl. oben Nr. CCXXXX. und Fürth 129 fg., 155, Göhrum 174 fgg., 288 fgg.; auch Töche: Heinrich VI. S. 647.

Nr. CCLVIII. — 1354. — Karl IV. verkündet den vor ihm gefundenen Rechtspruch: quod si quicumque vir nobilis ex utroque parente in libertate genitus, ab uno seu pluribus dominis feudalia aut ministerialia bona suscepit aut suscipit et eidem suo domino vel dominis de consuetis serviciis iuxta approbatam consuetudinem feudalium aut ministerialium bonorum debite correspondet, quod ob hoc talis liber et ingenuus in nobilitate nativitatis ipsius, honoribus et dignitatibus inde sequentibus dampnificari vel deteriorari non debet seu potest aliquo modo, in omnibus iuribus, causis et respectibus abinde dependentibus, quibuscumque etiam specialibus vocabulis valeant designari.

Nr. CCLIX. — 1192. — Es wird erkannt: quod nullus ministerialis alicuius ecclesie feodum, quod habet ab ecclesia iure ministerialium, filio suo, qui sue non est conditionis, vel alii persone in fraudem ecclesie vel subterfugium potest vel debet concedere. — Heinrich VI. bestätigt dieses Urtheil: precipientes, ut sicubi ministerialis ecclesie tale quid in fraudem ecclesie sue perperam fecisse dinoscitur, eius factum non valeat et omnino revocetur dignaque satisfactio domino suo vel episcopo super hoc exhibeatur.

Nr. CCLX. — 1209. — Auf die Frage des Bischofs von Trient: si aliquis ministerialis alicuius ecclesiae de bonis suis, sive patrimonialibus sive feudalibus, aliquid possit alienare vel in aliquam aliam personam transferre sine manu et domini sui licentia et voluntate? — ergeht das Urtheil:

Nr. CCLVIII. — Seibertz II. Nr. 740 S. 443. — Vgl. Göhrum 237, Zöpfl 258, Maurer: Fronhöfe II. 49.

Nr. CCLIX. — Legg. 195. — Vgl. Fürth S. 277 fg., 372, Göhrum 357, Nitzsch 338, Zöpfl 250 fg., Maurer a. a. O. 44.

Nr. CCLX. — Legg. 216, Kink 176. — Vgl. Fürth §. 175 fgg., Göhrum 169, Zöpfl 247. — Im Jahre 1254 wird durch einstimmiges Urtheil die Frage des Bischofs von Bamberg: utrum aliquis feoda vel proprietates, que inwarteseigen dicuntur, absque consensu domini ad manus posset tradere alienas? verneinend entschieden (Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte V. 133).

quod hoc fieri non possit, quia sic ecclesiae ad nimiam paupertatem redigerentur.

Nr. CCLXI. — 1296. — Episcopus Mindensis — proposuit, an infideli ministeriali et doloso sit servanda fides? item an capiens talem ministerialem dolo peccet? Responsum fuit, quod ita.

Nr. CCLXII. — 1223. — Quicumque ministerialis vel officiatus personam domini sui nequiter insequendo vel captivando vel perfide spoliando offenderit, iure suo privari debet et officio, nisi de benivolentia principis relaxetur.

Nr. CCLXIII. — 1231. — Quesitum fuit — in sententia: Cui de iure cedere deberent cuiuslibet hominis bona, qui propter heretice pravitatis errorem condempnaretur ad mortem? Der Spruch lautete: quod heredes condempnati bonis eius deberent hereditariis ac patrimonio gaudere, beneficiis eius similiter ad ius et potestatem dominorum, a quibus habebant, redeuntibus; domino vero, cuiuscumque esset homo condempnatus, bonis eius mobilibus innitente; hoc tamen excepto, quod sumptus ad incendium hereticorum faciendi et merces comitis de bonis etiam forent mobilibus recipienda.

Nr. CCLXIV. — 1183. — In curia nostra iudicatum est, quod scismaticorum facta irrita esse debeant et quaecumque bona nomine beneficii vel pignoris ab ecclesiis alienaverunt, sub potestatem catholicorum episcoporum libere debeant redire et tales contractus nullum de cetero vigorem valeant obtinere.

Nr. CCLXV. — 1299. — Extitit iudicatum, quod — Magut. — archiepiscopo — omnia debita suorum Iud eorum occisorum, heredes non habentium, cedere debeant et ipsum

---

Nr. CCLXI. — Legg. 465.

Nr. CCLXII. — Legg. 252, H.-B. II. 763. — Vgl. Fürth S. 380.

Nr. CCLXIII. — Legg. 284, H.-B. III. 465. — Vgl. die Constitutionen Friedrichs II. von 1232: Legg. 287 fgg.

Nr. CCLXIV. — Friedrich I. an die Lehnsmannen und Ministerialen des Bisthums Basel: Trouillat I. 389. — Vgl. hierzu Beseler in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 408.

archiep. respicere integraliter et perfecte[a]. — 1424: — pronunciamus — Iudeos habitantes in dicto opido Halensi pertinere et spectare ad ecclesiam Magdeburgensem et eius archiepiscopum et non posse neque debere dictos Hallenses tallias aut impositiones ipsis Iudeis imponere sine voluntate et consensu dicti archiepiscopi[b].

Nr. CCLXVI. — 1225. — Auf die Frage: si — princeps aut episcopus excommunicato cuicunque feudum suum, quamdiu in excommunicatione permanserit, concedere debeat vel negare? wird erkannt: quod unicuique excommunicato feudum suum negare et detinere possit debita ratione.

Nr. CCLXVII. — 1227. — Vor König Heinrich wird der Rechtspruch gefunden, dass alle Gelöbnisse und Versprechungen, welche der Graf G. von Geldern und andere dem Robert von Kovordia und dessen Helfern gemacht haben, unverbindlich seien und nicht gehalten werden dürften: pro eo, quod iidem (Robert von K. und die übrigen) — excommunicati fuerunt et processu temporis per excommunicationem fuerunt exleges.

Nr. CCLXVIII. — 1234. — König Heinrich verkündet den Rechtspruch, dass keiner, der von einem weltlichen

---

Nr. CCLXV. — a) Legg. 471. — Vgl. Stobbe: Geschichte der Juden in Deutschland S. 132 und 249 fg.

b) Urtheil Sigismunds von 1424 bei Ludewig: reliqq. mscpt. XI. 477.

Nr. CCLXVI. — Legg. 254, H.-B. II. 839. — Cfr. die folgenden Nr. CCLVIII — CCLX. Ueber die Wirkungen der Excommunication und über die der Acht und Oberacht folgenden Rechtsnachtheile: Hofgericht S. 331 fg., 369 fgg. und die das. S. 320 citirten Schriften, insbesondere auch Bienko: de proscriptione secundum fontes iuris Saxonici (1867).

Nr. CCLXVII. — Lacomblet II. Nr. 146 S. 77, H.-B. III. 350. — Vgl. Bienko S. 60.

Nr. CCLXVIII. — Reg. Heinrichs 316, H.-B. IV. 634. — Zu diesem und den folgenden Weisthümern cfr. die confoed. c. pr eccl. 1220 c. 6: den Excommunicirten soll auch in den weltlichen Gerichten die persona standi in iudicio mangeln, sic distinguentes,

Gericht geächtet oder von einem geistlichen excommunicirt ist, das Recht habe, von seinem Herrn Lehnrecht zu fordern, indem ein solcher zu keinem gerichtlichen Akt könne zugelassen werden.

Nr. CCLXIX. — 1237. — König Konrad verkündet das Urtheil, dass kein Excommunicirter Lehen empfangen könne, cum talis ad actus legitimos nullatenus sit admittendus.

Nr. CCLXX. — 1240. — quod durantibus in excommunicatione sua possint feuda denegari et detineri legitime, eo quod tales communione debita sint privati.

Nr. CCLXXI. — 1290. — Personen, welche in offenem Banne sind, können vor Gericht nicht klagen, wenn der von ihnen in Anspruch Genommene sie um des Bannes willen verwerfen will.

Nr. CCLXXII. — 1310. — Der Erzbischof von Mainz macht bekannt: es sei Seitens der Edlen, Bürger und Lehnsleute des Königreichs Böhmen dem Hofgericht die Frage vorgelegt worden: — cum iidem nobiles — Henrico, filio quondam Meinhardi ducis Carinthie, excommunicationis sententie publice innodato, tanquam regi Boemie fidelitatis et homagii

---

quod excommunicatio non eximat eos a respondendo impetentibus, sed sine advocatis, perimat autem in eis ius et potestatem ferendi sententias et testimonia et alios impetendi; — ferner die statuta in favorem principum 1231, 1232 Legg. 282, 292, Rudolfi regis const. 1281 c. 38 Legg. 429: die wil ein man in offen bann ist und in der aehte, so en mach er deheine lehen weder geleihen noch enpfahen; geschiht ez daruber, ez hat niht chrafft. — Wegen der Lehnsunfähigkeit insbesondere siehe auch Homeyer: System §. 5 S. 300, Bienko S. 61.

Nr. CCLXIX. — Mon. Boica XXX. 1. 267, Legg. 324, H.-B. V. 1172.

Nr. CCLXX. — Legg. 334, H.-B. V. 1190.

Nr. CCLXXI. — Urtheil des Hofrichters von Bonstetten bei Kopp I. 450.

Nr. CCLXXII. — Mitgetheilt von Pelzel in den Abhandlungen einer Privatgesellschaft in Böhmen (ed. J. von Born, Prag, 1777) III. 89.

prestiterint iuramentum, utrum huiusmodi iuramentum teneantur ex debito observare? worauf die Fürsten einstimmig erkannt hätten: nobiles — ad observantiam huiusmodi iuramenti ex iuris debito nullatenus obligari.

Nr. CCLXXIII. — 1226. — Der Bischof von Kamerik erklärt: quod nullatenus tenebatur respondere eisdem (den Bürgern von K.), nec advocatum nec aliquod ius in curia obtinere debebant, cum — per annum et diem proscripti fuissent. Der Reichshof erkennt dies als begründet an.

Nr. CCLXXIV. — 1297. — Do wart vor uns erteilet mit gesamenter urteile, daz man keinem verzalten man rihten sol; were aber ieman, der gerihte vordere uber den verzalten man, so sol man dem clager gerihtes helfen uber den verzalten man, alse reht is.

Nr. CCLXXV. — 1226. — abbatissa — obtinuit, quod Otto de villa S. Martini, postquam a — domino imperatore — pro violenta oppressione mulieris proscriptionis vinculo fuerat innodatus, nil potuit de rebus suis disponere vel quidcunque ordinare, quod ecclesie prenominate aliquod posset vel deberet preiudicium generare.

Nr. CCLXXVI. — 1239. — König Konrad bestätigt die Schenkung gewisser Güter an das Kloster P., weil nach gerichtlichem Zeugniss der Geschenkgeber zur Zeit der Vornahme der Schenkung aus der Acht, in der er sich vormals befunden, bereits entlassen gewesen sei.

Nr. CCLXXVII. — 1376. — Vor dem Reichshofe wird als Recht gewiesen und geurtheilt, dass kein Fürst, Herr oder wer sonst es sei, den Bürgern und der Stadt von Köln,

---

Nr. CCLXXIII. — H.-B. II. 891. — Vgl. auch noch Legg. 184: ita ut in ferendo testimonio vel ad causandum de cetero nequaquam sit admittendus. — Bienko S. 50 fg.

Nr. CCLXXIV. — Legg. 466. — Vgl. Bienko S. 45 fgg.

Nr. CCLXXV. — Hormayr: Tirol I. 2. 193, H.-B. II. 874; bestätigt von Friedrich II. 1237: Ficker: acta sel. imp. S. 790.

Nr. CCLXXVI. — Senckenberg: de iud. cam. hod. S. 66.

Nr. CCLXXVII. — Lacomblet III. Nr. 784 S. 688.

nachdem diese in die Reichsacht verfallen, Gelöbnisse, Eide, Bündnisse oder Sicherheit halten oder bewahren dürfe, mögen sich diese auf Schuldsachen oder andere Verhältnisse beziehen; vielmehr sei jeder alles dessen quitt, los und ledig.

Nr. CCLXXVIII. — 1219. — quod cuicunque pro violenta alicuius mulieris oppressione bona sua in iudicio fuerint abiudicata, idem de cetero sine manu (et?) voluntate feodatarii nichil de feodo suo possit aut debeat facere vel ordinare.

Nr. CCLXXIX. — 1284. — Auf die Frage: si aliquis ab aliqua civitate suis privatus iuribus alium vel alios in aliqua causa inpetere valeat vel querelam contra eum vel eos deponere aut in iudicium evocare? wird geurtheilt: quod non; — privatus iuribus suis non possit de aliquo querelari vel contra quenquam agere vel aliquem in iudicium evocare.

Nr. CCLXXX. — 1387. — König Wenzel verbietet, einem Erkenntnisse des Hofgerichts entsprechend, der Stadt Lüneburg, dem Dietrich von Bodendike die von demselben bei ihnen belegten 2000 Mark Pfennige nebst fälligen Zinsen auszuzahlen, bevor derselbe sich mit dem Herzoge von Sachsen und Lüneburg oder mit dessen Amtmann, Segeband Vos, wegen Treulosigkeit und Meineides verglichen haben wird, welche er gegen diesen sich dadurch zu Schulden kommen liess, dass er sich nicht im Gefängniss einfand, obgleich er, unter den Bannern zweier Fürsten sich für gefangen gebend, es eidlich angelobt hat.

Nr. CCLXXXI. — 1333. — Kaiser Ludwig veröffent-

Nr. CCLXXVIII. — Legg. 234, H.-B. I. 713.

Nr. CCLXXIX. — Ficker: acta sel. imp. 344.

Nr. CCLXXX. — Sudendorf: B.-L. VI. 200. — Vgl. Friedländer: das Einlager S. 99, 122 fgg.

Nr. CCLXXXI. — Ludewig: reliq. II. 289, Riedel: cod. dipl. Br. II. 2. 73. — Ich finde in dem Erkenntniss eine Anwendung des allgemeinen Rechtssatzes, dass die von dem Minderjährigen oder in seinem Namen vorgenommenen Dispositionen bei dem

licht ein Erkenntniss, wonach alles für unkräftig erklärt wird, was im Namen des minderjährigen Markgrafen Ludwig von Brandenburg mit dem ohne Erlaubniss der Vormünder angefertigten Siegel besiegelt ist: cuncta per dictum sigillum sigillata, cum esset minor annis cumque absque nostro et tutorum suorum speciali iussu et licentia fabricatum fuerit, maxime cum illi, qui dictum sigillum fabricari iusserint, dictum nostrum primogenitum contra voluntatem nostram in sua potestate tenuerint, nullam omnino debere optinere roboris firmitatem.

Nr. CCLXXXII. — 1250. — Herzog Ludwig von Bayern klagt, er sei durch die Bürger von Worms vielfach beeinträchtigt und zuletzt durch Drohungen gezwungen worden, ihnen Sicherheit zu bestellen, dass er sich an der Stadt nicht rächen werde; er beantragt, ihn von allen Bürgschaften und Versprechungen, quas non sponte, sed coactus prestitit, zu befreien. — Nos igitur — ipsum a fideiussionibus, quas — metu persone sue prestitit — sententialiter duximus absolvendum, et ad observationem earum nullatenus amodo teneatur.

Nr. CCLXXXIII. — 1276. — Der Vertreter des Herzogs Philipp von Kärnthen trägt dem Reichshofe vor: quod eo (Philipp) aliquamdiu in curia regis Boemie existente per ipsum regem (Otakar) coactus est, aliquas graves pactiones sibique nocivas conditiones inire, propter quod — requisi-

---

Mangel der gehörigen Formen absolut ungültig sind. Vgl. Kraut: Vormundschaft II. §. 34 S. 5.

Nr. CCLXXXII. — Mon. Boica XXX. 1. 307. H.-B. VI. 768, Quellen zur bayer. und deutschen Geschichte V. 104. — Zu diesem und den folgenden Rechtsprüchen vgl. Stobbe: zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts S. 15 fgg.

Nr. CCLXXXIII. — Ficker: acta sel. imp. Nr. 408 S. 326, Kopp: eidgenöss. Bünde I. 106, Böhmer: Reg. 229, 1159. Ueber die geschichtliche Veranlassung siehe auch Lorenz: Deutsche Geschichte II. 1. 78. — Derselbe Rechtssatz schon anerkannt in der const. 1158: Legg. 113; siehe auch die const. pacis in Austria 1276: Legg. 411 lin. 2.

tum: utrum pactiones et conditiones huiusmodi compulsorie robur firmitatis habere debent? Super quo — iudicatum, quod pactiones et conditiones easdem per impressionem huiusmodi sic extortas in irritum revocare ac penitus solvere teneremur. Der König erklärt darauf auch: prefatum ducem ad conservationem earum nullatenus obligari.

Nr. CCLXXXIV. — 1283. — Auf die Frage: utrum principes vel aliquis alius cuiuscunque conditionis, vi vel metu inductus, expers proprie libertatis, fideiussionibus, stipulationibus vel aliis obligationibus, se posset constringere vel artare, ita quod in posterum ipse huiusmodi obligationibus sic extortis posset impeti vel aliqualiter conveniri, tanquam efficaciter obligatus? wird erkannt, quod principes vel alius quilibet ad ea, que vi metuve coactus promitteret vel quibuscunque pactis obligatoriis se adstringeret, factus sui compos nullatenus teneretur et tales pactiones obligatorie qualescunque censende forent irrite penitus et inanes. In Gemässheit dessen werden auch alle Versprechungen und Verpfändungen, welche König Wenzel von Böhmen, gezwungen vom Markgrafen Otto von Brandenburg vorgenommen, für nichtig erklärt.

Nr. CCLXXXV. — 1291. — Die Bürger von Valenciennes hatten im Jahre 1290 in offener Empörung den Grafen von Hennegau genöthigt, einen ihrer Stadt günstigen Privilegienbrief auszustellen. Im folgenden Jahre wird diese Urkunde durch einen Rechtspruch des Reichshofes für unwirksam erklärt: weder der Aussteller selbst noch die, welche den Brief mitbesiegelt haben, sollen daraus irgendwie verbindlich sein. Considerantes litteram — praetextu metus, qui in virum constantem cadere potest, — sigillatam —, ipsam litteram et omnia contenta in eadem — reprobamus, revocamus et — penitus annullamus.

Nr. CCLXXXVI. — 1341. — König Ludwig verkündet

Nr. CCLXXXIV. — Legg. 444. — Vgl. Kopp I. 471 fgg.

Nr. CCLXXXV. — Martene: thes. nov. I. 1242. — Vgl. Kopp I. 867 fgg.

Nr. CCLXXXVI. — Riedel a. a. O. II. 2. 147—149. — Die Ur-

in dem Ehescheidungsprocess der Margaretha von Tyrol gegen den Prinzen Johann von Böhmen das Scheidungsurtheil, weil bewiesen sei, dass letzterer ad copulam carnalem complendam — impotentem et omnino inhabilem esse.

Nr. CCLXXXVII. — 996. — Der sächsische Graf Wichmann hatte die Abtei Elten gestiftet und einen grossen Theil seines Grundeigenthums der Stiftung geschenkt. Nach seinem Tode forderte seine Tochter Adela einen Theil des bereits übergebenen Gutes zurück: quandam proprietatis iam traditae partem exposcens dicensque, quod pater eius secundum Saxonicam legem absque eius consensu et licentia nullam potuisset facere traditionem, totam patris sui donationem perduxit in errorem. — Die Sache kam nach langjährigen Streitigkeiten durch einen Vergleich zu Ende.

Nr. CCLXXXVIII. — 1051. — Pfalzgraf Erenfried hatte

---

kunde ist, wie ich Reichshofgericht I. 187—190 nachgewiesen zu haben glaube, unächt.

Nr. CCLXXXVII. — Urkde. Otto III. bei Lacomblet I. Nr. 127 S. 77 fgg. — (Auf dieselbe Rechtsfrage bezieht sich wohl auch der folgende vor Otto III. im J. 989 verhandelte Fall: Zwischen der Bertheida, der Tochter Berthas, Stifterin des Klosters Borghorst, und dem Erzbischof Giselher von Magdeburg war ein Rechtstreit entstanden, in welchem jene das dem Kloster überlassene Grundeigenthum zurückforderte. Zu rechtlichem Austrag kam die Sache nicht, sondern wurde durch Vergleich dahin beigelegt, dass die Klägerin alles Erbe (omnem hereditatem) ihres Vaters zurückerhielt, dagegen mit Zustimmung ihrer Söhne das gesammte Vermögen ihres Stiefvaters dem Kloster überliess. Erhard: cod. dipl. Westf. I. Nr. 70 S. 54 fg.) — Zu dieser und der folgenden Urkunde, beide bei Darstellung der Lehre vom Anwartungs- und Beispruchsrecht der nächsten Erben öfters erwähnt, vgl. Beseler: Erbverträge I. 48 fgg.; Gerber: meditationes ad locum spec. iuris Sax. I. Art. 52 (1847); Siegel: Erbrecht S. 88, bes. 116 fgg.; Zimmerle: Stammgutsystem S. 39 fgg., 130, 210 fgg.; Thudichum: Gau- und Markverfassung 194 fg.; Lewis: Succession des Erben S. 7 fg., besonders S. 22, 23, welcher auch auf die Abweichung der Urkd. von 996 von lex Sax. c. 62 hinweist.

Nr. CCLXXXVIII. — Urkde. Heinrich III. bei Lacomblet I. Nr. 184 S. 114.

mit seiner Gemahlin Mathilde die Abtei Brauweiler gestiftet. Nach ihrem Tode forderten die Kinder die Stiftungsgüter zurück: successores, edocti ab legis peritis, irritari posse traditionem illam, supradictum monasterium cum omnibus eo pertinentibus in hereditarium sibi ius legibus postularunt; — legibus discussis filii parentum suorum hereditatem principum obtinuere iudicio.

Nr. CCLXXXIX. — 1230. — König Heinrich macht bekannt: cum Heinricus, maior filius illustris principis ducis Lotharingiae, matrem habuerit et illa sit mortua, per sententiam principum est iudicatum, si idem dux de bonis, quae possidet, aliquid alienaret vel in manus vellet transferre alienas, dictus H. se de eisdem bonis posset intromittere et occupare licenter ad usus suos et tenere.

Nr. CCLXXXX. — 1324. — König Ludwig bekundet, es sei vor ihm erkannt worden, dass es ihm von Rechtswegen gestattet wäre: quod bona patrimonialia, que habemus, alienare, vendere, donare et dotem seu dotalicium constituere in eisdem possimus libere, nostris liberis invitis, irrequisitis et in minore etate constitutis, etiam matre mortua eorundem.

Nr. CCLXXXXI. — 1415. — Die Grafen von Görz klagen gegen den Grafen von Hardeck auf Herausgabe der Herrschaft Kirchberg, denn diese sei ihr väterlich und mütterlich Erbe, da das Gut ihrem Vater gegeben sei von seinem Schwäher, dem Grafen Ulrich von Mätsch, zu Frau

---

Nr. CCLXXXIX. — Legg. 266, H.-B. III. 415. — Zu dieser und der folgenden Urkunde vgl. Lewis: Succession S. 60 fgg., Zimmerle 188.

Nr. CCLXXXX. — Regesten Ludwigs 683, Zepernick: anal. iuris feud. II. 126. — Vgl. auch Kopp V. 1. 11.

Nr. CCLXXXXI. — Senckenberg: methodus iurispr. 149, 150. — Es handelt sich wohl um eine dem Ehemann zu seiner Frau vom Bruder der letzteren bestellte, aus Immobilien bestehende Heimsteuer, welche ohne Zuziehung der Descendenten später veräussert wurde; diese Veräusserung wurde dann mit Erfolg von den Kindern der Ehefrau angefochten. Vgl. Schröder: eheliches Güterrecht II, 1. S. 20, insbesondere S. 130—137.

Adelheid, seiner ehelichen Hausfrau. Die verklagte Partei wendet ein, das Gut sei ihr von der Frau Adelheid aufgegeben und eingeantwortet worden nach Laut darüber ausgestellter Briefe. Kläger repliciren, die Briefe könnten nicht Macht und Kraft haben, „wann chein mutter ir kint anterben solt oder möchte unverschulter ding.“ Nach mancherlei Rede und Widerrede erkennt das Gericht, aber ohne Anführung eines Grundes, das Gut solle den Klägern bleiben.

Nr. CCLXXXXII. — De legum quoque varietate facta est et contentio, fueruntque qui dicerent, quia filii filiorum non deberent computari inter filios hereditatemque legitime cum filiis sortiri. Unde exiit edictum a rege, ut universalis populi conventio fieret apud villam, quae dicitur Stela, factumque est, ut causa inter arbitros iudicaretur debere examinari. Rex autem meliori consilio usus, noluit viros nobiles ac senes populi inhoneste tractari, sed magis rem inter gladiatores discerni iussit. Vicit igitur pars, qui filios filiorum computabant inter filios, et firmatum est, ut aequaliter cum patruis hereditatem dividerent pacto sempiterno.

Nr. CCLXXXXIII. — 1232. — Osnabrugensis episc. — proposuit, requirendo, si quis infra minores annos positus cum aliquo consanguineo suo bona pro indiviso possideat, deinde ad legitimam aetatem proveniens et id coram iudice probans, divisionem ipsorum bonorum petierit optinendam et consanguineus contradicat, si fuerit divisio pronunciata per iudicem, tantum iuris ex illa sententia iudicis consequatur, quanto si de partium fieret voluntate. Quod principum dictante sententia extitit approbatum.

Nr. CCLXXXXIV. — 1218. — fuit lata sententia pro

Nr. CCLXXXXII. — Widukind: res gestae Sax. in den SS. III. 440. — Vgl. Reichshofgericht II. 282; siehe auch Grimm: R.-A. 470 fgg., Sydow: Erbrecht 77 fgg., Merkel: de republica Alam. S. 61 Note 39, Köpke: Widukind von Korvei (1867) S. 90 fg., 140 fgg. — Bei Goldast: coll. const. III. 303 als Reichsgesetz.

Nr. CCLXXXXIII. — Legg. 294, H.-B. IV. 356.

Nr. CCLXXXXIV. — Legg. 231, H.-B. I. 580. — Vgl. Kraut: Vormundschaft III. S. 3 N. 6.

Henrico duce Brabantiae —, quod de universis bonis, quae de ducatu suo moventur, omnium haeredum, mortuis parentibus, de iure tutor habeatur.

Nr. CCLXXXXV. — 1222. — duci (Heinrich von Lothringen) adiudicata tutela parvulorum usque ad duodecimum annum de feodis, que ab ipso tenentur.

Nr. CCLXXXXVI. — 1287. — Kein Vormund darf oder kann über die Güter seines Mündels in einer Weise disponiren, dass dadurch die Lage des Mündels verschlechtert oder ihm irgend ein Nachtheil zugefügt werde, maxime cum tutores pupillorum suorum meliorem possint facere conditionem, deteriorem vero nunquam. Daran knüpft sich dann der weitere Rechtspruch, dass auch dem Grafen Floris von Holland die von seinem Oheim und Tutor eingegangenen Verträge, wonach derselbe seine Lehen von einem andern als dem Reiche tragen solle, nicht zum Nachtheil gereichen dürften.

Nr. CCLXXXXVII. — Qui occasionem dampnis non praestitit, ad satisfactionem illorum minime obligatur. Als Rechtsregel (legem rationis probabilem) anerkannt bei Gelegenheit folgenden Rechtsstreits: Fideles nostri cives N. N. sua nobis conquestione monstrarunt, quod quibusdam eorum concivibus, P. et H. fratribus, — apud quos villae burgenses sua pignora deponebant, quidam ignis praevalidus — minabatur et — illi apud eos obligata civium pignora zelo bonae fidei — in plateam a domo — distantem provide reponentes; sed convalescens ignis — domos vicinas cum cumulo

---

Nr. CCLXXXXV. — Legg. 249, H.-B. II. 745. — Vgl. Homeyer: System 479, 487; Kraut a. a. O.

Nr. CCLXXXXVI. — Legg. 452, Regesten Rudolfs 909 und 1303. — Ueber die Veranlassung zu dem letzteren Spruche siehe Kopp I. 830. — Vgl. Kraut II. §. 93 und III. §. 115 S. 18, Homeyer a. a. O. 484, 485; im Allgemeinen vgl. auch Rive: Vormundschaft II. 1. 23 fgg.

Nr. CCLXXXXVII. — Aus der Zeit Rudolfs I: Bodmann: cod. ep. 160, 161. — Vgl. besonders Stobbe: Vertragsrecht S. 256.

pignorum — consumpsit. Burgenses igitur — pignora (a fratribus) contra iustitiam extorquebant et adhuc extorquere nituntur. Quod cum sit inconveniens et absonum vel dissonum rationi, fidelitatem tuam — hortamur, quatenus — fratres — in iuribus suis illaesos facias conservari, non permittens, ipsos occasione inevitabilis dicti casus aliquibus involvi dispendiis et iacturis.

Nr. CCLXXXXVIII. — 1236. — Es wird geurtheilt: quod quaecumque persona commendaret aut deponeret quicquam de rebus suis, sive aurum sive argentum, nulli deberet dari aut reddi res commendata nisi eidem, qui ipsam commendavit aut cui commendator viva voce dari fecerit.

Nr. CCLXXXXIX. — 1343. — Die Stadt Stendal hatte im Jahre 1324 dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg als ihrem rechten Erbherrn Hulde geschworen, ebenso aber auch, etwas später, auf Geheiss des Königs und seines Sohnes, eben des Markgrafen Ludwig, dem Herzog Otto von Braunschweig, diesem jedoch nur für seine Lebenszeit. Als nun allerlei Zwistigkeiten und Kämpfe zwischen dem Markgrafen und Herzog Otto ausbrachen, wurde der Rath der Stadt von beiden Seiten um Hülfe und Beistand gemahnt: von jenem auf Grund der geleisteten Erbhuldigung, von diesem wegen des Rechts, das er zur Zeit an der Stadt hätte. In dieser schwierigen Lage ertheilten verschiedene Fürsten und weise Leute den Rath, die Stadt möge sich bei dem Kaiser, von dem das Land zu Lehen gehe, ein Weisthum einholen, welchem der beiden streitenden Herrn sie Rechtens- und Ehrenhalber zu helfen habe: was dieser ihnen zu thun befehlen würde in offenem besiegelten Briefe, dem sollten sie folgen. Man entschied sich für diesen Ausweg und die Sache gelangte am königlichen Hofe zum Austrage.

Nr. CCLXXXVIII. — Sententia generalis, gefunden vor dem Hofrichter Albrecht von Rosswach: Harpprecht I. S. 95, Senckenberg: de iudicio cam. hod. S. 65.

Nr. CCLXXXIX. — Riedel a. a. O. II. 2. 165.

Den anwesenden Grafen, Freien, Rittern und Knechten wurde zunächst die umständliche Anfrage vorgelegt und dann als Recht erwiesen und gesprochen: went — de marggreve to Brandenborch dem hertogen to Brunswick umb rof und brand, des he eyn und de sinen beschedigheth hedde, recht wolde hebben ghedan und eme dat gerne wol vorpendet hebben und vorwisset, und dat de hertoghe van useme son vorsprak und eme des afginghe und went ok de hertoghe nicht anders wolde van dem margreven, denne he scholde sick in eyner stad to gysel setten, dat doch to rechte keyne vorste noch here don schol, de lande, lut und gud wol hebben magh, dar met he mag vorpenden und vorwissen, dat hir umme de marggreve recht hebb und de herthoge unrecht. Da man nun immer dem Rechte beholfen sein soll und nicht dem Unrecht, so solle auch die Stadt Stendal dem Markgrafen und nicht dem Herzog beholfen sein.

Nr. CCC. — 1415. — König Sigismund legt einer grossen Versammlung von geistlichen und weltlichen Fürsten und Gelehrten die Frage vor: er habe geschworen, mit dem von Konstanz geflüchteten Herzog Friedrich von Oesterreich niemals Frieden zu schliessen, ob er dennoch den Fürsten wieder zu Gnaden aufnehmen dürfe: fuit disputatum et conclusum: quod non caderet in aliquod periurium, — allegantes dicta multorum, quod tale iuramentum in tali casu non valeat eum aliquo modo ligare.

VIII.

Process- und Strafrecht.

Nr. CCCI. Richter. — Nr. CCCII—CCCIV. Gerichtsstand. — Nr. CCCV—CCCVIII. Ungehorsam, Ladung. — Nr. CCCIX—

Nr. CCC. — von der Hardt: magnum concilium Const. IV. 161.

CCCXXI. Beweis. — Nr. CCCXXII. Fortsetzung eines Prozesses durch den Nachfolger im Amte. — Nr. CCCXXIII. Veräusserung streitiger Sachen. — Nr. CCCXXIV—CCCXXXI. Wirkungen der Rechtskraft. — Nr. CCCXXXII, CCCXXXIII. Vergleich und Sühne. — Nr. CCCXXXIV. Kosten. — Nr. CCCXXXV, CCCXXXVI. Haftung für die Strafe. — Nr. CCCXXXVII, CCCXXXVIII. Begünstigung. — Nr. CCCXXXIX. Strafmilderung. — Nr. CCCXXXX—CCCXXXXII. Tödtung, Strassenraub, Brandstiftung. — Nr. CCCXXXXIII. Kampfrecht. — Nr. CCCXXXXIV. Verjährung der Klage wegen Nothzucht. — Nr. CCCXXXXV, CCCXXXXVI. Widersagen, Bruch gelobten Friedens.

Nr. CCCI. — 1365. — Der Hofrichter Konrad von Gundelfingen bekundet, dass vor ihm mit Gesammturtheil erkannt worden: alle Urtheile, die gegen H. W. S. von Halle bereits ergangen seien oder noch ergehen würden vor dem Landgericht zu Wimpfen, dieweil es nicht besetzt ist mit einem freyen manne, als es durch rechte soll, seien für ihn unverbindlich und könnten ihm keinen Schaden bringen an Leib oder Gut.

Nr. CCCII. — 1149. — Ein Ministeriale des Klosters des hlg. Remigius zu Rheims, welcher in der Villa Cusel an der Mosel wohnte, hatte angeblich widerrechtlich verschiedene Besitzungen des Klosters an sich gezogen und sollte sich deshalb vor den Stiftsobern in Rheims verantworten. Er verweigerte dies unter dem Vorgeben: se intra fines alterius regni causam non debere agere et iudicium subire, sed in terra et lege gentis suae paratum se esse ex iudicio facere. Als der Abt hierüber am Hofe Konrads III.

Nr. CCCI. — Mencken: script. I. 444. Vgl. Franklin: de iustit. curiae imperialis S. 45 und Reichshofgericht II. 115 fg., Zöpfl: Alterthümer II. 132 fg., Göhrum I. 302.

Nr. CCCII. — Legg. 564. — Vgl. hierzu Brunner: Wiener Sitzungsberichte, philos.-histor. Klasse 47 S. 376, Homeyer: System §. 65, Fürth: Ministerialen S. 394.

Klage führte, fragte dieser das Gericht: quid super hac controversia iuris ordo contineret, worauf der Reichsministeriale Konrad von Hagen unter Zustimmung der übrigen Urtheilfinder das Urtheil fand: omnem hominem sive liberum sive ministerialem oportere domum illius adire, cuius nomine possideret, in quocumque regno vel provincia sita esset, si de ipsa possessione controversia ageretur.

Nr. CCCIII. — 1277. — König Rudolf schreibt an die Stadtgemeinde von Strassburg, es sei auf ihr Ansuchen am Hofgericht erkannt worden, dass, wer sich durch Eid oder offene Briefe zum Einlager oder zur Zahlung einer Schuld an bestimmtem Tage verpflichtet habe und sein Versprechen nicht halte, überall, wo man seiner habhaft werde, gerichtlich in Anspruch genommen werden dürfe.

Nr. CCCIV. — Hierher gehören auch die oben mitgetheilten Rechtsprüche, dass Kirchen und Geistliche auf Klagen wegen Gutes, das sie in rechte Gewere gebracht haben, nur vor geistlichem Gericht zu Recht stehen sollten, sie willigten denn in einen andern Gerichtsstand, oder es werde dem Kläger vor dem geistlichen Gericht Recht versagt.

Nr. CCCV. — 1165 (?). — Friedrich I. macht bekannt, dass dem Grafen Ludwig von Looz die gräfliche Gerichtsbarkeit über den Hof Fletingis wieder abgesprochen sei, weil er dieselbe in Abwesenheit des Besitzers erstritten habe: et requisito super hoc iudicio a tota curia nostra iudicatum est, quod absente possessore, in cuius possessionem agebatur, nichil idem comes, qui actionem proposuit, posset obtinere.

Nr. CCCV[a]. — 1280. — König Rudolf widerruft einen

Nr. CCCIII. — Legg. 412. — Vgl. Stobbe: Vertragsrecht S. 193 fgg., Friedländer: das Einlager (1868) S. 21.

Nr. CCCIV. — Siehe Abschnitt II. Nr. LXXXVII und LXXXVIII.

Nr. CCCV. — Ficker: acta imperii selecta Nr. 123 S. 115.

Nr. CCCV[a]. — Regesten Rudolfs Nr. 565, Hofgericht II. 219. Über die am Reichshofe in Beziehung auf Ladung und Un-

zum Nachtheil des Erzbischofs von Salzburg ergangenen Spruch, weil dieser nachweist, dass ihm die Ladung nicht zugegangen.

Nr. CCCVI. — 1220. — Friedrich II. widerruft ein gegen die Gräfin Johanna von Flandern am Reichshofe ergangenes Urtheil: pro eo videlicet, quod tempore illo, quando contra comitissam sententiatum fuit, propter viarum pericula et persone sue metum ad presentiam nostram facilitatem non habuit accedendi, et quia vir nobilis F. maritus eius — tunc in captione — detinebatur.

Nr. CCCVII. — 1207. — Reimbold von Isenburg hatte sich in einer Streitsache mit der Abtei Himmerode von dem Gericht des Erzbischofs von Trier an das königliche Gericht gezogen, erschien aber an dem festgesetzten Tage weder selbst, noch liess er sich durch einen Bevollmächtigten (responsalis) vertreten. Es wird erkannt, die Kirche sei in der schwebenden Streitsache von allen Ansprüchen des Reimbold freizusprechen (absolutus ab omni impetitione), quia ipse de illa causa diffidens coram nobis non comparuerat.

Nr. CCCVIII. — 1220. — Das Hofgericht bestätigt ein zu Gunsten des Klosters Neuenburg vor dem Schultheissen zu Hagenau gefundenes Urtheil: Die Verklagten seien dreimal geladen gewesen, wären aber weder selbst erschienen, noch hätten sie einen Vertreter (responsalis) gesendet.

Nr. CCCIX. — 1148. — Es ist streitig, ob ein Gut Lehen des Klosters Stablo ist, wie Kläger und der Abt des

---

gehorsams-Verfahren angenommenen Rechtssätze vgl. Reichshofgericht II. 229 fgg. — Echte Noth: das. 240 und für die Praxis des Kammergerichts die Urtheile von 1444 in den Materialien zur österreichischen Geschichte I. 144 fgg., Senckenberg: de iud. cam. hod. S. 87, 88.

Nr. CCCVI. — H.-B. I. 822.

Nr. CCCVII. — Beyer II. 268. — Vgl. Reichshofgericht II. 207 fg.

Nr. CCCVIII. — H.-B. I. 787.

Nr. CCCIX. — Wibaldi epist. Nr. 104, 105 bei Jaffé: mon. Corbeiensia S. 180—182. — Aus der ausführlichen Erzählung über

Klosters behaupten, oder Allode, wie der Verklagte angiebt. Beide Parteien erbieten sich zum Beweise (uterque — idoneam probationem offerebat). Die Ministerialen des Stifts entscheiden, dass Kläger beweisen solle: probationem incumbere, qui titulum legalis beneficii suo litigatori opposuerat. Verklagter zieht das Urtheil an das königlichc Gericht, welches aber findet, dass die Urtheiler recht geurtheilt hätten.

Nr. CCCX. — 1157. — Vor Friedrich I. wird folgender Fall verhandelt. Maurinus, angeblich Ministeriale des Stiftes Corvey, ist von einem gewissen Folker gefangen genommen welcher behauptet, jener sei ihm unterthan. Es wird bestimmt, M. müsse per lineas consanguinitatis beweisen, dass er Ministeriale sei, sonst sei er dem F. zuzusprechen.

Nr. CCCXI. — 1165. — Vor Friedrich I. ergeht das folgende Urtheil in einem Rechtsstreite zwischen dem Bischof Nikolaus von Kamerik und der Wittwe seines Bruders Godwin. Der Kläger behauptet: feodum quoddam se

---

den Rechtsstreit (siehe Reichshofgericht I. 115—117) gewinnt man folgende Ansicht über die rechtliche Lage. Der Verklagte befindet sich im Besitz und will deshalb zum Beweise über sein Besitzrecht zugelassen werden; der Kläger ist aber gewaltthätig aus dem Besitz gesetzt worden und es wird deshalb erkannt, er sei näher dazu, sein Besitzrecht am Gute zu erweisen. Der Verklagte schilt dies Urtheil, es wird aber vom Reichshofe bestätigt. — Vgl. hierzu Laband: die vermögensrechtlichen Klagen nach den sächsischen Rechtsquellen des Mittelalters (1869) S. 181, 185, 190, 211 fgg. — Ich führe zu den folgenden Urtheilen nicht wieder alle einzelnen Schriften über das Beweisrecht (Hofgericht II. 241) an; aus der neuesten Zeit sind zu nennen die angeführte Schrift von Laband und Stobbe in der kritischen Vierteljahrsschrift XI. 234 fgg.

Nr. CCCX. — Wibaldi epist. Nr. 459, 460 a. a. O. S. 592. — — Vgl. hierzu Homeyer: Richtsteig S. 491, Hänel: Beweissystem § 25 S. 171 fgg., von Bar 229 fgg.

Nr. CCCXI. — Ficker: acta sel. imp. S. 115, Reichshofgericht II. 242. — Eine andere Regel stellt für solche Fälle Laband 255 auf.

a comite Hanaugiensi hereditario iure possidere, quod in curia comitis in ipsius et parium episcopi presentia fratri suo G. pro quadraginta marcis obligavit. Quo defuncto, cum ab illius uxore suum episcopus pignus sub 40 m. oblatione repeteret, illa prefatum beneficium pro mille marcis marito suo sibique respondit pignori obligatum et a se per annos 60 possidendum, ex quibus etiam viginti annos preterisse et quadraginta contendit adhuc superesse; id quod se sufficienter posse spondet comprobare. Episcopus autem sibi potius probationem incumbere illamque se et parium suorum et ipsius comitis testimonio respondit posse perficere. — curia — dictavit, non matrone, sed episcopo probationem permittendam et ab ipso comite Hanaugiensi veritati episcopi testimonium esse perhibendum.

Nr. CCCXII. — 1187. — Comes Hanoniensis sententiam quaesivit super illis, qui possessiones aliorum iniuste sibi usurpant et eas post aliquot annos vel tempus iniuste detinent. Unde principes imperii et alii fideles domini imperatoris comiti H. et hominibus suis sententiam exposuerunt, quod si aliquis in possessionem alterius intraverit, et inde ad dominum clamor factus fuerit, dominus veridicos, qui circummanentes dicuntur, constituere super hoc debet; si quis equidem ex illorum relatione in alterius possessione iniuste inventus fuerit, ipse illi, cuius in hoc ius est, posses-

---

Nr. CCCXII. — Gisleberti chron. Han. bei Bouquet XVIII. 387, bei Arndt S. 180. — Vgl. Ficker: Reichsfürstenstand S. 109. — Die Stelle bietet ein neues Zeugniss für die Anwendung des Inquisitionsbeweises im Mittelalter: Hofgericht II. 241 und jetzt namentlich Laband 319 fgg. Ein weiteres von mir früher nicht mitgetheiltes Zeugniss enthält eine Urkunde Heinrichs VII. von 1311 in Kopp's Geschichtsblättern aus der Schweiz I. 173. Der König bekundet, Herzog Leopold von Oesterreich habe ihn ersucht, ihn im Besitz und Recht gewisser Güter zu schützen: quia de iure sibi et imperio in premissis competenti nondum plenarie nobis constat, werden Vertrauenspersonen ernannt, welche sub iuramento prestito apud vicinos et notos super predictis bonis inquisitionem facient diligentem.

sionem suam liberam in pace dimittere debet, et damna illata per veritatem illi restituere debet; deinde excessum facti domino comitatus per decem libras denariorum comitatus emendare debet.

Nr. CCCXIII. — 1193. — Heinrich VI. bestätigt einen Vergleich zwischen dem Bischof B. v. Paderborn und Hermann von Waldeck, wodurch letzterer der Advokatie des Bisthums u. s. w. entsagt. Dabei wird bemerkt: elegit etiam idem H., quod si hanc transactionem vel aliquod eius capitulum inficiari vellet, non crederetur iuramento, quo negativam probare vellet, sed convinceretur per clericos et ministeriales eque sicut per nobiles.

Nr. CCCXIV. — 1195. — Vor Heinrich VI. wird erkannt: — quod quilibet homo, sive esset nobilis sive ministerialis, qui officium principis sive villicationem tenere vellet vel possidere, quicquid in ipso officio sive villicatione sibi iuris addiceret, iure officiati vel villici illud teneretur probare. Und zwar soll der Beweis geführt werden durch das Gottesurtheil des glühenden Eisens.

Nr. CCCXV. — 1215. — Vor Otto IV. wird eine Klage des Reichsministerialen Heinrich Grubo gegen das Kloster Riddagshausen wegen gewisser bei Berle gelegenen Güter verhandelt, welche Eigenthum eines Braunschweiger Klerikers Anno P. gewesen waren. Kläger behauptet, von seiner Ehefrau wegen Rechte auf die Güter, das Kloster aber beweist durch Zeugen, dass es dieselben in gutem Glauben von Anno gekauft habe, dass die Brüder des letzteren der Veräusserung zugestimmt hätten: nec non ipso Friderico — das ist einer der Brüder — prestante pro warandia fideiussoriam cautionem. — Itaque partibus ecclesiae iustissime defensis, transivit lis ad Fridericum ad warandiam obligatum.

Nr. CCCXIII. — Erhard: cod. dipl. II. S. 228 Nr. DXXII.

Nr. CCCXIV. — Erhard II. S. 238 Nr. DXLII. — Vgl. Reichshofgericht I. 122 und II. 242 fgg.

Nr. CCCXV. — Origg. Guelf. III. 827.

Nr. CCCXVI. — 1219. — Friedrich II. bestätigt einen Rechtspruch, welchen Martin von Huthe vor dem Erzbischof von Bremen in einer Streitsache zwischen den Kanonikern des heiligen Anschar zu Bremen und dem Bürger Roland daselbst super medietate unius mansi dahin gegeben: si predicti canonici primam agri possessionem possunt probare per circumsedentes homines et privilegium collationis ostendere, et quod idem ager in sortem archiepiscopi cadit et non comitis Mauritii de Aldenborch, per hoc medietatem ipsius mansi valeant perpetuo possidere.

Nr. CCCXVII. — 1282. — Auf Anfrage des Grafen Meinhard von Tyrol wird das Urtheil gefunden: quod idem comes cum duobus principibus vel nobilibus de terra montium probare possit et legitime obtinere, cui terre attinere debeat, vel cuius terre iure gaudere, et illorum duorum principum sive nobilium dicto stabitur in parte.

Nr. CCCXVIII. — 1294. — fuit obtentum: si inter aliquos discordantes super homicidio aliqua compositio intercedat et a parte, que iniuriam intulit, parti lese satisfactio impendatur, et compositio fiat pro consanguineis omnibus partis passe iniuriam, postmodum vero pars iniuriam passa proponat, quod non pro omnibus de parte eadem compositio intervenit, sed quibusdam nominatim exceptis; alia parte dicente e contrario, quod pro omnibus consanguineis lese partis compositio facta extitit et satisfactio subsecuta: partis hoc affirmantis probatio cum duobus testibus, ita quod manus affirmantis sit tertia, potius sit admittenda, quam partis contrarium asserentis.

Nr. CCCXVI. — Lappenberg: Hamb. Urkdb. S. 368, H.-B. I. 649.

Nr. CCCXVII. — Legg. 439 fg. — Vgl. hierzu Böhmer: Reg. Rudolfs Nr. 673 und Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 464.

Nr. CCCXVIII. — Legg. 460. — Offenbar liegt dieser wie der folgenden Entscheidung dasselbe Princip zu Grunde: der Verklagte beweist die aufgestellte Einrede-Behauptung, die Zahlung, beziehungsweise die Modalitäten, unter denen die Zahlung geleistet wurde.

Nr. CCCXIX. — 1294. — sententiatum, — quod si debitor dicat se creditori debitum persolvisse, creditor vero neget, ipsius debitoris et non creditoris est super hoc probatio admittenda.

Nr. CCCXX. — 1342. — Klägerin nimmt ein Gut als zu ihrem väterlichen Erbe gehörend in Anspruch; Verklagter wendet ein, es sei sein eigenes Gut, er hätte es erbracht in rechte nützliche Gewere und innegehabt wohl zwanzig Jahre ohne alle Ansprache. Nach Spruch des Hofgerichts behält Verklagter das Gut mit seinem Eide.

Nr. CCCXXI. — 1434. — Die Stadt Regensburg klagt vor einem Kgl.-Commissarius gegen den Bischof von Passau wegen Erhöhung der Mauthgebühren auf der Donau. Verklagter beruft sich auf kaiserliche Privilegien. Klägerin behauptet, „von Alters her“ nie mehr gegeben zu haben, als sie in der Klage zugestanden. Das Gericht findet: 1) dass Klägerin zum Beweise hierüber zu verstatten, — dann durch ein weiteres Urtheil, 2) dass der Beweis zu führen sei vor dem König oder einem Commissarius desselben durch sieben ehrbare, unversprochene, unbetheiligte, denen von Regensburg nicht verbundene Mannen, — endlich 3) gegen

---

Nr. CCCXIX. — Legg. 461. — Vgl. hierzu Homeyer: Richtsteig 501 und die das. angeführten, ferner Hänel 124 fg., von Bar 94 fgg., Laband §§. 3 fgg., Stobbe: Vertragsrecht 86 fgg.

Nr. CCCXX. — Mon. Boica XXXIII. 2. S. 90. — Ueber Voraussetzungen und Wirkung der rechten Gewere vgl. ausser den bekannten älteren Schriften jetzt namentlich Laband S. 293 fgg., 346 fgg. — Im vorliegenden Falle handelte es sich um Ausschliessung erbrechtlicher Ansprüche, resp. des Beispruchsrechts. Von einem besonders zu erbringenden Beweise der rechten Gewere durch Zeugen (a. a. O. 340 fgg.) ist nicht die Rede; der alleinige Eid des Verklagten genügt, wie es scheint, den Besitz und das Recht am Gute darzuthun. — Siehe auch oben Nr LXXXVI und Nr. CCXXXI.

Nr. CCCXXI. — Mon. Boica XXXI. 2 S. 245 fgg., Reichshofgericht II. 243. — Siehe auch oben Note zu Nr. CLXXXVII. und das daselbst mitgetheilte Urtheil vom Jahre 1424 über die Zölle zu Halle.

den Einspruch des Verklagten, dass der König die etwa vorzuschlagenden Zeugen durch seine Briefe zur Abgabe des Zeugnisses veranlassen könne.

Nr. CCCXXII. — 1222. — Hier ist auch zu erinnern an das oben mitgetheilte Urtheil zu Gunsten des Bischofs von Passau, dass ein Bischof jede bei Gericht schwebende Streitsache in dem Prozessstadium übernehmen könne, in welchem sich dieselbe zur Zeit des Ausscheidens seines Vorgängers befunden habe.

Nr. CCCXXIII. — 1281. — König Rudolf erklärt den Verkauf der Burg Eberstein bei Baden für nichtig, indem er durch Rechtspruch verfügt habe, dass solche während des dermalen wegen ihrer anhängigen Rechtsstreits zwischen Otto von Eberstein und den Kindern des verstorbenen Grafen Simon von Zweibrück nicht solle veräussert werden dürfen.

Nr. CCCXXIV. — 1150. — Konrad III. ersucht den Papst Eugen III, einen Freien, welcher bei der päpstlichen Curie angeklagt worden, einem Kleriker eine schimpfliche Körperverletzung zugefügt zu haben, und deshalb excommunicirt wurde, von dieser Kirchenstrafe zu ledigen: quoniam ab eodem clerico super eadem re in nostra curia pulsatus, iudicio gentis sue et curie nostre, quod innocens esset, iuramento comprobavit.

Nr. CCCXXV. — 1224. — Eine Klage des Grafen Berthold von Graisbach gegen den Erzbischof von Salzburg wird zurückgewiesen und dem Kläger ewiges Stillschweigen auferlegt, weil Verklagter beweist: quod olim — ab eodem comite in eundem modum et super eodem (castro) conventus fuit et — similia omnino proposita fuerunt contra ipsum (den Verklagten) et demum — fuit — iudicialiter absolutus.

Nr. CCCXXII. — Gemeint ist Nr. LXXXVI. im zweiten Abschnitt.

Nr. CCCXXIII. — Regesten Rudolfs 602, Krieg von Hochfelden: Geschichte der Grafen von Eberstein 303.

Nr. CCCXXIV. — Epist. Wibaldi Nr. 239 bei Jaffé S. 359.

Nr. CCCXXV. — Meiller: reg. archiep. Salisburg. Nr. 280, H.-B. II. 800.

Nr. CCCXXVI. — 1227. — Aus gleichem Grunde wird der Bischof von Speyer von einer Klage der edlen Frau von Heimesburg ledig gesagt.

Nr. CCCXXVII. — 1299. — König Albrecht bekundet, dass vor dem Hofgericht der edle Johannes von Hennegau eine Entscheidung darüber begehrt habe: utrum omnes sententie — per Rudolfum regem — et processus per ipsum facti sortiri deberent effectum, et communi dictante et approbante sententia sententiatum extitit et obtentum, quod huiusmodi sententiae et processus debeant in suo robore permanere, nisi alique tales litterae, probationes seu legitima documenta per quemcumque in lucem vel medium deducantur, quibus iidem processus et sententiae iure elidi valeant seu etiam annullari.

Nr. CCCXXVIII. — 1323. — Eine von dem Grafen von Vehingen gegen den Bischof von Bamberg angestellte Klage wird von König Ludwig zurückgewiesen, da diese Sache bereits unter Heinrich VII. zu Gunsten des Bischofs entschieden worden.

Nr. CCCXXIX. — 1434. — Als in diesem Jahre gegen den bereits geächteten Herzog Ludwig von Bayern abermals verhandelt werden sollte, forderte der König, der Prokurator des Verklagten solle vorerst im Namen desselben versprechen und Sicherheit geben, das dieser den früher gegen ihn ergangenen Urtheilen nachkommen und ebenso den Sprüchen sich unterwerfen werde, welche bei der bevorstehenden abermaligen Verhandlung gefunden werden würden. Der Bevollmächtigte des Verklagten (sein Sohn Ludwig) will hierauf nicht eingehen; dass Verklagter Sicher-

---

Nr. CCCXXVI. — Remling: Speyer I. 182, H.-B. III. 372. — Vgl. Hofgericht I. 125 fg.

Nr. CCCXXVII. — Kluit II. 2. 1007; vgl. Reichshofgericht I. 162, Note 4.

Nr. CCCXXVIII. — Regesten Ludwigs Nr. 658.

Nr. CCCXXIX. — Gemeiner: Regensburg II. 48; vgl. Reichshofgericht I. S. 289.

heit bestellen solle, den neu ergehenden Urtheilen gehorsam zu sein, müsse selbst erst durch Erkenntniss festgestellt werden, ebenso aber auch ein Urtheil darüber ergehen, dass er den früheren Sprüchen sich zu unterwerfen habe. Dagegen ward nun Seitens des Königs geantwortet: das das dheinen fug het, das man solt in ainen zweivel setzen oder im rechten erkennen lassen, ob sein vater (eben der Verklagte) icht pillich solhen urtailen gehorsam were, die in seins vaters gegenvertigkeit gesprochen waren, dawider sich sein vater nie berufen het, und es were auch unser majestät gericht, unsern fürsten und herren, die an dem rechten gesessen waren, eine grosse smähung und hindernus den, die solch urtail gewunnen hetten; es mochte auch durch solhs ain eingang beschehen, wider redlich ergangen urtail arge liste ze vinden; so het auch der kriege nymer kein ende, solte ye ain newe erkantnuss daruber ergeen, ob man ergangen urtailen gehorsam sein sollte. Da der Verklagte sich auf das Gerichtsverfahren nicht einlassen wollte, wurde gegen ihn die Oberacht verkündet.

Nr. CCCXXX. — 1384. — Auf die Frage: ob Burggraf Friedrich von Nürnberg alle Réchte, die er vor dem Hofgericht „erclagt, erlangt und erfollet habe", übertragen könne, wem er wolle? wird geurtheilt: er möchte es wohl thun.

Nr. CCCXXXI. — 1255. — König Wilhelm bekundet den vor ihm ergangenen Rechtspruch, das diejenigen, welche ein vor dem Erzbischof von Bisanz in Criminal- oder Civilsachen ergehendes Urtheil nicht wollten gelten lassen, gleich allen denen, die ihnen dabei Vorschub leisten, strafbar seien.

Nr. CCCXXXII. — 1274. — Auf die Frage des Grafen

Nr. CCCXXX. — Mon. Zollerana V. S. 145; vgl. das. Nr. 236 S. 245, Harpprecht I. S. 112. — Hofgericht II. 315.

Nr. CCCXXXI. — Regesten Wilhelms Nr. 312, Sudendorf: Registrum I. 109.

Nr. CCCXXXII. — Ennen und Eckertz III. 58. — Das Recht,

von Jülich: utrum discordia sive guerra manifesta et publica ex quacumque causa fuisset inter partes aliquas suscitata, que postmodum sit sopita per viam compositionis et pacis ac amicabilis unionis, ab aliqua partium iterato resuscitari valeat et a parte, quam impatientie sue urget aculeus, contra partem, huiusmodi compositionem servare volentem, infringi pro libito voluntatis? — wird das Urtheil gefunden: quod quibuslibet consopitis rancorum turbinibus inter partes, quas amicabilis interveniens compositio counivit, adeo debeat inviolabiliter observari huiusmodi compositio, que per testes ydoneos posset vel instrumenta probari, quod nulla partium alteri super causa quacumque, amicabili compositione sopita, questionem movere debeat vel audiri quomodolibet super ea.

Nr. CCCXXXIII. — 1431. — Streitende Parteien hatten auf den Grafen H. von Schwarzburg in der Weise compromittirt: „also wie sie der mit einander in freuntschafft oder in recht entscheiden ward, das sie das also genczlich tun und volfuren solten, dawider nicht zu tun mit worten noch mit werken.“ Gegen den ergangenen Spruch war dennoch Berufung eingelegt und die Sache schliesslich an den königlichen Hof gelangt. Das Gericht erkennt aber: das nyemant von keynem sulchem wilkurlichen hindergang, der zu freuntschafft und zu dem rechten so volliclich geschicht, — sich nicht beruffen noch appelliren sol noch mag.

Nr. CCCXXXIV. — 1234. — In einer Entscheidung zu Gunsten der Kanoniker von Mastricht gegen den Bischof von Lüttich wird ausgesprochen: — cum victus victori secundum iura civilia condemnari debeat in expensis, ad instantiam canon. — episcopum eis sententialiter condempnavimus in C

---

die geschlossene Sühne zu beweisen, steht dem zu, gegen welchen der Streit erhoben wird. Siehe Nr CCCXXXXVI. und vgl. Hänel S. 123 fg., Homeyer: Richtsteig 501 und die das. angeführten.

Nr. CCCXXXIII. — Codex dipl. Saxon. regiae II. 7. Nr. 174 S. 119.

Nr. CCCXXXIV. — H.-B. IV. 644 und 690.

marchis Colon., quas per sacramentum probaverunt, se in eodem negotio expendisse.

Nr. CCCXXXV. — 1234. — Friedrich II. macht bekannt: — conquerentibus — filiis H. de Ravensburg —, quod propter infamiam vel delictum parentum suorum non tantum bonis feodalibus, verum etiam proprietatibus, in quibus ipsi debebant succedere, sint iam multo tempore spoliati. Die Kläger werden darauf nach einem Rechtspruch der Fürsten in den Besitz der Erbgüter (ad bona, que parentes eorum proprietatis titulo possidebant) restituirt, cum patris iniquitatem filius portare non debeat, ut puniatur amissione proprietatis paterne.

Nr. CCCXXXVI. — 1296. — Rechtspruch, quod delictum persone non debeat ecclesia luere nec alicuius satisfactionis gravamini subiacere.

Nr. CCCXXXVII. — 1209. — Otto IV. verordnet in Folge eines Rechtspruchs: ut nemo istos bannitos et proscriptos aliquo modo recipere audeat vel aliquod consilium et auxilium eis impertiri, quod qui facere praesumpserit, in eadem se sciat esse poena et damnatione[a]). — 1219: quicumque aliquem proscriptum vel bannitum, postquam a suo iudice fuerit denunciatus et interdictus, receperit et consi lium vel adiutorium dederit, eandem penam in persona, domo ac rebus aliis pati debet et subire, que ipsi proscripto seu bannito de iure debetur[b]). — Derselbe Rechtsgrundsatz in zahlreichen späteren Verordnungen des Reichshofes anerkannt[c]).

Nr. CCCXXXVIII. — 1285. — Wer einen Verbrecher

Nr. CCCXXXV. — H.-B. IV. 501. — Vgl. hierzu die ausführlichere Erörterung Hofgericht II. 370 fgg.

Nr. CCCXXXVI. — Siehe oben Nr. LXXXII; wegen des peinlichen Gerichts gegen Kleriker Nr. LXXXIII fg.

Nr. CCCXXXVII. — a) Legg. 216, Kink 177. — b) Legg. 234, H.-B. I. 713. — c) Reichshofgericht II. 340 fgg. Daselbst S. 339 Note 1 auch die entsprechenden Stellen aus den Rechtsbüchern und Reichsgesetzen, sowie die hierauf bezügliche Literatur.

Nr. CCCXXXVIII. — Lacomblet II. Nr. 808 S. 478. — Vgl.

schützt, fällt in dieselbe Strafe, welche gegen diesen erkannt wird. Ad instantiam — Coloniensis archiepiscopi quesitum fuit per sententiam — qua pena opidani de Nuzia (die Bürger von Neuss, welche den falschen Friedrich geschützt hatten) plectendi existerent, qui ipsum admittere — renuerunt, ne de viro illo, qui se imperatorem finxit, dum viveret, et qui de falsitate convictus et heresi igne meruit concremari, iudicium et iustitiam exerceret. Et sententiatum fuit, — quod ipsi opidani eandem — penam et delictum consimile incidissent, quod ille incidit, quem fovebant.

Nr. CCCXXXIX. — Aus der Zeit Rudolfs I. — Ex parte dilecti — nostri N. fuit propositum coram nobis, quod cum H. uxorem ipsius N. legitimam femori suo applicans impudenter, idem N. tam publicas et intolerabiles aequo animo non est passus iniurias, quin — offensorem

---

dazu namentlich Lorenz: Deutsche Geschichte II. 2. 403. Derselbe Rechtsgrundsatz in der const. Henrici IV. 1085: Si aliquis defensionem reo, arma, victum vel fugam moliri presumpserit, equali penae sicut reus subiacebit (Legg. II. 57); in der const. pacis 1103: Si quis eum (den Friedebrecher) defenderit, eandem penam patiatur (das. 60); in der treuga Heinrici c. 6: Si aufugerit, (der, welcher eine Jungfrau geraubt hat etc.), detentor ipse, a quo reus a iudice postulatus fuerit, cum reo pari pene et sententie subiacebit (das. 267), und sonst sehr häufig bei Bestimmungen über die Verfolgung der Friedbrecher. — Vgl. im Allgemeinen über die Begünstigung des Verbrechers nach dem Recht des Mittelalters John 234—244, Hälschner III. 555, Osenbrüggen: Alam. Strafrecht 173 fgg. und Studien 252 fgg.

Nr. CCCXXXIX. — Bodmann: cod. epist. 183 fg. — Es handelt sich um eine Ausübung des königlichen Begnadigungsrechts (Hälschner I. 51 fgg., II. 546, John 344) und die Begnadigung erfolgt, weil das zur Tödtung Anlass gebende Verhalten des Getödteten als ein Strafmilderungsgrund angesehen wird. Denselben Milderungsgrund erkennen auch die Partikularrechte an; vgl. z. B. Osenbrüggen: Alam. Strafrecht 184 (nisi forte tale perpetraverit — ulciscendo tale dedecus vel iniuriam, quod severitatem facti adtenuet secundum arbitrium honestorum, quia tunc est mitius iudicandum) und Hälschner III. 44.

— hostiliter trucidaret, propter quod a nobis proscriptionis sententia innodatus. In sententia igitur ex parte praedicti N. fuit cum instantia requisitum, utrum secundum processus huius merita eum ex potestate regia pristino iuri suo restituere teneremur. Super quo — extitit iudicatum, — quod ipsum N. in pristinum statum iuris sui per omnia restituere deberemus. Nos igitur ipsam sententiam, utpote rite prolatam ratam habentes, eundem N. ex plenitudine regiae potestatis plene ac integre restituimus pristino iuri suo, acsi praefatum homicidium nullo unquam tempore perpetrasset, rehabilitantes eundem ad omnes actus legitimos et civiles honores, ita quod in omnibus suam, ut prius, libere prosequi valeat actionem.

Nr. CCCXXXX. — 1344. — Pfalzgraf Rudolf bei Rhein klagt, dass ihm die Seinen wurden erschlagen zu Mosbach, „dess Konrad von Sauesheim hauptman war. Do ward mit gesamenden urtheile ertheilt, dass ein tod wider den andern gehort und also ist der vorgenant K. — des leibes — mit rechtem urteil verfallen.“

Nr. CCCXXXXI. — 1338. — Strassenräuber sollen angesehen werden, als hätten sie gegen das Reich gefrevelt, sollen an keiner Statt Friede oder Geleit haben und für rechtlos gelten. Ebenso derjenige, welcher Strassenräuber wissentlich haust oder hofet.

Nr. CCCXXXXII. — 1179. — Item quandam sententiam antiquam, iustam, sed diu sopitam renovavimus, cuius

---

Nr. CCCXXXX. — Tolner: hist. Pal. 88. — Vgl. Reichshofgericht I. 195. — Ueber die Bestrafung der Tödtung nach dem Recht des Mittelalters siehe Hälschner III. 45, Osenbrüggen a. a. O. 211 und besonders 84 fg., desselben Studien 150 fgg., Böhlau: nove constit. 76.

Nr. CCCXXXXI. — Böhmer: Fontes rerum Germ. I. 220. — Vgl. Hälschner III. 523 fgg., Osenbrüggen l. c. 309 fgg.

Nr. CCCXXXXII. — Aus dem für die Geschichte des Strafrechts so wichtigen Landfrieden Friedrichs I. für Rheinfranken bei Ficker: acta imp. sel. 132. — Die Strafe für nocturna incendia ist, — wir setzen hinzu: wenn der Verbrecher sich dem Gericht nicht stellt

promulgationi curia nostra assensum dedit. Hec autem sententia talis est: qui nocturna incendia commiserint et ea commisisse non negaverint, omni iure priventur nec in beneficiis sive allodiis aliquod ius obtineant.

Nr. CCCXXXXIII. — 1290. — Zum Urtheil gestellt ist die Frage: si aliquis suum adversarium in iudicio conveniat de incendio nocturno, per eum modum, quo moveat ei questionem duellionis, quod vulgo dicitur kamprecht, quo iuris auxilio talis in iudicio conventus valeat se tueri. Et extitit sententialiter diffinitum, quod, quicumque pugna duellionis, quod vulgo dicitur kamprecht, (etwa: conventus) prestandi iurisiurandi sacramento manualiter exhibito, suam possit innocentiam expurgare, nedum in hoc crimine accusatus, sed in multis aliis et diversis, nisi conscius repertus fuerit lese criminis maiestatis, in quem casum a duellionis periculo, quod vulgo dicitur kamprecht, nullatenus se poterit defensare.

Nr. CCCXXXXIV. — 1293. — Vor König Adolf kömmt die Frage zur Erörterung: si aliqua mulier, ab aliquo vi oppressa, manifesta oppressionis signa pretenderet cum lugubribus clamoribus, super hoc licet querulosa iudicium requireret, verumtamen non haberet et lapsu temporis taceret,

---

— sofortige Friedlosigkeit, also strenger als die const. contra incendiarios (Legg. 184) sie für Brandstiftung im Allgemeinen androht (Verfestung, Acht, und erst nach Jahr und Tag Oberacht); die treuga Henrici c. 20 (Legg. 268) dagegen bedroht den flüchtigen Brandstifter ebenfalls mit sofortiger Friedlosigkeit. — Vgl. Reichshofgericht II. 358, Böhlau: nove constit. 77, Osenbrüggen l. c. 354 fgg.

Nr. CCCXXXXIII. — Legg. 455. — Ueber diese wesentliche Beschränkung des Kampfrechts vgl. Walter: Rechtsgeschichte II. §. 668, Gosen: Privatrecht nach dem kleinen Kaiserrechte 19 fg. und die Nachweisungen bei Endemann: Kaiserrecht zu II. 69.

Nr. CCCXXXXIV. — Legg. 460. — Ueber das Verbrechen der Nothzucht nach dem Rechte des Mittelalters im Allgemeinen vgl. Hälschner III. 297, Osenbrüggen: Alem. Strafrecht 283 fgg.

cum etiam haberet iudicis copiam, utrum eius taciturnitas et temporis lapsus sibi preiudicarent in tantum, ut de cetero ad suam querelam de oppressione coram suo iudice non deberet admitti? Die Frage war von den iudices et scabini de partibus inferioribus dahin entschieden worden: si talis mulier vi oppressa post oppressionis tempora ad sex septimanas, si iudicis haberet copiam, non fuerit suam iniuriam persecuta, eam amplius ab actione sua penitus repellendam; — der Reichshof urtheilt aber: quod mulier vi oppressa temporis lapsu 20, 30, 40, 50 vel sexaginta annorum nullatenus impeditur, quin iniuriam sue oppressionis coram suo iudice valeat exercere, und schliesst daran das weitere Urtheil: quod nulla constitutio municipalis vel civium ordinacio seu eorum diffinicio in casu superius expresso regali sententie poterit aliquod preiudicium generare.

Nr. CCCXXXXV. — 1338. — Wer einen andern beschädigen will oder angreifen an Leib und Gut, der soll ihm widersagen durch gewisse Boten oder durch Briefe; der Angreifer sowohl wie der, dem widersagt ist, sollen dann noch volle drei Tage und Nächte Frieden haben. Wer dagegen handelt, ist recht-, fried- und ehrlos.

Nr. CCCXXXXVI. — 1234. — In Betreff des Bruchs gelobten Friedens wird erkannt: quod si manuali fide interposita treuge date sunt et aliquis illas violaverit et in causam tractus se expurgare voluerit, illi cui interest et cui damp-

---

Nr. CCCXXXXV. — Böhmer: Fontes rerum Germ. I. 220. — Der Satz entspricht dem alten Reichsrecht: const. 1187 Legg. 185 lin. 13, treuga Henrici c. 9 das. 267, const. gen. 1234 das. 301 lin. 43 fgg., const. pacis 1235 c. 5, curia Nuremb. und Mog. 1281 c. 2, const. pacis 1287 c. 8 a. a. O. 314, 423, 427, 449. — Vgl. Homeyer: System des Lehnrechts §. 52 S. 502 fg., Wächter: Beiträge 50 fg., 253 fg., Osenbrüggen: Alam. Strafrecht 38 fg.

Nr CCCXXXXVI. — Legg. 300, H.-B. IV. 635. — Ueber den Beweis des Landfriedensbruchs vgl. die Bestimmungen der mit dem im Text mitgetheilten Weisthum gleichzeitigen const. generalis

num datum est, incumbit probatio, ut tertia manu iure iurando confirmet, quod treuge violate sunt, vel si testes habere non potuerit, in monomachia coram iudice seculari cum eo congrediatur.

Legg. 301, die const. Mog. 1235 c. 3 und den baierischen Landfrieden Rudolfs 1281 c. 30 Legg. 428. — Siehe auch Note zu CCCXXXII, Böhlau: nove constit. S. 15 a. E.

Anlagen.

I.

Register.

Abt, Aebtissin. — Beschränkungen derselben in Beziehung auf Veräusserung von Kirchengütern CI, CVI, CX, CXIV, CXX.

Acht. — Der Geächtete kann nicht klagen, muss aber selbst dem Kläger antworten CCLXXIV, — man darf dem in die Reichsacht Gekündigten Eid und Gelöbnisse nicht halten CCLXXVII, — wer Jahr und Tag in der Reichsacht ist, kann vor Gericht nicht auftreten, auch keinen Fürsprecher gewinnen CCLXXIII, — Beschränkungen der Geächteten in Beziehung auf Vermögensdisposition CCLXXV, CCLXXVI, CCLXXVIII, — Acht in den Städten CCLXXIX, — Verbot des Verkehrs und der Begünstigung Geächteter CCCXXXVII, — wann und unter welchen Voraussetzungen folgt der Acht die Excommunication und umgekehrt XXI, LXXIX, auch XXII.

Advocatitii. — Von den Ehen und Kindern der homines advocatiarum CCXXXX, CCXXXXVIII, CCXXXXIX.

Advocati. — Siehe Kirchenvögte.

Almenden. — Rechtsverhältnisse an denselben LXIV, LXV.

Amt. — Hausämter der Ministerialen der Kirchen und Klöster. Die Hausbeamten haben kein Recht auf den Nachlass des verstorbenen Kirchenvorstehers CXXVIII, CXXXIX, — mit dem Tode des Kirchenvorstehers werden alle Aemter dem Nachfolger zu freier Verfügung ledig, mit Ausnahme der vier Hauptämter CXXIX, CXXX, CXXXI, CXXXIII — CXXXVI, — in diese vier findet Erbfolge statt, in andere nicht, wenn das Gewohnheitsrecht nichts anderes bestimmt, CXXXVI, — Weiber sind aber von der Erbfolge ausgeschlossen CXXXII, — Unterbeamte sollen ohne Genehmigung des Kirchenvorstehers nicht eingesetzt werden CXXXVII, — der Letztere verfügt über die Aemter erst nach Empfang der Regalien CXXXIII, CXXXIV, — Entsetzung anderer Beamten CXXXVIII, — Missbräuche bei Verwaltung des Amtes CXXXX.

Angefälle. — CCLXXXXV; siehe auch Vormund.

Bann. — Geistlicher Bann, Excommunication. Der Excommunicirte ist zu keinem gerichtlichen Akt zuzulassen CCLXVIII, — er kann namentlich nicht klagen CCLXXI, — er kann während

der Dauer der Excommunication nicht Lehen empfangen CCLXVI, CCLXIX, CCLXX, — nicht Lehnrecht fordern CCLXVIII, — Eide und Gelöbnisse brauchen ihm nicht gehalten zu werden CCLXVII, CCLXXII, — Verbot des Verkehrs und der Begünstigung Excommunicirter CCCXXXVII.

Bauen. — Verbot des Bauens auf den bischöflichen Höfen CLVIII, CLXIV, — auf Kirchengütern überhaupt CLX—CLXIII, — vom Bauen in Herrenstädten CLIX, — vom Bauen auf des Reiches Grund und Boden XXXXVI.

Beklagter. — Ladung und Ungehorsam des Beklagten CCCV CCCVa, CCCVI, CCCVII, CCCVIII.

Besitz. — Wann kann dem Besitzer der Besitz im Gericht abgesprochen werden CCCV, — Besitzentsetzung CCCII, CCCXII.

Beweis. — Beweisrecht CCCIX—CCCXXI, — Beweis durch Verwandte CCCX, — durch Zeugen CCCXI, CCCXIII, CCCXV, CCCXVII, CCCXXI, — durch Umgesessene CCCXII, CCCXVI, — durch Eidhelfer CCCXVIII, — durch Gottesurtheil CCCXIV, — durch den alleinigen Eid CCCXX, CCXXXIV, — durch Zeugen oder Urkunden CCCXXXII.

Bischof, Bisthum. — Rechte des Kapitels während der Sedisvakanz LXXXXV, — Wahl des Bischofs LXXXXIV, — geistliche und weltliche Gewalt des Bischofs LXXIX, — der Bischof übernimmt alle Rechtssachen in demselben Stande, in welchem sie der Vorgänger zurückgelassen, LXXXXVI, — er haftet nicht für die Schulden des Vorgängers, wenn sie nicht mit Genehmigung des Königs und des Kapitels contrahirt sind, LXXXXVIII, — Recht des Bischofs zur Verfügung über bischöfliche Tafelgüter, Zehnten, Renten, Hörige der Kirche, Kirchengüter überhaupt C, CIII, CIV, CV, CVII, CVIII, CIX, CXI, CXII, CXIII, CXV—CXVIII, CXXI.

Brandstiftung. — CCCXXXXII, CCCXXXXIII.

Bündnisse. — Keine Bündnisse gegen König und Reich XXXVII, — eidliche Bündnisse und Verbindungen in den Städten: siehe Städte, — unter den Vasallen eines Herrn CCXXXVIII, CCXXXIX.

Burgen. — Zugleich Befestigung. — Jeder Fürst des Reichs darf und soll seine Städte befestigen CLVI, — Befestigungen in den Herrenstädten nur mit Genehmigung des Herrn CLVII, — Burgen sollen nicht angelegt werden auf Kirchengütern CLX, CLXI, CLXII, CLXIII, — überhaupt nicht auf fremdem Grund und Boden CLXV, CLXIX, — nicht ohne Genehmigung des Grafen CLXVIII, — wessen Genehmigung ist dazu nothwendig, wenn die Grafschaft mehreren

gehört, CLXVI, — Beschränkungen des Königs hinsichtlich des Rechts zur Anlage von Burgen und Befestigungen CLXIII, — Bewachung und Unterhaltung der Burgen, wenn mehrere Miteigenthümer sind, CLXX, — Dienste von einer Burg CLXXI, — Burgen sollen nicht belagert werden ohne gerichtliche Genehmigung CLXXII, — schädliche Burgen sollen zerstört werden CLXXIII, CLXXIV.

Censuales. — Von dem Recht der Censuales über ihre Güter zu verfügen CCL.

Depositum. — CCLXXXXVIII.

Donatio propter nuptias. — LXX.

Ebenburt. — Einwirkung der Ebenburt auf den Stand der Kinder: siehe Ehe und Kind, — Ebenburt beim Urtheilfinden CCLVIII.

Ehe. — Ungleiche Ehe CCXXXXIX, CCLIV, CCLV, — Ehe mit den Leuten eines andern Herrn CCLI a, — Ehescheidung CCLXXXVI.

Eid. — Collision von Treueiden CCLXXXXIX, — Eide, die nicht gehalten zu werden brauchen, CCC, — erzwungene Eide: siehe Zwang, — den Excommunicirten und Oberächtern sollen Eide nicht gehalten werden: siehe Bann und Acht.

Eigen (Leibeigen). — Der Herr mag den Eignen ergreifen, wo er ihn findet, CCXXXXVII, — Ehen und Kinder der Eignen CCXXXXVIII, CCLI a, — Gericht über Eigne CCLI, — für wen können die Eignen gepfändet werden CCLII, — Recht des Herrn am hinterlassenen Gut der Eignen CCLIII, — Eigenleute der Kirchen CII, CCLI—CCLIII.

Eigen (Grundstück). — Wer beweist, wenn es streitig ist, ob ein Gut Eigen oder Lehen, CCCIX, — wenn mehrere das Gut als Eigen beanspruchen CCCXV, CCCXVI, CCCXX.

Eingebrachtes. — CCLXXXXI.

Enkel. — Erbrecht der Enkel von Söhnen CCLXXXXII.

Erbe. — Einwilligung der Erben zur Vergabung von Eigen CCLXXXVII, CCLXXXVIII, CCLXXXIX, CCLXXXX, — Enterbung CCLXXXXI, — Erbtheilung CCLXXXXIII.

Friede. — Bruch gelobten Friedens CCCXXXXVI.

Fürst, Fürstenthum. — Die Fürsten empfangen vom Könige die Belehnung, sind zu Reichsdiensten verpflichtet und ihre Rechte an dem verliehenen Amte und Lande sind im Allgemeinen nach Reichslehnrecht zu beurtheilen: siehe daher Reichsdienst, Reichslehen. — Insbesondere: Unveräusserlichkeit des zum Fürstenthum gehörigen Gutes LVIII, — die Fürsten können den Städten keine Privilegien ertheilen, welche die ihnen verliehenen Reichslehen schmälern, XVII, — Stellung der geistlichen und weltlichen

Fürsten zu den Städten CXXXXII—CLV, — Gerichtsgewalt der Fürsten LXXVI, LXXIX, — Heerbann der Fürsten LXXIII, — Recht der Fürsten zur Gesetzgebung LXXII, — zur Befestigung ihrer Städte CLVI, — Münzrecht CLXXVIII, CLXXIX, CLXXX, CLXXXIX, CLXXXXII, CLXXXXIII, — Zollrecht CLXXVIII, CLXXIX, CLXXX, — Geleit CCV, — Marktrecht CLXXXXIX, CCI, CCIV, — zum Nachtheil der Fürsten soll der König keine Burgen anlegen CLXIII und nicht neue Zoll- und Münzstätten errichten CLXXVIII, CLXXXIII, CLXXXV, — Kurfürsten LXXX.

Geistliche. — Gericht über Geistliche LXXXIII; — Gerichtsstand der Geistlichen bei Klagen um Gut LXXXVII, LXXXVIII, — Verbrechen an Geistlichen LXXXIV, — Zollfreiheit der Geistlichen LXXXIX, LXXXX, LXXXXI, — Testirfähigkeit der Geistlichen LXXXXII, LXXXXIII, — Pfändung an beweglichem Gut der Geistlichen LXXXV.

Geleit. — Geleit kann Niemand gewähren, dem das Recht nicht vom Reiche geliehen worden, CCVI, CCVII, — der König soll das den Fürsten geliehene Geleit nicht hindern CCV.

Gericht. — a) Gerichtsgewalt: des Königs XXIII im Allgemeinen und VIII—XI insbesondere bei Streitigkeiten um Reichslehen und über die vom Reiche Belehnten, — der Fürsten im Allgemeinen LXXVI, LXXVII, LXXIX und insbesondere in den Städten CXXXXII, CLII, CLV, — des Grafen in Städten mit Marktrecht CLXXXXVII, — des Lehnsherrn CCXXXXI, — über Geistliche um Ungericht LXXXIII, — über Mönche LXXXI. — b) Gerichtsort XIX, XXIII, LXXVII, — Gerichtsort und Bezirk in Lehnssachen CCXXXX. — c) Gerichtsstand: über Geistliche bei Klagen um Gut LXXXVII, LXXXVIII, CCCIV, — im Lehnsprocess CCXXXXI, CCXXXXII, — bei Klagen um Immobilien CCCII, — in Schuldsachen CCCIII. — d) Gerichtsherr, Stellvertretung desselben LXXVIII. — e) Gerichtsversammlung, Verlegung derselben LXXV. — f) gerichtliches Verfahren: Unterwerfung unter einen Schiedspruch schliesst die Forderung gerichtlichen Verfahrens aus CCCXXXIII, — Veräusserung von Sachen während des darauf bezüglichen Verfahrens CCCXXIII, — Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens durch den Nachfolger eines Bischofs LXXXXVI, — gerichtliches Verfahren in Lehnssachen CCXXXX, CCXXXXIII. — g) Gerichtskosten CCCXXXIV.

Gewere. — Gewere von Jahr und Tag, rechte Gewere LXXXVI, LXXXVII, LXXXVIII, CCXXXI, CCCXX.

Gotteshaus. — Von den Gütern der Gotteshäuser LXXXVI—LXXXVIII, — Eigenleute der Gotteshäuser CCLI—CCLIII.

Graf, Grafschaft. — Grafschaft und Herzogthum LXXIV und LXXIVb, — die Grafschaften sollen ohne Genehmigung des Königs nicht getheilt, noch ganz oder theilweise veräussert werden XIV — Unveräusserlichkeit der zur Grafschaft gehörigen Güter und Rechte LXVII, — Anlage von Befestigungen in den Grafschaften CLXVI, CLXVII, CLXVIII, CLXIX, — die insula in flumine nata steht dem Reich und dem vom Reich mit der Grafschaft Beliehenen zu LXIII, — Gericht des Grafen in Städten, welchen Marktrecht verliehen ist, CLXXXXVII, — Busse an den Grafen CCCXII.

Heerschild. — Voraussetzung zur Ertheilung und zum Erwerbe von Lehen (CCXV), CCXVI, CCXVII.

Herzogthum. — Verhältniss zwischen Herzogthum und Grafschaft LXXIVa und LXXIVb.

Insel. — LXIII.

Juden. — CCLXV.

Kampf. — Der gerichtliche Zweikampf CCCXXXXIII, LXXV.

Ketzer. — Wer erhält das Gut der zum Tode verurtheilten Ketzer CCLXIII, — Rechtsgeschäfte der Ketzer CCLXIV.

Kind. — Von Kindern aus ungleichen Ehen CCXXXXVIII, CCXXXXIX, — Kinder der Ministerialen CCLIV, CCLV, CCLVI.

Kirche. — Die Kirche soll nicht büssen für Delikte einer zu derselben gehörigen Person LXXXII, — Eigenleute der Kirche CII (auch CIV?), CXXXX, CCLI—CCLIII, — Villicationen der Kirche LXXXXIX, — Zehnten, welche einer Kirche geschuldet werden, CV, — Erwerb eines Seelgeräthes durch die Kirche LXXXVI, — Gerichtsstand der Kirchen und Gotteshäuser wegen Immobilien nach Jahr und Tag LXXXVII, LXXXVIII, — Veräusserung, Verleihung und Verpfändung von Kirchengütern verboten, und nur unter gewissen Voraussetzungen gestattet LXXXXVIII, C—CXXI, — Immunität der Kirchen CXXXX.

Kirchenvögte. — Belehnung des Vogtes mit dem Banne CXXIII, — Gericht des Vogtes CXXIV, CXXV, CXXVI, — Zahl der Vögte CXXIV, CXXV, — Untervögte sollen nicht bestellt werden CXXIV, — Verhältniss des Vogtes zum Kirchengut und zu den Klerikern der Kirche CXXVI, CXXVII.

König. — Der von der Mehrheit der Wahlfürsten zum König Erwählte ist auf Grund der Wahl berechtigt, den königlichen Titel zu führen und die Rechte und Güter des Reichs zu verwalten I, II (wie der gekrönte Kaiser: III), — königliche und kirchliche Gewalt XXI, XXIII, — Gerichtsgewalt und Gericht des Königs XXIII, XXIV, XXV, — der König ist der oberste Lehnsherr der Fürsten und fordert von ihnen Hof- und Heerdienst: siehe Reichslehen,

Reichsdienst, — Ungehorsam gegen Befehle des Königs mit der Reichsacht bestraft XXIX, — gegen König und Reich sind keine Bündnisse zulässig XXXVII, — Niemand soll gegen König und Reich ziehen XXXIV, — auch die sonst zur Lehnstreue gegen einander Verpflichteten dürfen sich nicht gegen König und Reich unterstützen XXXVII, — Beschränkungen der ursprünglichen Gewalt des Königs in Beziehung auf die Städte, Märkte, Burgenbau, Zölle und Münzen: siehe die betreffenden Artikel, — der König allein verleiht das Recht zum Geleit CCVI, CCVII, — Recht des Königs auf erblose Güter LVII und herrenloses Land LXVI, — der König kann auf des Reiches Grund und Boden bauen und bauen lassen XXXXVI, — er soll des Reiches Gut nicht mindern XXXVIII, nicht veräussern ohne Nutzen für das Reich XXXIX, nicht entfremden ohne Zustimmung der Kurfürsten XXXXIII, XXXXVIII, das unrechtmässig Entfremdete dem Reiche wieder zu gewinnen suchen XXXXI, XXXXII, XXXXIV, insbesondere soll er des Reiches Lehen und Fürstenthümer nicht dem Reiche entfremden LVIII—LXI, — Zustimmung des Königs zur Verleihung, Veräusserung oder Theilung von Reichslehen, Regalien, Grafschaften XII—XVI, XVIII, zur Verleihung von Privilegien Seitens der Fürsten an Städte XVII, und zur Veräusserung von Kirchengütern CII, CVIII, CXI, CXVI, CXX, — die vom Könige ertheilten Freiheiten und Privilegien soll sein Nachfolger bestätigen XXXXIX, der König selbst darf sie nicht überfahren LIII, sie sollen durch Urtheil nicht gebrochen werden L, LI, LII, LIV, LV, aber gegen rechtskräftige Urtheile sind sie unwirksam LVI, Busse für Verletzung königlicher Privilegien LV, — wo klagt der König in Angelegenheiten, die das Reich betreffen, XXVI—XXVIII.

Lehn. — Lehnsfähige Sachen CCXI—CCXIII, — wer des Heerschilds darbt, kann nicht Lehen verleihen CCXVI, CCXVII, — wer ein Lehen begehrt, muss lehnsfähig sein CCXV, — Geächtete und Gebannte können nicht Lehen empfangen und nicht Lehnrecht fordern CCLXVI, CCLXVIII, CCLXIX, CCLXX, — Niemand kann ein Gut leihen, ehe er selbst die Belehnung erhalten hat, CCXVIII, — Herrenwechsel CCXIX, CCXX. — Pflicht und Frist zur Lehnserneuerung IV, V, VI, CCXI, CCXXI, CCXXII, CCXXIII, CCXXV, — Weiber sind von der Erbfolge in Kirchen- und andern Lehen ausgeschlossen CXXXII, CCXXVI—CCXXX, — Unmündige im Lehnsbande CCLXXXXV, CCLXXXXVI, — Veräusserung des Lehngutes verboten XIII, XIV, XV, XVII, XVIII, CCXXXIII, — der Vasall kann, wenn er nicht lehnsfähige Erben besitzt, über das Lehen unter Lebenden oder von Todes wegen zu Gunsten des Herrn ver-

fügen CCXXXV, CCXXXVI, — was bedeutet die Verleihung eines Gutes cum omni iure CCXXXVII, — eidliche Verbindungen unter den Vasallen eines Herrn ohne dessen Genehmigung sind unstatthaft CCXXXVIII, CCXXXIX, — Aufsagen des Lehns CCXXXXVI, — wer kann in Lehnssachen Zeuge CCXXXXIV, CCXXXXV, Urtheiler CCXXXX—CCXXXXII, Fürsprecher sein CCXXXX, — wohin und in welchen Fristen hat der Herr die Mannen zu laden CCXXXX—CCXXXXIII, — Ungehorsam des Geladenen CCXXXX, — Pflicht der Mannen, ein Urtheil zu finden, und des Genossen, Fürsprecher zu sein CCXXXX.

Markt. — Wirkung der Verleihung des Marktrechts CLXXXXVII, — Marktordnung CCIV, — neue Märkte nicht anzulegen zum Nachtheil bestehender CLXXXXIX, — Verlegung von Märkten XVI, CLXXXXVIII, CCI, — Anlage von Märkten auf dem Gebiete eines Klosters CCI.

Ministerialen. — Der Empfang von Gütern nach Lehn- oder Dienstmannenrecht mindert nicht Adel oder Freiheit CCLVIII, — Ministerialen können mit Edlen Urtheil finden CCLVII, — Ehen und Kinder der Ministerialen CCLIV—CCLVI, — Veräusserung und Vererbung der Güter der Ministerialen CCLIX, CCLX, — Untreue der Ministerialen CCLXI, — wodurch verwirken Ministerialen (und Amtsleute) ihr Gut CCLXII, — Beweis der Ministerialität CCCX, — Rechte der Ministerialen bei der Bischofswahl LXXXXIV, — die Ministerialen als Beamte der Kirchen und Stifter: siehe Amt.

Mönche. — Sollen nach Eintritt in das Kloster nicht belangt werden dürfen LXXXI.

Mühlen. — CCIX, CCX.

Münze. — Das Recht, Münzstätten zu haben und Münzen zu prägen, geht von König und Reich aus CLXXXVII, — Beschränkung des Rechts des Königs zu Gunsten der Fürsten CLXXVIII, CLXXIX, CLXXXIII, — ausschliessliches Recht der Fürsten CLXXX, CLXXXI, — Ausübung des Münzrechts CLXXXIX, CLXXXXII, CLXXXXIII, CLXXXXIV,—welche Münzen sind im Verkehr anzuwenden CLXXXII, CLXXXIV, — Verkauf von Silber an die Münzen CLXXXVI, — Verbot des widerrechtlichen Anlegens von Münzstätten CLXXXVII, — der Fälschung, Verschlechterung und Nachahmung von Münzen und Strafen solcher Verbrechen CLXXXII, CLXXXV, CLXXXVII, CLXXXVIII, CLXXXX.

Noth. — Gesetzliches Hinderniss zum Erscheinen vor Gericht CCCVI, und auf den Reichstagen XXX.

Nothzucht. — CCLXXVIII, CCCXXXXIV.

Pfalzgraf. — Vor dem Pfalzgrafen am Rhein klagt der König gegen des Reiches Fürsten XXVII.

Rath. — Einsetzung des Rathes in den Städten CXXXXII, CXXXXIV, CXXXXVIII, CXXXXIX.

Recht. — Wie sollen die Fürsten neues Recht setzen LXXII.

Regalien. — Regalien, die vom Reiche verliehen worden, dürfen ohne Genehmigung des Königs nicht weiter verliehen oder veräussert werden XII, XIII; — siehe auch LVII.

Reich. — Keine Bündnisse gegen König und Reich XXXVII, — Ministerialen des Reiches CCLVI.

Reichsdienst. — Reichstage XXX, XXXI, — Heerdienst XXXII, XXXIIa und XXXIIb, XXXIV, — man soll die, welche dem Reiche Heerdienst leisten, während desselben nicht angreifen, beschädigen oder hindern XXXIV, — Rechte derer, die sich im Heerdienst für das Reich befinden, XXXV, — Beschädigungen, ausgeübt während des Heerdienstes, XXXIII, XXXV, XXXVI.

Reichslehen. — Binnen welcher Frist muss die Belehnung mit denselben beim König nachgesucht werden und Strafen der Versäumniss IV—VI, — Gabe für die Beleihung VII, — Reichslehen darf der König dem Reiche nicht entfremden LVIII—LXI, — er kann aber über heimgefallene und aufgelassene Reichslehen frei verfügen IV, V, XIV, XV, XVI, XVIII, XX, XXII, LXXI, CCXIX, — Verlust der Reichslehen: unter denselben Nummern, — Reichslehen sollen ohne Genehmigung des Königs nicht getheilt, veräussert oder sonst dem Reiche entzogen werden XII, XIII, XIV, XV, XVII, XVIII, — Beschränkungen in der Verfügung über Reichslehen zu Gunsten der Nachfolger LXVII, LXVIII und der Mitbesitzer LXIX, — Verlegung von reichslehnbaren Märkten XVI und Gerichten XIX, — Streitigkeiten um Reichslehen gehören vor das Reich VIII—X, — vor dem Reiche müssen auch alle, die vom Reiche Lehen besitzen, zu Recht stehen XI.

Reichspfandschaften. — XXXXV.

Richter. — Der Richter soll frei sein CCCI, — wer ist Richter, wenn der König in Reichssachen zu klagen hat, XXVI—XXVIII.

Schaden. — Wie wird bei Schuldverhältnissen für den Schaden gehaftet CCLXXXXVII.

Städte. — Jeder Fürst kann und soll seine Städte befestigen CLVI, — ohne Genehmigung des Herrn der Stadt sind daselbst keine Befestigungen anzulegen CLVII, — auf öffentlichen Plätzen der Städte darf ohne Genehmigung des Herrn nicht gebaut werden CLIX, —

Thore und Strassen der Städte CL, — Vogtei in bischöflichen Städten CXXII, CXXV, — Gericht des Herrn der Stadt oder der städtischen Schöppen? CLII, — Eidesleistung in den Städten CLV, — die Bürger haften [nicht für Verpflichtungen des Herrn der Stadt CLIII, CLIV, — Verleihung des plenum ius libertatis an eine Stadt CLI, — in bischöflichen Städten kann Niemand weltliches Gericht haben ohne Zustimmung des Bischofs CXXXXII und es soll daselbst keine Eidesleistung, Befestigung oder Abgabenerhebung ohne Befehl des Königs und Genehmigung des Herrn stattfinden CXXXXIII, — Verbot der Einsetzung von Stadträthen, selbständigen Beamten, Zünften und Gilden, sowie der Vereinigungen und Eidgenossenschaften unter den Bürgern CXXXXII, CXXXXIV—CXXXXIX.

Strandrecht. — CCVIII.

Strassen. — Niemand soll gezwungen werden, die alten und öffentlichen Strassen zu verlassen und andere zu besuchen CLXXXXIX, CC, CCII, — öffentliche Strassen stehen jedem offen CCIII, — Anlage von Strassen auf dem Gebiet der Klöster ist ohne deren Einwilligung nicht gestattet CLXXXXVI, — Verlegung von Brücken CLXXXXV.

Strassenraub. — CCCXXXXI.

Sühne. — Eine geschlossene Sühne soll unter keinen Umständen angefochten oder verletzt werden CCCXXXII.

Testamente.— Testamente der Kleriker LXXXXII, LXXXXIII.

Tödtung. — Strafe der Tödtung CCCXXXX, — Milderungsgründe CCCXXXIX, — Beweis der Sühne einer Tödtung CCCXVIII.

Treulose. — CCLXXX.

Urtheil. — Wirkungen des Urtheils, Einreden aus demselben CCCXXIV—CCCXXX, — Ungehorsam gegen ergangene Urtheile, LXXVI, CCCXXXI, — Urtheile des königlichen Gerichts XXIV, XXV, CCCXXVII.

Verbrechen. — Kinder sollen nicht um Verbrechen der Eltern leiden, die Kirchen nicht um Verbrechen einer zu denselben gehörigen Person CCCXXXV, CCCXXXVI, — Begünstigung der Verbrecher CCCXXVII, CCCXXVIII, — Milderung der Strafe für Verbrecher CCCXXXIX; — einzelne Verbrechen CCCXVIII, CCCXXXX, CCCXXXXI, CCCXXXXIV.

Vormund. — Handlungen des Minderjährigen ohne Genehmigung des Vormundes CCLXXXI, — Pflichten des Vormundes CCLXXXXVI, — Vormundschaft des Landesherrn CCLXXXXIV, — Lehnsvormund CCLXXXXV.

Widersagen. — CCCXXXXV.

Zahlung. — Beweis der Zahlung CCCXVIII, CCCXIX.

Zeugen. — Beweis durch Zeugen CCCXI, CCCXII, CCCXV, CCCXVII, CCCXXI.

Zoll. — Der König ertheilt das Recht zur Errichtung eines Zolles CLXXV, CLXXVI, CLXXXVII, CLXXXXI, — soll es aber nicht thun zum Nachtheil eines andern CLXXXIX, — Beschränkungen dieses Rechts zu Gunsten der Fürsten CLXXVIII, CLXXXV, — Zoll in den Städten CLXXVII, — Zollüberschreitungen CLXXXVII, CCCXXI, — Pflichten der Zollerheber CLXXXVII.

Zwang. — Einwirkung von Zwang und Furcht auf den Bestand der Rechtsgeschäfte CCLXXXII—CCLXXXV.

II.

Erklärung der Abkürzungen.

I. Urkundenwerke. Die Citate unter dem Text sind meist so vollständig, dass nur einzelne Abkürzungen zu erklären sind: Beka et Heda: De episc. Ultraject. 1673 fol. — Beyer: Urkundenbuch zur Geschichte der mittelrheinischen Territorien. — Bondam: Charterboek der hertogen van Gelderland en graaven van Zutphen, Utrecht 1783. — Codex diplomaticus Saxoniae regiae, zweiter Haupttheil, Bd. I—III und VII. 1864—68. — Ennen und Eckertz: Quellen zur Geschichte der Stadt Köln I—III. 1860—63. — Erhard: Regesta hist. Westfaliae I. und II., Bd. III. von Wilmans unter dem Titel: Westfälisches Urkundenbuch, 1859, 61. — Ficker: Acta imperii selecta, aus dem Nachlasse von J. F. Böhmer, 1866—68. — Fickler: Quellen und Forschungen zur Geschichte Schwabens und der Ostschweiz, 1859. — Gemeiner: Reichsstadt Regensburgische Chronik, I—IV, 1800—1824. — Hagn: Urkundenbuch für die Geschichte der Benediktinerabtei Kremsmünster, 1852. — Harpprecht: Staatsarchiv des Reichskammergerichts, 4 Bde., 1757 fgg. — Huillard-Bréholles (meist nur H.-B. citirt): Historia diplom. Friderici II. Paris 1852 fgg., 6 Bde. 4. — Kink: Cod. Wangianus (Fontes rerum Austriacarum II. Abth., 5. Bd.) 1852. — Kluit: Historia critica comitum Hollandiae et Zeelandiae I. 1 u. 2, II. 1 u. 2, 1777—82, 4. — Martene et Durand: Thesaurus novus anecdotorum, 5 Bde. fol. — Notizenblatt, Beilage zum Archiv für Kunde österreichischer

Geschichtsquellen, 8 Bde., 1851—58. — Quellen und Erörterungen zur baierischen und deutschen Geschichte I—IX, München, 1856—63. — Seibertz: Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen I—III. 1839—54. — Senckenberg: meth., Methodus iurisprudentiae 1756; — Derselbe: k. h. g., Von der kaiserlich höchsten Gerichtsbarkeit, 1760; — Derselbe: de iud. cam. hod., De iudicio camerali hodierno 1764. — Spon: Histoire de Geneve, I. und II. (preuves) 1730. — Sudendorf: B.-L., Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg, 5 Bde., 1859 fgg. — Trouillat: Monuments de l'histoire de l'ancien évêché de Bâle, 4 Bde., 1852 fgg. — Tschudi: Chron. Helveticum, ed. Iselin, Basel 1734, 36. — Urkundenbuch des Landes ob der Enns, 3 Bde., 1852—62. — Wolters: Cod. dipl. Lossensis ou recueil et analyse de chartes servant de preuves à l'histoire de l'ancien comté de Looz, 1849.

II. Literatur. Arnold: Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte, 2 Bde., 1854. — von Bar: Das Beweisurtheil im germanischen Processe 1866. — Beseler: Die Lehre von den Erbverträgen, 3 Bde., 1835—40. — Derselbe: Die deutschen Kaiserurkunden als Rechtsquellen in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte II. 367 fgg. — Berchtold: Die Entwickelung der Landeshoheit in Deutschland I., 1863. — Böhlau: Nove constitutiones domini Alberti 1858. — Ficker: Vom Reichsfürstenstande I. 1861. — Derselbe: Vom Heerschilde 1862. — Friedberg: de finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio, 1861. — Friedländer: Das Einlager 1868. — Fürth: Die Ministerialen 1836. — Gierke: Das deutsche Genossenschaftsrecht I. 1868. — Göhrum: Geschichtliche Darstellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit, 2 Bde., 1846. — Gosen: Das Privatrecht nach dem kleinen Kaiserrechte 1866. Hälschner: Das preussische Strafrecht, 3 Bde., 1855. — Hänel: Das Beweissystem des Sachsenspiegels 1858. — Homeyer: System des Lehnrechts der sächsischen Rechtsbücher (Sachsenspiegel II. 2) 1844. — Huyn: De Rudolfo I. et de litteris, quae dicuntur „Willebriefe", diss. inaug. 1855. — John: Das Strafrecht in Norddeutschland zur Zeit der Rechtsbücher 1858. — Laband: Die vermögensrechtlichen Klagen nach den sächsischen Rechtsquellen des Mittelalters 1869. — Lewis: Die Succession des Erben in die Obligationen des Erblassers 1864. — Löher: Fürsten und Städte zur Zeit der Hohenstaufen 1846. — Lorenz: Deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert, I. II. 1 und 2, 1863—67. — Maurer: Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Städteverfassung 1854. —

Derselbe: Geschichte der Markenverfassung 1856. — Derselbe: Geschichte der Fronhöfe, der Bauernhöfe und der Hofverwaltung, 4 Bde., 1862, 63. — Derselbe: Geschichte der Dorfverfassung, 2 Bde., 1865, 66. — Derselbe: Geschichte der Städteverfassung, 2 Bde., 1869, 70. — Merkel: De republica Alamannorum 1849. — Nitzsch: Ministerialität und Bürgerthum im 11. und 12. Jahrhundert 1859. — Osenbrüggen: Alamannisches Strafrecht 1860. — Derselbe: Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte 1868. — Siegel: Das deutsche Erbrecht nach den Rechtsquellen des Mittelalters 1853. — Schröder: Geschichte des ehelichen Güterrechts in Deutschland I. II. 1, 1863, 68. — Schulze: Das Recht der Erstgeburt in deutschen Fürstenhäusern 1851. — Stobbe: Zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts 1855. — Sugenheim: Staatsleben des Klerus im Mittelalter 1839. — Sydow: Darstellung des Erbrechts nach den Grundsätzen des Sachsenspiegels 1828. — Thudichum: Die Gau- und Markverfassung in Deutschland 1860. — Wächter: Beiträge zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte des deutschen Strafrechts 1845. — Zimmerle: Das deutsche Stammgutssystem nach seinem Ursprung und Verlauf 1857. — Zöpfl: Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts, 3 Bde., 1860, 61.

III.

Vergleichungstafel.

Sententiae	bei Pertz Leg. t. II. Seite	in der vorhergehenden Zusammenstellung Nr.
1153. de bonis mensae episcopalis non alienandis	94, 95.	C.
1157. contra thelonea in Moeno fluvio ..	104.	CLXXV.
1165. const. de bonis clericorum decedentium	138, 139.	LXXXXII.
1168. de supellectili episcoporum etc. ...	140.	LXXXXVII.
1170. de dote ecclesiarum contra advocatos	141.	CXXIV.
1173. de bonis clericorum decedentium ..	142, 143.	LXXXXIII.

Sententiae	bei Pertz Leg. t. II. Seite	in der vorhergehenden Zusammenstellung Nr.
1174. de non alienandis bonis comitatuum	145.	LXVII.
1180. de advocatiis episcoporum	164.	CXXII.
et munitionibus	164.	CLVII.
1182. de libertate clericorum a collectis ad usum imp. solv.	165.	LXXXX.
1190. de decimis non alienandis	186.	CV.
„ de filiis ministerialium ex liberis matribus	187.	CCLIV.
1191. de bonis ecclesiasticis non alienandis	194.	CVI.
und: si quis in atrio palacii ep. vel abbatum edificaverit	194.	CLVIII.
1192. de feodis ministerialium	195.	CCLIX.
1193. de edificiis constructis in publica platea	195.	CLIX.
1195. de testibus iure feodali	199.	CCXXXXIV.
1196. de citatione super feodo	199.	CCXXXXIII.
1209. de liberis ministerialium	216.	CCLV.
und: de bonis ministerialium ...	216.	CCLX.
ferner: de teloneis novis	216.	CLXXVI.
endlich: de banno episcopali ...	216.	XXI.
1214. de proventibus bonorum feodalium	225.	CCXI.
1216. de non alienandis principatibus ...	227.	LXI.
1218. de immunitate civitatum imperii ...	229.	CLXXXXVII.
„ de consiliis civit. episcopal.	229.	CXXXXIV.
„ de tutoria potestate ducum	231.	CCLXXXXIV.
1219. de alienatione bonorum ecclesiast.	233.	CVII.
„ de officiis episcopatuum	234.	CXXIX.
und: Veräusserung von Kirchengut		CVIII.
sowie: Rechte der officiales episc.		CXXVIII.
„ de feodis	234.	CCLXXVIII.
und: de receptatoribus proscriptorum	234.	CCCXXXVII.
1220. contra warandiam thelonei vel monetae	237.	CLXXIX.
1222. de feodis ex cam. proventibus	248.	CCXII.
„ de non distrahendis hofmarchiis episcopalibus	248.	CIX.
„ de variis casibus iuris feodalis	249.	CCXXXX.

Sententiae	bei Pertz Leg. t. II. Seite	in der vorhergehenden Zusammenstellung Nr.
1223. de officiatis principum	250.	CXXXVII.
„ de iure abbatiarum c. 1		CXXX.
c. 2	252.	CLXXXI.
c. 3		CCLXII.
c. 4		CX.
1224. contra communitates vassallorum ..	254.	CCXXXIX.
1225. de vassallis excommunicatis	254.	CCLXVI.
und: Veräusserung von Kirchengut	254.	CXI.
1230. de occupandis bonis maternis.....	266.	CCLXXXIX.
„ contra infeodationes dotis ecclesiarum.....	277.	CXII.
„ contra successionem feminarum in quatuor officia principalia	278.	CXXXII.
et in feudo.....		CCXXVII.
1231. contra communiones civitatum	279.	CXXXXVII.
„ de cambiis et denariis civitatum...	281.	CLXXXII.
„ de iure statuum terrae	283.	LXXII.
„ de iure muniendarum civitatum ..	283.	CLVI.
„ de bonis hereticorum	284.	CCLXIII.
„ de hereditate hominum ecclesiarum	284.	CCLIII.
1232. edictum contra communia civitatum	286.	CXXXXVIII.
und dasselbe wegen der Münzen	286.	CLXXXIV.
„ de divisione hereditatis...	294.	CCLXXXXIII.
und dieselbe: de bonis censualibus		CCL.
1234. de violatione treugarum.....	301.	CCCXXXXVI.
„ de iudicio clericorum	302.	LXXXIII.
„ de argento vendendo.....	302.	CLXXXVI.
„ de termino receptionis feudi.....	304.	CCXXII.
„ in favorem ecclesiarum	305.	XII u. CXXV.
1237. contra infeodationem excommunicatorum.	324.	CCLXIX.
1238. contra infeodationem regalium	329.	XIII.
1240. de officiis ecclesiarum	333.	CXXXIII.
„ de iuribus episcoporum		
c. 1		CXXXIV.
c. 2	334.	CCLXX.
c. 3		CXVI.
c. 4		LXXIX.
1246. de feodis.....	362.	CCXXVIII.

Sententiae	bei Pertz Leg. t. II. Seite	in der vorhergehenden Zusammenstellung *Nr.*
1250. de officiis	366.	CXXXVI.
et possessionibus eccles.	366.	CXVII.
1252. de feudis post coronationem regiam requirendis c. 1, 2, 3	366, 367.	IV.
dieselbe c. 5	367.	CCXX.
1253. sent. contra priv. regia latae	367.	L.
„ pro curiis et salibus episcop.	367, 368.	CXIX.
1255. de bonis naufragantium	371.	CCVIII.
et de moneta	371.	CLXXXVIII.
„ de non alienandis bonis abbatiarum	373.	CXX.
1274. de iuribus regis (curia Nurenbergensis)	400.	
c. 1		XXVI.
c. 2		XXXXI.
c. 3		V.
c. 5		XXIII[d].
1275. de privilegiis regiis non infringendis	403.	LII.
1276. de feudo non requisito	406, 407.	CCXXV.
1277. contra infeodationem episcoporum, capitulis irrequisitis	412.	CXXI.
„ de obligato ad obstagium	412.	CCCIII.
1279. de constructione munitionum	423.	CLXVII.
1281. de non alienandis bonis principatuum	426.	LXVIII.
„ contra alienationes bonorum imperii	435.	XXXXIII.
1282. de partu viliorem conditionem sequente	439.	CCXXXXIX.
1283. de probatione terrae	439, 440.	CCCXVII.
„ de comitatibus non dividendis	442.	XIV.
„ de iure monetae antiquo servando	443.	CLXXXIX.
1284. de cassandis obligationibus vi obtentis	444, 445.	CCLXXXIV.
1285. contra falsatores monetae	446.	CLXXXX.
1287. de conditione pupilli non deteriorandа	453.	CCLXXXXVI.
1288. de bonis ducum vacantibus	453.	XXXXII.
1290. contra thelonea iniusta	454.	CLXXXXI.
„ de actione dominorum in vasallos	455.	CCXXXXI.
„ de defensione a periculo duellionis	455.	CCCXXXXIII.
„ contra alienationem bonorum feudalium	456.	CCXXXIII.

Sententiae	bei Pertz Leg. t. II. Seite	in der vorhergehenden Zusammenstellung Nr.
1291. de iure communitatum	457.	LXV.
a. i. de termino duelli prorogando.....	458.	LXXV.
1293. contra praescriptionem iudicii de oppressione violenta	460.	CCCXXXXIV.
1294. curia Nurembergensis c. 1	461.	LXIII.
c. 2	461.	CLXVIII.
c. 3	461.	CCCXVIII.
c. 4	461.	CLII.
c. 5	461.	CLXXII.
c. 6	461.	CCCXIX.
1295. de foro domini a vasallo invasi...	462.	CCXXXXII.
„ de damnis in bello per stipendiarios sustinendis	463.	CLXXI.
„ de constructione munitionis in fundo alieno	463.	CLXIX.
„ contra advocatos de dote ecclesiarum	464.	CXXVII b.
1296. sent. conservatorum pacis	464.	LXXXII.
„ de iure borchvrede	465.	CLXX.
„ de fide vasallo infideli servanda...	465.	CCLXI.
1297. de iure viri condemnati	466.	CCLXXIV.
„ quando liceat feoda donare	466.	CCXXXV.
1299. de bonis Iudeorum vacantibus	471.	CCLXV.
„ de successione mulierum in bonis feodalibus	471.	CCXXX.
„ de bonis feodalibus relictis absque leiveserben	472.	CCXXXI.
„ de bonis feod. vacantibus ecclesiae legatis	473.	CCXXXVI.
1309. cassatio alienationis feudi	497.	XVI.
1310. contra privilegia civitatum	500.	XVII.
1149. de advocatia et iurisdictione c. 1..	564.	CXXIII.
c. 2..	564.	CCCII.
1196. de moneta Spirensi	569.	CLXXXXIV.
1224. de libertate stratarum regalium ...	569.	CCIII.

E.R.M.
5/17 13.

HARVARD LAW LIBRARY

Received APR 18 1918